

Stenografischer Bericht

– öffentlich –

20. Sitzung der Enquetekommission „Migration und Integration in Hessen“

11. November 2011, 9:33 bis 14:55 Uhr

Anwesend

Vorsitzender Abg. Jürgen Banzer (CDU)

ordentliche Mitglieder:

stellvertretende Mitglieder:

CDU

Abg. Alexander Bauer
Abg. Patrick Burghardt
Abg. Ismail Tipi

Abg. Bettina Wiesmann

SPD

Abg. Heike Habermann
Abg. Gerhard Merz
Abg. Ernst-Ewald Roth

FDP

Abg. René Rock
Abg. Stefan Müller (Heidenrod)

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Abg. Mürvet Öztürk
Abg. Kordula Schulz-Asche

DIE LINKE

Abg. Barbara Cárdenas

Sachverständige der Fraktionen

Birgit Simon
Dr. Stefan Luft
Marc Phillip Nogueira
Prof. Dr. Friedrich Heckmann
Prof. Dr. Frank-Olaf Radtke

Fraktionsassistenten

FraktAssin Katrin Schäfer	(Fraktion der CDU)
FraktAssin Lena Kreuzmann	(Fraktion der SPD)
FraktAss Sönke Greimann	(Fraktion der FDP)
Özgür Sevim	(Fraktion der FDP)
FraktAssin Tamina Schilling	(Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
FraktAssin Pia Walch	(Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
FraktAssin Simin Falsafi	(Fraktion DIE LINKE)
Maximilian Jablonowski	(Fraktion DIE LINKE)

Sachverständige

Prof. Dr. Rauf Ceylan, Universität Osnabrück
Patrick Bahners, F.A.Z.
Lamya Kaddor, Liberal-Islamischer Bund e. V.
Dr. Roland Löffler, Herbert-Quandt-Stiftung
Ünal Kaymakci, Fachanwalt für Arbeitsrecht
Ulrike Bargon (agah)
Stephan Gieseler (Hessischer Städtetag)
Christian Meineke (Integrationsbeauftragter der Stadt Marburg)
Bernd Klotz (Hessischer Städte- und Gemeindebund)
Lars Redert (Hessisches Statistisches Landesamt)

LandesregierungHMdJIE

ROR Lamm
RRin Arnst

Landtagskanzlei

RDirin Dr. Lindemann

Protokollierung: Sonja Samulowitz
Herbert Tauer
Karl-Heinz Thaumüller

Anhörung zu**Themenblock Kultur/Religion**

- Möglichkeiten der Förderung und Unterstützung verschiedener Formen des interkulturellen Dialogs und der Vernetzung
- Anpassung an die Aufnahmegesellschaft (z. B. Spracherwerb)
- Kulturelle Aktivitäten, Bewahrung der jeweiligen kulturellen Identität, Erhalt der kulturellen Vielfalt
- Untersuchung und Bewertung der Rolle und Bedeutung von Religionen, religiöser und religiös geprägter Traditionen und Praktiken für die Integration

Fragenkatalog

1. Welchen Stellenwert haben Religion und Kultur im Integrationsprozess? Gibt es besonders integrationsrelevante Aspekte bestimmter Religionen und/oder Kulturen?
2. Welche Möglichkeiten zur Förderung und Unterstützung eines interkulturellen bzw. interreligiösen Dialogs gibt es, und welche davon erscheinen besonders effizient und vielversprechend?
3. Ab welchem Alter ist ein interreligiöser Dialog wie auch ein Kennenlernen anderer Religionen und Weltanschauungen sinnvoll? Welche Aufgabe hat die Schule?
4. Welche generelle und praktische Bedeutung hat (und hätte) die Einbeziehung nicht religiöser Weltanschauungen in den interkulturellen und interreligiösen Dialog angesichts der zunehmenden Abkehr von den traditionellen Religionen in der deutschen Bevölkerung?
5. Bietet – neben dem Spracherwerb – der interkulturelle und interreligiöse Dialog Vorteile bei der Integration?
6. Welche Bedeutung kommt der Einführung eines bekenntnisorientierten islamischen Religionsunterrichts zu?
7. Wie lässt sich im Rahmen kultureller und religiöser Freiräume die Vielfalt der verschiedenen kulturellen Identitäten möglichst gut bewahren, ohne dabei den Erfolg des Integrationsprozesses zu gefährden?

Vorsitzender: Meine Damen und Herren! Ich eröffne die 20. Sitzung der Enquetekommission „Migration und Integration in Hessen“ und bedanke mich – insbesondere bei den Sachverständigen – für Ihr Kommen.

Als Erster hat Herr Prof. Dr. Ceylan das Wort. Bitte schön.

Herr Prof. **Dr. Ceylan:** Herr Vorsitzender, meine Damen und Herren! Zunächst einmal bedanke ich mich für die Einladung. Ich habe heute die Aufgabe, über die Rolle der Religion im Integrationsprozess zu sprechen. Ich arbeite migrations- und religionssoziologisch und lehre seit 2009 an der Universität Osnabrück. Die Universität Osnabrück hat mehr als zehn Jahre lang an der Entwicklung des grundständigen Studiengangs „Islamische Religionspädagogik“ gearbeitet. Des Weiteren bietet sie als erste Universität ein universitäres Weiterbildungsprogramm für Imame an. Außerdem arbeiten wir daran, ein Institut für islamische Theologie aufzubauen. Ich werde in meinem Vortrag auf die Bedeutung im Integrationsprozess eingehen.

Zunächst einmal stellt sich die Frage, ob Religion heute überhaupt noch eine Rolle spielt. Darüber wird sehr kontrovers diskutiert. Es gibt unterschiedliche Meinungen dazu; denn vor allem für den Begriff „Säkularisierung“ existieren die verschiedensten Definitionen. Je nach der Meinung dessen, der den Begriff verwendet, kann Säkularisierung den Verfall von Religion, die Entsakralisierung der Welt oder den Abfall der Gesellschaft von der Religion bedeuten. Sie sehen also, es gibt die unterschiedlichsten Definitionen von dem, was Religion bedeutet.

Je nachdem, auf welche Definition sie sich beziehen, gibt es auch unter den Wissenschaftlern die unterschiedlichsten Meinungen. Es können damit z. B. das Verschwinden von Religion und das Entstehen neuer religiöser Gemeinden und Dynamiken in Form einer anderen Sozialgestalt gemeint sein. Das heißt, auch in der Religionssoziologie gibt es, vor allem was die Religiosität in Europa betrifft, die unterschiedlichsten Meinungen.

Mit diesem Prozess werden nun die Muslime konfrontiert. Die Präsenz des Islams in Europa ist vor allem eine Folge der Arbeitsmigration. Die Zahl der Muslime hat seit der Arbeitsmigration in den Sechzigerjahren zugenommen. Es gab zwar schon früher Muslime auf deutschem Boden; aber quantitativ gesehen war das immer ein Randphänomen. Mittlerweile rechnen wir mit etwa 4,2 Millionen Muslimen in Deutschland, die sich in etwa 2.500 islamischen Einrichtungen organisieren. Die Zahl der Muslime sagt aber nichts über ihre verschiedenen religiösen Orientierungen aus.

Der Islam ist mittlerweile auch ein Bestandteil deutscher Religionstradierung. Was heißt das? Wir unterscheiden zwischen primärer und sekundärer Religionstradierung. Das heißt, der Islam wird heutzutage auch in Deutschland durch Gemeindegründungen vermittelt, und er hat über die unterschiedlichsten Informations- und Kommunikationskanäle – Sprache, Massenmedien, Bücher usw. – Eingang in die Gesellschaft gefunden. Seit über zehn Jahren werden sowohl quantitative als auch qualitative Studien durchgeführt, die den Stellenwert verdeutlichen, den die Religiosität für Muslime hat.

Lange Zeit wurde der Faktor Religion in der Integrationsdebatte ausgeblendet. Das heißt, die Religion hat in den Debatten keine Rolle gespielt. Sie war von eher untergeordneter Bedeutung. Jetzt beobachte ich das andere Extrem, nämlich eine gewisse Islamisierung der ganzen Integrationsdebatte. Das heißt, über strukturelle Defizite und strukturelle Integration wird vor allem im islamischen Kontext diskutiert. Wir beobachten, dass es zu einer Verschmelzung von Einwanderungs- und Islamdiskurs gekommen ist. Die

Folgen dieser Debatten für die Muslime und speziell für die muslimischen Jugendlichen – damit sind die Zuschreibungsprozesse gemeint, vor allem seit dem 11. September – sind noch nicht absehbar; denn uns liegen derzeit keine Studien vor, die uns darüber aufklären könnten. Ich habe gestern in einem Vortrag auf eine Studie des Zentrums für Türkei-studien hingewiesen, die vor dem 11. September durchgeführt wurde. Etwa 50 % der befragten türkischen Muslime haben gesagt, dass sie sich für religiös oder sehr stark religiös halten. Nach dem 11. September waren es 75 %. Wir wissen nicht genau, welche Mechanismen dahinterstecken; wir können es nur vermuten.

Bei Religion und Religiosität unterscheiden wir drei Säulen: Die erste Säule ist – ganz wichtig – die Familie, die die Religion vermittelt. In der Familie werden die ersten Erfahrungen mit Religion gemacht. Die zweite und die dritte Säule sind die Moschee und die Schule. In muslimischen Familien – vor allem in denen, die ihre Religion praktizieren – spielen Religion und religiöse Inhalte eine wichtige Rolle. Allerdings muss man sagen, dass das ein dunkles Feld ist. Das heißt, die erste Säule ist nicht von wissenschaftlicher Seite beleuchtet. Wir wissen nicht genau, wie Religion in muslimischen Familien vermittelt wird. Wir wissen also nicht, wie die religiöse Differenzwahrnehmung und die religiöse Identität entstehen. Das heißt, für die erste Säule, die für die Primärsozialisation ganz wichtig ist, existieren keine wissenschaftlichen Ergebnisse. Es gibt Vermutungen und Ansätze, z. B. aufgrund verschiedener Interviews mit muslimischen Eltern; aber diese sind nicht repräsentativ.

Die zweite Säule stellen die Moscheevereine dar, die sehr wichtig sind. Seit den Siebzigerjahren haben sie mit ihren Aktivitäten ein Vakuum gefüllt. Sie wissen, die religiöse Betreuung hat im Zuge der Arbeitsmigration keine Rolle gespielt. Man hat sich über die religiöse Betreuung der Muslime keine Gedanken gemacht. Deshalb haben sich die Muslime selbst organisiert. In den Siebzigerjahren sind vor allem Moscheevereine entstanden. Im integrationspolitischen Kontext spielen Moscheevereine deshalb eine wichtige Rolle, weil sie vor allem dort zu finden sind, wo die meisten Migranten leben. Das heißt, sie haben sich dort gebildet, wo auch eine hohe Problemkumulation festzustellen ist. Deshalb spielen Migrantenvereine und vor allem Moscheevereine in solchen Stadtteilen eine sehr große Rolle.

Die Moscheen übernehmen mittlerweile verschiedene Funktionen. Eine primäre Funktion ist die Religionsvermittlung. Für uns ist das wichtig, weil dort Laien, aber auch Professionelle, die hauptamtlich tätig sind, Religion vermitteln – vor allem an den Wochenenden und in den Ferien – und somit den religiösen Sozialisationsprozess der Muslime begleiten. Das heißt, sie wirken durch intentionale Erziehung auf die Einstellungen der Kinder und Jugendlichen ein.

Hierbei spielen die Imame – die theologische Referenz in den Gemeinden – eine sehr wichtige Rolle. Die Imame wurden lange Zeit von wissenschaftlicher und auch von politischer Seite ignoriert. Aber sie prägen Religiosität mit; sie sind sehr wichtig. Im Koran gibt es mehrere Stellen, die erläutern, was „Imam“ bedeutet. Ein Imam kann ein Vorbild und eine Führungsperson sein, und er kann die geistige Leitung übernehmen. Wir nehmen an – ich habe einmal Zahlen für die Deutsche Islamkonferenz zusammengestellt –, dass etwa 2.000 Imame in Deutschland arbeiten, wohnen und predigen, von denen 90 % aus dem Ausland kommen und über 70 % türkeistämmig sind.

Der Imam spielt für die Religiosität und die religiöse Vermittlung eine große Rolle, weil er für die religiöse Unterweisung der Kinder zuständig ist, aber, zumal in Deutschland, mittlerweile auch andere Aufgaben wahrnimmt. Eine Aufgabe ist z. B. die Seelsorge. Sie wissen, dass es in den Gefängnissen viele muslimische Jugendliche gibt. Dort haben wir

einen großen Bedarf an Seelsorgern. Die Imame versuchen, das zu übernehmen. Hinzu kommen die Freitagspredigt, Korankurse und täglich stattfindende Gemeinschaftsgebete.

Das Problem hierbei ist, dass die Imame keine monolithische Gruppe bilden. Die Gruppe der Imame ist, was die Ausbildung betrifft, sehr heterogen. Es gibt hier keinen gemeinsamen Nenner. Der Titel „Imam“ ist auch nicht geschützt. Auch diese Frage spielt in Deutschland eine große Rolle. Wir haben Imame, die ein Theologiestudium haben, und Imame, die ein privates Bildungszentrum besucht haben. Es gibt Imame, die im Ausland – in einem arabischen Land – studiert haben, und es gibt die Autodidakten, wobei sich vor allem aus dieser Gruppe die Fundamentalisten rekrutieren. Das Gleiche kann man für den Aufenthalt und das Beschäftigungsverhältnis sagen. Auch hieran erkennt man, dass die Gruppe der Imame sehr heterogen ist. Das reicht von Beamten bis zu Ehrenamtlichen, die versuchen, die religiöse Erziehung zu übernehmen.

Man kann feststellen – das ist eine einfache Kategorisierung –, dass es unter den ungefähr 2.000 Imamen vier Typen gibt. Bei den ersten drei Typen, die man vor allem in etablierten Gemeinden vorfindet, handelt es sich um traditionell-konservative Imame. Dazu kann ich gleich in der Diskussion noch etwas sagen. Ferner gibt es intellektuell-offensive Imame, die versuchen, einen rationalen Zugang zum Islam zu finden, und traditionell-defensive Imame.

Vorhin habe ich gesagt, dass es in der religiösen Erziehung drei Säulen gibt. Die erste Säule ist die Familie. Ich habe darauf hingewiesen, dass wir nicht genau wissen, wie Religion in der Familie vermittelt wird. Die zweite Säule bilden die Moscheen. Wir wissen, dass eine inhaltliche Auseinandersetzung mit islamischen Quellen dort im Grunde genommen nicht stattfindet. Das heißt, es erfolgt keine wirkliche Reflexion. Man kann sagen, dass die Religionspädagogik in den Moscheen aus dem Memorieren und Rezitieren von heiligen Texten besteht. Es geht um die Alphabetisierung und die Glaubensgrundlagen, aber um keine wirkliche Auseinandersetzung mit den Inhalten des islamischen Glaubens.

Wenn man die drei Imamtypen bewerten will, stellt sich auch die Frage nach der religionspädagogischen Kompetenz. In diesem Zusammenhang ist natürlich die deutsche Sprache wichtig. Ich möchte die Bedeutung der Muttersprache nicht unterschätzen; aber die deutsche Sprache ist wichtig, um überhaupt – nicht nur im linguistischen, sondern auch im geistigen Sinne – mit Jugendlichen kommunizieren zu können. Die Imame kennen die Lebensrealität der Kinder und Jugendlichen in der Regel nicht. Auch hier stellt sich die große Frage: Was genau wird vermittelt? Wie bilden sich die Identität und die Differenzwahrnehmung in den Moscheevereinen heraus?

Es gibt eine vierte Gruppe von Imamen, die sich seit über zehn Jahren außerhalb der herkömmlichen Gemeinden etabliert hat. Ich komme aus Nordrhein-Westfalen. Es gibt in Bonn eine sehr große Szene. In Braunschweig, in Hannover und an verschiedenen anderen Standorten gibt es mittlerweile Gemeinden, die sich als Enklaven einer Gegenkultur zum etablierten Islam verstehen. Es handelt sich zum größten Teil um Salafiten. Die Salafiten haben vor allem im medialen Diskurs sehr viel Aufmerksamkeit erhalten. Sie genießen mittlerweile aber auch eine hohe Popularität, weil sie die unterschiedlichsten Kriterien erfüllen. Dazu gehört die deutsche Sprache. Sie verstehen es, den Islam in eine populäre Form zu gießen, um auch bei jungen Leuten anzukommen.

Die sogenannten neo-salafitischen Imame – „neo“ deswegen, weil ihre Bewegung nach dem 11. September an Zuwachs gewonnen und mehr Interesse gefunden hat –

kann man ebenfalls durch bestimmte Merkmale charakterisieren. Ich konnte einige für mein Buch interviewen. Es sind in der Regel Leute, die kein Theologiestudium haben oder bestenfalls in einem arabischen Land waren und dort gewisse Grundkenntnisse erworben haben. Dazu zählt z. B. Pierre Vogel, der mittlerweile bekannt ist. Aber es ist nicht nur er: Inzwischen gibt es noch andere populäre Prediger. Sie versuchen, wie gesagt, mithilfe der Attraktivität der Vereinfachung jungen Leuten islamische Inhalte zu vermitteln. Das Ergebnis können Sie sich vorstellen, zumal diese Imame auch im Internet sehr aktiv sind.

Wir – auch der Verfassungsschutz – unterscheiden zwischen zwei Gruppierungen: zwischen denjenigen, die offen zur Gewalt aufrufen, und denjenigen, die zwar fundamentalistisch orientiert sind, aber nicht offen zur Gewalt aufrufen. Die Dschihadisten pflegen auch eigene Webseiten. Wir verfolgen das Ganze. Es ist eine Randgruppe. In Niedersachsen gibt es etwa 100 gewaltbereite Extremisten, von denen wir wissen, wo sie im Ausland ausgebildet worden sind. In den letzten Jahren gab es sieben oder acht Attentatsversuche. In Frankfurt ist einer geglückt. Es handelte sich um einen albanischen Jugendlichen, der auch zur salafitischen Szene Kontakt hatte.

Das ist zwar, wie gesagt, eine Randgruppe, aber sie ist für uns deshalb wichtig, weil sie vor allem junge Leute anzusprechen versuchen, und zwar nicht nur Migrantenjugendliche. Wir sprechen heute zwar über die Migration; aber es gibt mittlerweile auch Konvertiten – wobei ich diese Gruppe nicht unter einen Generalverdacht stellen will. Das heißt, sie sprechen nicht nur Migrantenjugendliche an, sondern auch deutschstämmige Jugendliche.

Wir befassen uns in der Forschung gerade mit verschiedenen Aspekten. Aber das Problem ist: Es gibt in Deutschland, was diese Szene betrifft, keine empirische Untersuchung zu folgenden Fragen: Wie weit sind sie verbreitet? Kann man das quantifizieren? Welche Mechanismen führen dazu, dass junge Leute in diese Szene geraten und sich radikalisieren? Es gibt in Holland eine Untersuchung, und die Israelis haben verschiedene Sachen dazu gemacht. Aber was den deutschen Kontext betrifft, brauchen wir noch empirische Grundlagen, um religionspädagogisch und integrationspolitisch intervenieren zu können. Ich erwähne noch einmal, dass hier ein Forschungsbedarf besteht. Es gibt zwar verschiedene internationale Studien, von denen wir, was Theorien und Thesen angeht, profitieren können, aber um das im deutschen Kontext verstehen zu können, brauchen wir eigene qualitative und quantitative Studien.

Ich habe Ihnen die drei Säulen dargestellt, die für die religiöse Bildung wichtig sind. Es gibt verschiedene Defizite. Was die Imame betrifft, wird seit einigen Jahren, unter anderem durch die Konrad-Adenauer-Stiftung, versucht – z. B. in der Türkei; allein der DITIB sind in Deutschland 900 Imame angeschlossen –, die Imame, die nach Deutschland kommen, mit den deutschen Verhältnissen vertraut zu machen. Allerdings ist das nur die kleine Lösung; denn man versucht innerhalb einer Woche, die Imame durch pädagogische und landeskundliche Schulungen auf ihren Dienst in Deutschland vorzubereiten. Das allein reicht nicht aus; denn es sind, wie gesagt, nur Impulse. Wir machen zwar gute Erfahrungen – das kann ich sagen, weil ich selbst in diesem Kontext doziere –, aber es ist eben nur eine kleine Lösung.

Mit einer weiteren Maßnahme hat die Universität Osnabrück begonnen. Dabei handelt es sich um ein Weiterbildungsprogramm für Imame, bei dem wir versuchen, religionspädagogische und gemeindepädagogische Inhalte zu vermitteln. Hierzu gehören auch der interreligiöse Dialog, Exkursionen und die europäische Geschichte. Inhalte wie

die Renaissance und die Aufklärung sollen gemeinsam erörtert werden. Aber auch das ist nicht die große Lösung.

Als dritte Säule kommt nun die islamische Religionspädagogik hinzu. Es gibt etwa 740.000 bis 900.000 muslimische Schülerinnen und Schüler an deutschen Schulen. Eine islamische Religionspädagogik an deutschen Schulen wäre wichtig, um jungen Leuten Freiräume zu verschaffen, damit sie ihre Religion wissenschaftlich-rational reflektieren können. Es gibt seit über zehn Jahren verschiedene Schulversuche, unter anderem in Niedersachsen. Wir bieten das zurzeit nur für Grundschulen an. Es kommen nur einige Hundert Grundschülerinnen und Grundschüler in den Genuss eines solchen Religionsunterrichts. Wichtig wäre es, dass das in Zukunft ausgeweitet wird. Die Politiker wissen, dass wir hier kein Erkenntnis-, sondern ein Umsetzungsproblem haben; denn viele Fragen sind noch nicht beantwortet. Für uns wäre wichtig, dass der islamische Religionsunterricht als dritte Säule in Zukunft flächendeckend eingeführt wird.

Es sind in Niedersachsen schon erste Evaluationen durchgeführt worden, deren Ergebnisse den Effekt des Religionsunterrichts deutlich aufzeigen: Erstens stößt dieser Unterricht bei den Eltern auf Akzeptanz, zweitens steigt die religiöse Ausdrucks- und Kommunikationsfähigkeit, und drittens wirkt sich das auch auf die deutsche Sprache aus. Das ist ganz wichtig. Sie können sich das als PDF-Datei von der Website des Niedersächsischen Kultusministeriums herunterladen. Wir wollen diese Evaluation in bestimmten Abständen wiederholen.

Was die Muslime selbst betrifft: Im Rahmen der Deutschen Islamkonferenz hat das Bundesministerium für Migration und Flüchtlinge die Studie „Muslimisches Leben in Deutschland“ erstellt. Dort wurde unter anderem festgestellt, dass sich 76 % aller Muslime dafür aussprechen, dass ein islamischer Religionsunterricht eingeführt wird. Das heißt, die muslimischen Eltern wünschen sich einen islamischen Religionsunterricht und unterstützen das.

Der Wissenschaftsrat hat vor einem Jahr empfohlen, an zwei bis drei deutschen Universitäten Institute für islamische Theologie zu etablieren, womit vor allem drei Ziele verfolgt werden sollen:

Erstens brauchen wir – das ist ganz wichtig; daran wird auch in anderen Bundesländern gearbeitet – Hunderte von Religionslehrerinnen und -lehrern, damit wir den islamischen Religionsunterricht flächendeckend einführen können. Das ist die erste große Herausforderung.

Zweitens wollen wir langfristig unterbinden, dass Imame aus dem Ausland hierher geschickt werden. Wir wollen, dass in Deutschland hier geborene und hier sozialisierte Imame arbeiten und dass sie die Möglichkeit haben, an deutschen Universitäten zu studieren.

Drittens wollen wir langfristig eine islamische Theologie im europäischen Kontext aufbauen. Deshalb brauchen wir eine wissenschaftliche Community. Das heißt, die Qualifizierung des wissenschaftlichen Nachwuchses ist unser drittes Ziel: dass wir damit anfangen, junge Leute dahin gehend zu fördern, dass sie eine Promotion bzw. eine Habilitation in islamischer Theologie in Angriff nehmen. Die Mercator-Stiftung vergibt in diesem Bereich derzeit 15 Stipendien. Auch andere Stiftungen machen sich daran, Stipendien zu vergeben. Es ist nämlich wichtig, dass wir, wenn wir über den Islam sprechen, nicht die Theologie vergessen. Die Religionspädagogik hat die Aufgabe, theologische Inhalte

didaktisch-methodisch zu vermitteln. Deshalb muss die Theologie hier mitziehen, und daran arbeiten wir.

Vorsitzender: Herzlichen Dank. – Ich bitte die Abgeordneten, ihre Fragen zu stellen.

Sachv. **Marc Phillip Nogueira:** Ich habe eine Frage, die sich auf Ihr Eingangsstatement bezieht: die Vermischung von Islam- und Integrationsdiskurs. Das ist ein Dilemma; denn in dem Moment, in dem wir hier so über das Thema reden, führen wir diesen Diskurs in gewisser Weise fort. Sie haben angedeutet, dass paradoxerweise gerade die kritische Beleuchtung des Islams unter integrationspolitischen Aspekten dazu führt, dass sich auf einmal mehr Muslime als Muslime neu entdecken. Frau Spielhaus hat das in ihrer letzten Studie „Wer ist hier Muslim?“ ganz gut dargestellt. Es gibt das Phänomen, dass über den Diskurs neue Identitäten entstehen.

Deshalb ist meine erste Frage an Sie: Wie muss dieser Diskurs in Zukunft geführt werden? Was wären die wichtigsten Impulse, um das zu entkoppeln? Gerade fachliche Perspektiven müssen einen Rahmen haben, innerhalb dessen sie formuliert werden können. Wenn dieser Diskurs ständig in Verbindung mit integrationspolitischen Forderungen geführt wird, läuft er Gefahr, die falsche Richtung einzuschlagen. Das glaube ich jedenfalls. Wie sieht Ihre Einschätzung aus?

Die zweite Frage betrifft die Forschung. Wie schätzen Sie die Fördersituation in der Forschung ein, sowohl bei der Nachwuchsförderung als auch bei den Fördergeldern für Forschungsprojekte? Würden Sie die Situation als gut einschätzen? Von welchen Institutionen würden Sie sich mehr Initiativen wünschen? Das würde mich interessieren.

Herr Prof. **Dr. Ceylan:** Ich fange mit der zweiten Frage an. Aufgrund der großen Aufmerksamkeit, die das Thema erhält, hat man derzeit gute Chancen auf Forschungsgelder. Wir haben jetzt zusammen mit Prof. Friedrich Schweitzer von der Universität Tübingen – ein evangelischer Theologe, die Koryphäe in der Religionspädagogik – einen größeren Forschungsantrag eingereicht. Wenn man einen Forschungsantrag gut begründet und auch auf Defizite hinweist, z. B. in Bezug auf den Salafismus oder in Bezug auf die Vermittlung von Religion in der Primärsozialisation, hat man gute Chancen. Da kann ich mich als Wissenschaftler eigentlich nicht beschweren. Nur, man muss gut begründete Anträge einreichen. Wir sind, wie gesagt, gerade dabei, die Forschungsdefizite in Bezug auf die religiöse Sozialisation in muslimischen Familien zu kompensieren.

Die erste Frage bezog sich auf den Diskurs. Dabei spielen Sie als Politiker eine große Rolle. Sie bestimmen den Diskurs, auch in den Medien. Der politische und der mediale Diskurs spielen eine sehr große Rolle. Wir haben in verschiedenen Gesprächen z. B. festgestellt, dass als Folge all der Islam-Debatten nach dem 11. September säkular eingestellte Muslime, die sich nicht primär über die Religion definiert hatten, plötzlich „muslimisiert“ worden sind. Das heißt, Zuschreibungsprozesse spielen eine Rolle.

Es gibt verschiedene Punkte. In der Studie „Muslimisches Leben in Deutschland“ ist festgestellt worden, dass vor allem im strukturellen Bereich Defizite existieren. Das ist im Grunde genommen keine neue Erkenntnis. Wir wissen das: Es geht z. B. um Bildung und um Sprache. Wenn man nun aber anfängt, diese Probleme mit der Religion zu erklären – sie zu „islamisieren“ –, wird es schwierig. Natürlich kann man religiöse Aspekte akzentu-

ieren, Zum Beispiel kann man auf fundamentalistische Gruppierungen oder auf die Religionspädagogik hinweisen.

Aber man muss die strukturelle Integration klar davon unterscheiden: Wo spielt z. B. die schulische Sozialisation – unser mehrgliedriges Bildungssystem und die Reproduktion von Bildungsarmut – eine Rolle? Man muss das von religiösen Inhalten deutlich trennen. Als Religionssoziologe beschwere ich mich natürlich nicht, wenn Sie über Religion sprechen. Aber es gibt, wie gesagt, das eine Extrem, dass wir das völlig ausblenden, und das andere Extrem, dass wir, wie es derzeit der Fall ist, alles islamisieren. Ich bitte Sie, das differenzierter zu kommunizieren – vor allem in den Medien, aber auch in der Öffentlichkeit.

Abg. **Gerhard Merz:** Ich habe eine Nachfrage zum Faktischen: Sie haben ganz am Anfang von dem hohen Stellenwert der Religion für die Muslime gesprochen. Nun werden in der öffentlichen Debatte häufig Erscheinungen für religiös motiviert gehalten, für die es in der Religion im strikten Sinne gar keine Begründung gibt, sondern es handelt sich eher um gewachsene Verhaltensstrukturen und kulturelle Muster, z. B. im Zusammenhang mit dem Patriarchalismus und dem Geschlechterverhältnis. Gibt es in der Forschung eine Differenzierung zwischen diesen beiden Aspekten?

Herr Prof. **Dr. Ceylan:** Nein. Ich habe mich unter anderem auf die Studie „Muslimisches Leben in Deutschland“ berufen, und auch der Religionsmonitor hat Erkenntnisse dazu gebracht. Hier geht es vor allem um die subjektive Einschätzung von Religiosität, d. h. darum, wie sich die Befragten selbst einschätzen. Außerdem wird nach der religiösen Praxis gefragt. Laut der Studie z. B., die im Rahmen der Deutschen Islamkonferenz vorgestellt wurde, legen 42 % viel Wert auf die Orthopraxis. Das bedeutet, dass man betet und fastet. Das ist ganz wichtig. Aber die Zahlen sind auch, was die religiöse Praxis betrifft, nicht einheitlich. Es geht hier vor allem um die subjektive Einschätzung, also um die Identität: dass man sich als Muslim definiert und darauf verweist, dass die Religion eine große oder sogar eine sehr große Bedeutung für einen selbst hat.

Aber ich weise noch auf etwas anderes hin: Die jungen Menschen sind sehr pragmatisch. Wir merken z. B., dass sie, was die Sexualität betrifft, etwas liberaler sind. Es gibt andere Dinge, die wichtiger sind. Das Freitagsgebet z. B. ist für Muslime mittlerweile sehr wichtig. Wenn Sie einmal freitags eine Moschee besuchen, werden Sie sehen, dass sie voll ist. Dort findet man dann auch eine Pluralität der Einstellungen. Das heißt, auch hedonistisch orientierte Jugendliche besuchen Moscheevereine.

Jetzt müssen wir uns natürlich fragen: Welche Mechanismen stecken dahinter? Ist es die Migration? Schließlich ist der polnische Gottesdienst sonntags ebenfalls gut besucht. Übrigens sagen auch Migranten christlichen Glaubens – das ist ein weiteres Ergebnis der Studie –, dass sie sich als sehr religiös einschätzen. Hier wäre zu fragen, inwieweit Migrationsfaktoren eine Rolle dabei spielen, dass junge Leute Religion als Identitätsanker definieren.

Abg. **Ismail Tipi:** Herr Prof. Ceylan, herzlichen Dank für die vielen Impulse, die Sie unserer Diskussion gegeben haben. Sie haben bereits einiges beantwortet. Aber ich habe doch noch einige Fragen. Erstens. Wie stehen Sie eigentlich zu der Aussage des Herrn Bundespräsidenten, dass der Islam zu Deutschland gehört? Sie haben nämlich vorhin angeführt, der Islam in Deutschland sei ein Produkt der Arbeitsmigration.

Zweitens würde mich interessieren, welchen Einfluss die Moscheevereine oder die Migrantenvereine, die Sie vorhin erwähnt haben, auf unsere Integrationsarbeit haben. Behindern sie die Integrationsarbeit, oder fördern sie sie eher?

Meine dritte Frage bezieht sich auf die Imame. Wie hoch schätzen Sie aufgrund Ihrer wissenschaftlichen Untersuchung den Anteil der in Deutschland arbeitenden Imame ein, die man vielleicht als „Hassprediger“ bezeichnen könnte? Daran knüpft sich die Frage an: Wie hoch ist Ihrer Einschätzung nach die Gefahr für unsere Gesellschaft, die von dem ausgeht, was von den Salafisten in Zukunft noch kommen kann?

Letzte Frage. Welche Unterrichtsform würden Sie aufgrund Ihrer Erfahrungen – über die Sie berichtet haben – für hessische bzw. für deutsche Schulen empfehlen: islamischen Religionsunterricht oder Islamkunde?

Herr Prof. **Dr. Ceylan:** Das waren jetzt vier Fragen. Zu der ersten Frage: Bundespräsident Wulff hat auf eine Tatsache hingewiesen. Er hat uns vor einigen Wochen in Osnabrück besucht. Er hat uns auf die Tatsache hinweisen wollen, dass der Islam mittlerweile ein Bestandteil Deutschlands geworden ist. Es geht hier nicht nur um einen historischen Prozess, sondern vor allem um die Gegenwart; das hat er noch einmal bekräftigt. Was jedoch viele vergessen haben: Er hat die gleiche Rede im türkischen Parlament gehalten, aber andersherum. Das haben die meisten nicht wahrgenommen. Er hat darauf hingewiesen, dass das Christentum eine längere Geschichte in der Türkei hat.

Ich begrüße das. Es sind eine gewisse Symbolik und eine Botschaft – auch in Richtung Muslime – darin enthalten, und es ist auch eine Gegenwartsdiagnose: Dass der Islam ein Bestandteil Deutschlands geworden ist, ist eine Tatsache, mit all ihren Problemen und Herausforderungen.

Die zweite Frage bezog sich auf den Einfluss der Moscheevereine. Ich versuche immer, Ihnen auf empirischer Grundlage zu antworten, also nicht meine eigenen Einschätzungen wiederzugeben, sondern das, was die Forschung dazu sagt. Die Deutsche Islamkonferenz hat festgestellt, dass es drei Gruppierungen gibt. Eine Gruppierung z. B. ist dadurch charakterisiert, dass sie sehr stark in Gemeindestrukturen involviert ist und dass ihre Mitglieder nicht sehr mobil sind. Sie weisen hohe Integrationsdefizite auf. Nicht nur in Moscheevereinen, sondern auch in Migrantenselbstorganisationen kann das so sein.

Dann gibt es eine Gruppierung, die mit Migrantenselbstorganisationen und Moscheevereinen überhaupt nichts zu tun hat. Unter diesen Leuten gibt es auch Integrationsdefizite. Interessant ist, dass diejenigen, die sich in beiden Gesellschaften bewegen, also sowohl in Moscheevereinen lose verankert sind als auch in anderen Kontexten eine Rolle spielen, sozusagen die besten Ergebnisse bei der Integration erzielen. Warum das so ist, müsste man durch eine mechanismenorientierte Forschung herausfinden. Das ist unsere erste Erkenntnis.

Dass dort die religiöse Bildung ergänzt werden muss, ist klar. Das kann ich durch eigene empirische Untersuchungen bestätigen. Das heißt, der Religionsunterricht kann eine Moschee nicht ersetzen, aber auch ein Moscheeverein kann den Religionsunterricht nicht ersetzen. Beides muss komplementär sein. Hier müssen wir auf jeden Fall ansetzen.

Bei der dritten Frage ging es um die Salafisten.

(Abg. Ismail Tipi: Die Imame, die wir als „Hassprediger“ bezeichnen!)

– Genau. – Dazu habe ich keine Zahlen. Ich kann nur Schätzungen abgeben. Wir wissen nicht, wie viel Prozent es sind; das kann ich nicht quantifizieren. Da gibt es eine Dunkelziffer. Manche sagen, es seien 30, und es gibt Experten, die ihre Zahl auf 50 schätzen – was auch schon sehr viel ist. Aber das können wir nicht quantifizieren, Wir können auch für die Gruppe der Sympathisanten keine genaue Zahl angeben.

Wir wissen aber, dass ihr Einfluss stärker wird. Es gibt etwas, was ich mit großer Sorge betrachte: Pierre Vogel z. B. wird eine Plattform an den Universitäten eingeräumt; er bekommt freien Zugang. In Duisburg beispielsweise hat er vor einiger Zeit eine Rede halten können. In Hannover haben wir das verhindert; er wollte auch dort predigen. Das heißt, dass auch die Gemeinschaften selbst noch nicht genügend sensibilisiert sind und man dort diese Gruppierungen noch nicht kennt. In Braunschweig und in Hannover hatten wir zwei Fälle: Vertreter dieser Gruppierungen haben zwei etablierte Moscheegemeinden – eine gehörte der DITIB an – aufgesucht und gesagt, sie wollten eine Konferenz zu dem Thema „Bildung und Kriminalität“ veranstalten. Da das wichtige Themen sind, verschaffen sie sich damit immer Zugang. Sie haben diese Konferenzen dazu genutzt, um Kontakte zu knüpfen und junge Leute zu rekrutieren. Das heißt, eine Gefahr ist da; aber wir können sie nicht quantifizieren.

Die letzte Frage war, ob ein islamischer Religionsunterricht oder eher eine Art Religionskunde angeboten werden sollte. Darüber wird debattiert. Wir arbeiten an einem Konzept für einen islamischen Religionsunterricht; denn es gibt einen christlichen – evangelischen und katholischen – Religionsunterricht, und wir wollen, dass es dementsprechend auch einen islamischen Religionsunterricht gibt.

Allerdings beginnen wir mit der Einführung des islamischen Religionsunterrichts genau während einer Debatte darüber – das haben wir in Berlin erlebt –, ob es, wie in Berlin, einen Ethikunterricht oder, wie in Hamburg, einen Religionsunterricht für alle geben soll oder ob man doch beim alten Modell bleiben soll. Das ist eine Diskussion, die unter Wissenschaftlern sehr kontrovers geführt wird. Es gibt Religionspädagogen, die sagen, es sei wichtig, dass die Kinder im Religionsunterricht eine solide religiöse Bildung erhalten, damit sich ihre Identität festigt. Außerdem erreiche man mit dem Religionsunterricht nicht nur die Muslime, die Moscheen besuchen, sondern die Gemeinschaft in ihrer ganzen Heterogenität. Wie gesagt, von wissenschaftlicher Seite kann man bis jetzt noch nichts sagen. Seitens der Politik möchte man einen islamischen Religionsunterricht einführen. In Niedersachsen arbeiten wir daran.

Abg. **Mürvet Öztürk**: Meine erste Frage bezieht sich ebenfalls auf den Religionsunterricht. In Hessen bemühen wir uns seit Längerem, überhaupt einen ersten Schritt zu machen. Wir stellen fest, dass es in anderen Bundesländern – Nordrhein-Westfalen, Niedersachsen und Baden-Württemberg – längst Modellversuche gibt, hier dagegen noch gar nicht. Deshalb wäre es für mich interessant, zu erfahren, welche Art von Stufenplan Sie vorschlagen. Verfassungsrechtlich gesehen ist es zurzeit schwierig, einen Religionsunterricht einzuführen; denn unter anderem ist immer noch kein Ansprechpartner gefunden worden, obwohl der Wissenschaftsrat konkrete Vorschläge gemacht hat.

(Abg. Gerhard Merz: Das ist die Antwort!)

– Nein, das ist nicht die Antwort. – Mich würde interessieren, ob Sie als Wissenschaftler den Politikern Zwischenschritte empfehlen würden, um vom Punkt null aus überhaupt ein Angebot machen zu können. Sie können auf Erfahrungen aus den anderen Bundesländern zurückgreifen.

Bei meiner zweiten Frage geht es um die Diskussion über den Salafismus. Sie haben gesagt, dass Sie in der Wissenschaft zwischen Gruppen, die offen zur Gewalt aufrufen, und den Dschihadisten, die nicht offen zur Gewalt aufrufen, unterscheiden. Können Sie den Politikern empfehlen, wie sie mit dieser Frage konzeptionell umgehen; denn die Zahl der Salafisten steigt immer mehr? Auch die Cyberimame und die Cybersalafisten sind sehr aktiv. Auf welchem Stand ist die Diskussion innerhalb der Wissenschaft, was die Konzepte betrifft, die erarbeitet werden müssten – auch unter dem Rückgriff auf Beispiele aus anderen Ländern –, damit wir in Deutschland einen Schritt weiterkommen können?

Ich erlaube mir noch eine dritte Frage. Es geht um die Rolle der Religion bei der Integration. Sie haben gesagt, dass die primäre religiöse Erziehung in den Familien stattfindet, man aber nicht ganz genau weiß, was dort an diesbezüglicher Bildung vermittelt wird. Wenn ich mich auf die Frage konzentriere, was in der religiösen Bildung integrationshemmend sein könnte, fallen mir ganz praktische Dinge ein, z. B. dass den Kindern in der frühen familiären Bildung oft nahegelegt wird, aufzupassen, wenn sie draußen in einem Restaurant essen gehen, weil das, was sie bekommen, auch Schweinefleisch sein könnte. Wie groß würden Sie die Gruppe derer einschätzen, die ihren Kindern in der frühen familiären Bildung so etwas mitgeben und sie quasi mit religiösen Argumenten bei der Integration behindern? Kann man in der Wissenschaft eine solche Gruppe definieren und ihren Anteil z. B. auf 1 % oder auf 10 % – was auch immer – eingrenzen? Oder kann man auch das nicht quantifizieren?

Herr Prof. **Dr. Ceylan:** Das waren drei Fragen. Zu der ersten Frage: Das ist keine primär wissenschaftliche, sondern eine politische Frage. Es ist ein politischer Prozess. Ich kann Ihnen sagen, wie wir das in Niedersachsen gemacht haben. In Niedersachsen haben wir einen runden Tisch, an dem die Schura beteiligt ist. Die Schura ist ein Zusammenschluss von albanischen, bosnischen und türkischen Moscheevereinen. Auf der anderen Seite haben wir die DITIB. Es bedurfte eines langen, schwierigen Prozesses – vor allem was die DITIB betraf –, um sie davon zu überzeugen, einen Religionsunterricht in deutscher Sprache einzuführen. Zunächst wollte man gar keinen Religionsunterricht. Dann hat man sich damit einverstanden erklärt, aber er sollte in türkischer Sprache stattfinden. Mittlerweile akzeptiert und unterstützt man einen solchen Unterricht.

Wir haben gesagt, wir wollen step by step vorgehen. Das heißt, wir haben mit den Versuchen wirklich ganz klein in den Grundschulen angefangen. Wir haben uns bestimmte Grundschulen ausgesucht, in denen die Bereitschaft vorhanden war. Dann sind wir von Jahr zu Jahr expandiert. Gerade sind wir dabei, einen islamischen Religionsunterricht an allen Grundschulen Niedersachsens einzuführen. Der nächste Schritt wird die Einführung des Religionsunterrichts in den weiterführenden Schulen sein.

Das Ziel war, das bis zum Schuljahr 2012/2013 zu erreichen. Aber wir sind noch nicht so weit; denn es gibt hier noch einige Herausforderungen. Zum einen steht das Beiratsmodell noch nicht fest. Es wird darüber diskutiert, wer daran teilnehmen soll und ob die Pluralität gewährleistet ist. Zum anderen brauchen wir Religionslehrerinnen und -lehrer. Hier gibt es ein ganz großes Defizit. Wir haben nach wie vor Probleme, Studenten für dieses Fach zu rekrutieren. Wie gesagt, das ist ein Prozess.

Ich sage Ihnen wirklich: Seien Sie pragmatisch. Das ist ein Experimentierfeld. Man kann und darf auch Fehler machen. Aber es sollte klar sein, dass wir einen Handlungsbedarf haben und keine Zeit verschwenden dürfen. Ich rate Ihnen wirklich, pragmatisch zu sein und mit kleinen Schritten anzufangen. Ich kenne die Diskussion in Hessen nicht genau. Ich weiß nicht, wie die religiösen Gemeinschaften in Hessen dazu stehen und wie die

interne Kommunikation mit den Verbänden abläuft. Ich kann sagen, dass wir sehr lange gebraucht haben. Wir haben jetzt eigentlich viel mehr Probleme mit der islamischen Theologie. Das heißt, in Sachen islamischer Religionsunterricht haben wir uns geeinigt, aber wir haben die Frage noch nicht beantwortet, wie es ist, wenn wir anfangen, selbstständig Imame an deutschen Hochschulen auszubilden. Da gibt es noch ganz große Kontroversen mit den muslimischen Verbänden.

Die zweite Frage bezog sich auf die Salafisten. Wie gesagt, es gibt hier ein Defizit an empirischer Forschung. Wir wissen aber, dass wir mehrgleisig fahren müssen. Eine Aufklärung darüber ist notwendig. Aufklärung heißt, dass wir uns an die Eltern wenden müssen. Ich möchte Ihnen ein Beispiel nennen: eine Erfahrung, die ich vor zwei Jahren mit einem Kind aus einer muslimisch-säkularen Familie gemacht habe. Der Junge hat sich sehr viel mit Religion beschäftigt, sehr viel über den Tod nachgedacht, Friedhöfe besucht und sich in gewissen Kreisen bewegt. Die Eltern haben von mir gehört – die Familie lebt in Duisburg – und mich gebeten, mich einmal mit dem Jungen zu treffen. Das habe ich auch gemacht und konnte im Laufe einiger Gespräche herausfinden, im Grunde genommen ging es darum, dass sich die Eltern haben scheiden lassen, weil der Vater eine heimliche Affäre hatte. Der Junge wusste davon und hat es der Mutter erzählt. Er fühlte sich selbst verantwortlich dafür und hatte Schuldgefühle. Diese Schuldgefühle führten dazu, dass er mit der Sinnsuche begann. Er hat dann einen russischstämmigen Salafisten kennengelernt und ist in diese Szene eingetaucht.

Das ist nur ein Beispiel, mit dem ich Ihnen zeigen will, dass die jungen Leute in bestimmten Lebenskrisen Antworten suchen, und wenn sie dann an die Falschen geraten, kann es sein, dass sie in solche Szenen eintauchen. Das hatte nichts mit religiöser Motivation oder einer philosophischen Suche zu tun, sondern es war eine Lebenskrise. Hier müssen wir mehrgleisig fahren: Wir müssen die Eltern informieren. Extremismus – nicht nur islamischer Extremismus, sondern Extremismus an sich – muss an den Schulen stärker behandelt werden.

Wir müssen auch die Moscheegemeinden darüber aufklären. Es gibt mittlerweile viele Kooperationen. Ich bin oft an der Deutschen Hochschule der Polizei in Münster und an der Bundesakademie für Sicherheitspolitik, wo wir über solche Themen diskutieren und auch die Moscheevereine als Partner gewonnen worden sind. Dort müssen wir aufklären.

Wir brauchen auch Frühwarnsysteme, vor allem in bestimmten Stadtteilen. Wir wissen, wo die Salafisten tätig sind. Das ist auch ein sozialpsychologisches Problem: Viele bekommen es mit, wissen aber nicht, wann sie intervenieren sollen. In der Sozialpsychologie ist das bewiesen, und es gilt auch für viele andere Fälle. Man bekommt irgendeinen Vorfall mit und weiß nicht, wann man intervenieren soll. Gerade wenn es sehr viele Zeugen gibt, sieht man sich selbst nicht in der Verantwortung, einzuschreiten. Das heißt, hier müssen wir wirklich so etwas wie ein Frühwarnsystem aufbauen. Am Schluss möchte ich betonen: Den Extremismus werden wir nicht hundertprozentig bekämpfen können. Er wird uns immer verfolgen. Das sollte klar sein.

Ich habe Ihre letzte Frage vergessen.

(Abg. Mürvet Öztürk: Familie, religiöse Erziehung, Esskultur!)

– Es gibt viele Facetten. Fangen wir mit dem Gottesbild an: Islam als exklusive Religion, Umgang mit Nichtmuslimen, das Bild von Nichtmuslimen. Es geht um Alltagsfragen, z. B. um Speisevorschriften. Es stellt sich eine ganze Menge religiöser Fragen, vor allem im

Kontext einer multireligiösen Gesellschaft. Das ist im Zusammenhang mit der Integration und der Identifikation mit dieser Gesellschaft, über die wir heute sprechen, eine ganz wichtige Frage. Meistens ist das ein Konglomerat aus nationalen, kulturellen und traditionellen Elementen.

Vor zwei Tagen hat Ministerin Schröder die Studie „Zwangsverheiratung in Deutschland – Anzahl und Analyse von Beratungsfällen“ vorgestellt. Ich möchte diese Debatte jetzt nicht noch einmal aufgreifen; denn ich glaube, wir haben lange genug darüber diskutiert. Daran sehen wir, dass bestimmte gläubige Familien weiterhin archaische Traditionen pflegen, die im Grunde genommen mit dem Islam nichts zu tun haben. Es ist ganz wichtig, dass wir auch in diesem Bereich zuerst einmal erforschen, mit welchen Bildern die jungen Leute in die Schulen kommen, damit wir religionspädagogisch dort ansetzen können.

Sachv. **Birgit Simon:** Ich habe folgende Fragen: Erstens. Ich halte die soziale Funktion der Imame in den Moscheegemeinden für bedeutend und möchte Sie diesbezüglich um Ihre Einschätzung bitten. Sie haben gesagt, dass Sie über die Konrad-Adenauer-Stiftung die aus dem Ausland kommenden Imame unterrichten. Auch wir haben in der Kommune angefangen, die Imame, die bei uns leben, sozusagen einzusammeln: ihre soziale Funktion ernst zu nehmen und ihnen Angebote zu machen, die Kommune in ihrer sozialen Funktion kennenzulernen, damit sie wiederum ihre soziale Funktion ausüben können. Das hat sich großer Beliebtheit erfreut.

Meine erste Frage ist: Wir können das nur sehr begrenzt leisten, weil die Kommunen geringe Mittel haben. Man sieht, wie lang diese Prozesse dauern. Hielten Sie es für sinnvoll, wenn die Landesregierung erklären würde: „Solange wir die Imame hier noch nicht einbinden, stellen wir den Kommunen Gelder zur Verfügung, damit sie die soziale Funktion ihrer Imame stärken und sie darüber unterrichten, wie unser Schulsystem und unser Gesundheitssystem aussehen, wie unsere Einrichtungen arbeiten, und wer die Bürgermeister sind sowie darüber, wie bei uns über bestimmte Fragen diskutiert wird“?

Wir haben in unserer Stadt sieben Moscheegemeinden. Im Übrigen nehmen auch die Moscheegemeinden aus dem Kreis Offenbach dieses Angebot gern wahr. Sie haben mir jetzt wieder eine Liste mit Namen überreicht, mit der Bitte, dass ein neuer Kurs veranstaltet wird. Halten Sie das für notwendig? Wir könnten das verstärken, weil wir sie schnell erreichen. Wir sprechen sie gleich an, wenn sie kommen.

Zweitens. Gibt es Studien darüber bzw. welche Kenntnisse haben Sie, wie die Moscheegemeinden und die Religion auf die Entwicklung der Jugendlichen, aber auch auf die zuwandernden Frauen wirken? Behindert die Emanzipationsbewegung, an der junge Frauen teilhaben, die Bindung an die Moscheegemeinde, die, wie gesagt, auch eine positive soziale Funktion haben kann?

Herr Prof. **Dr. Ceylan:** Zu der ersten Frage. Ich glaube, ich konnte verdeutlichen, dass diese Fortbildungsmaßnahmen für mich nicht die große Lösung sind. Das ist für mich nur ein Tropfen auf den heißen Stein. Das kann man machen, zumal wenn es um Imame geht, die nach dem Rotationsverfahren kommen. Aber die große Frage ist: Was bringt es? Wir veranstalten so etwas in Niedersachsen trotzdem, vor allem für diejenigen, die länger in Deutschland bleiben. Aber das ist keine Maßnahme, die man mittel- oder langfristig unterstützen sollte. Das ist meine Meinung dazu.

Zu der zweiten Frage. Über das Thema „Frauen und Moscheegemeinden“ ist nicht so viel geforscht worden. Wir haben aber an der Universität Osnabrück zusammen mit dem Bundesamt für Migration und Flüchtlinge eine Tagung zu dem Thema „Die Rolle der Frauen in den Moscheegemeinden“ veranstaltet. Es liegen erste Ergebnisse vor, die in einem Band zusammengefasst sind.

Wir konnten feststellen, dass in den Moscheegemeinden verschiedene Prozesse ablaufen. Zum einen sind Braindrain-Prozesse zu beobachten: Angehörige der Akademikerelite meinen, sie kämen innerhalb dieser Strukturen nicht weiter, separieren sich und bauen eigene Strukturen auf. Dieser Prozess führt also zu Spaltungen. Zum anderen kann man Transformationsprozesse feststellen, die von jungen Leuten in Gang gesetzt werden, die einen längeren Atem und auch mehr Geduld haben. Sie versuchen, diese Strukturen von innen zu verändern. Das ist nicht nur ein Generationswechsel; auch Frauen greifen langsam nach dem Zepter. Das lässt sich beobachten. Das heißt, die Frauen wollen in den Moscheevereinen eine größere Rolle spielen. Das ist aber ein Prozess, der sich über längere Zeit hinziehen wird; denn viele aus der ersten Generation, die sehr stark patriarchalisch geprägt sind, besitzen noch so etwas wie eine informelle Machtposition. Aber wir können schon jetzt feststellen, dass wir in Zukunft mehr Frauen in den Moscheegemeinden haben werden.

Daneben ist es aber wichtig, dass wir auch Wissenschaftlerinnen fördern. Wir müssen mehr Theologinnen bekommen. Wir haben z. B. eine Professorenstelle ausgeschrieben, für die wir eine Dame in Aussicht hatten. Aber die hat ein Angebot aus New York bekommen, und dann haben sie uns die New Yorker weggeschnappt.

(Zuruf: Osnabrück oder New York!)

– Osnabrück oder New York. Das kann ich aber nicht verstehen; denn Osnabrück hat die schöneren Wolkenkratzer.

(Heiterkeit)

Die Förderung ist also eine ganz wichtige Sache, gerade wenn es um Themen wie „Die Frau im Islam“ geht. Ich sage den Journalisten immer wieder: Ich möchte mich nicht dazu äußern. Fragen Sie muslimische Frauen; fragen Sie insbesondere Theologinnen. – Wie gesagt, das ist ganz wichtig. Bei uns z. B. wird der Religionsunterricht zu 70 % von Frauen erteilt. Es ist interessant, im Gegensatz zu den Moscheen an den Schulen Frauen als religiöse Autoritäten zu haben.

Abg. **Alexander Bauer:** Ich habe zwei Fragen. Die erste Frage betrifft den Zusammenhang zwischen Familie und religiöser Bildung. Es gibt aktuell eine Diskussion über Zwangsverheiratungen. Dabei wird angedeutet, dass die Religion – ich drücke es vorsichtig aus – einer der Faktoren sei. Ich möchte Sie bitten, dass Sie aus Ihrer Sicht etwas dazu sagen. Gibt es Momente der religiösen Erziehung – wir müssen hier offen über die Probleme sprechen –, die Integrationshemmnisse darstellen? Können Sie das wissenschaftlich benennen?

Zweite Frage. Sie haben zu Recht gesagt, dass die islamische Religionspädagogik eine wichtige Säule ist, die dazu beitragen soll, dass über die religiösen Praktiken und die religiösen Normen reflektiert wird. Sie sprechen sich dafür aus, dass dieser Studiengang an den deutschen Hochschulen stärker ausgebaut wird. Über welche Zeitkorridore sprechen wir da? Ich stelle mir das am Beispiel einer islamischen Koranexegese vor: Im

christlichen Kulturkreis hat sich diese Form der Exegese über Jahrhunderte hinweg ausgebildet. Wie kann man also die wissenschaftliche Erforschung des Islams vorantreiben? In welchen Dekaden denken Sie da?

Herr Prof. **Dr. Ceylan:** Zu der ersten Frage. Solche Traditionen lassen sich beobachten. Ich selbst bin kurdischstämmig. Warum ich das jetzt erwähne: Ich weiß, dass z. B. im Südosten der Türkei nicht nur von kurdischen Muslimen, sondern auch von Kurden, die anderen religiösen Gruppierungen angehören, solche Traditionen gepflegt werden – Ehrenmord, Zwangsverheiratung usw. –, die nicht primär religiös motiviert und auch nicht religiös begründbar sind.

Ich habe in dem Vortrag, den ich gestern gehalten habe, ein Beispiel gebracht, das letztes Jahr in einer türkischen Zeitung stand. In der Türkei gab es einen Ehrenmord, der von einem Armenier begangen wurde: Er hat seine Schwester und deren muslimischen Ehemann erschossen. Es erschienen sehr viele Presseberichte darüber. Ich hatte ein gewisses Déjà-vu-Erlebnis; denn so etwas passiert auch bei den Muslimen. Vor allem im deutschen Kontext wird oft darüber diskutiert. Aber Ehrenmorde sind auch nicht christlich motiviert. Das sind archaische, patriarchalisch geprägte Traditionen, bei denen man sehr genau hinschauen muss, um zu erkennen, ob sie religiös geprägt sind oder nicht.

Für mich als Wissenschaftler spielt es eine Rolle, wie die Eltern selbst das wahrnehmen: Nehmen sie das unter religiösen Gesichtspunkten wahr? Ist die Tradition für sie ein Teil der Religion? Wir müssen vor allem an den Schulen Aufklärungsarbeit leisten. Das kann man sehr gut machen, indem man zu sagen versucht: Das ist der normative Kern der Religion. Aber gewisse Inhalte, die hier vermittelt worden sind, sind nicht mit dem Islam kompatibel. – Ich denke, nicht nur für die Muslime, sondern auch für die Mehrheitsgesellschaft ist es wichtig, das zu vermitteln und auch zu kommunizieren. In der Sozialpsychologie kennt man nämlich das Assoziationsprinzip: Der Islam wird meistens mit solchen Themen in Verbindung gebracht. Viele andere Themen, die eigentlich wichtiger sind – vor allem Alltagsfragen –, werden jedoch leider ausgeblendet. Deshalb sollte man hier klar differenzieren.

Zu der zweiten Frage. Wenn Sie mich schon fragen: Am liebsten würde ich so etwas gleich morgen einführen. Ich gebe Ihnen aber eine realistische Einschätzung: Ich habe Ihnen vorhin gesagt, dass wir Hunderte von Religionslehrern brauchen. Anhand der Zahl der Grundschulen und der weiterführenden Schulen kann man sich ausrechnen, dass es Jahre dauern wird, bis es so weit ist. Vielleicht wird es 20 Jahre dauern. Zum einen brauchen wir Akademiker. Wir müssen uns fragen, wie viele muslimische Akademiker es gibt. Zum anderen müssen sich die Studenten für ein Lehramtsstudium entscheiden. Da ist der Markt überschaubar. Wir versuchen, junge Leute dazu zu bringen, dieses Fach zu studieren. Zudem ist das bisher noch kein grundständiger Studiengang. Wir bieten es als Erweiterungsfach an, d. h. als einen Masterstudiengang. Unmittelbar nach dem Abitur kann man bei uns dieses Fach noch nicht studieren. Wir arbeiten gerade mit dem Ministerium daran, einen grundständigen Studiengang einzuführen.

Hier gibt es also viele Fragen. Erstens muss ein grundständiger Studiengang eingeführt werden; denn wir brauchen viele Lehrerinnen und Lehrer. Zweitens muss geklärt werden, wie das Beiratsmodell aussieht: Wer repräsentiert die Muslime? Ich bin realistisch: Das wird auf jeden Fall mehr als zehn Jahre dauern. Aber das ist kein Problem: Wir müssen einerseits gegenwartsbezogen, andererseits mittel- und langfristig denken.

Sachv. Prof. **Dr. Friedrich Heckmann:** Ich habe zwei Fragen. Die eine ist eher wissenschaftlicher, die andere eher praktischer Natur. Die erste Frage bezieht sich auf Ergebnisse der religionssoziologischen Forschung in den USA, wonach Migranten während des Einwanderungsprozesses religiöser werden. Sie sind dann religiöser, als sie es im Heimatland waren; denn zum einen gibt es in der neuen Situation bestimmte Orientierungsbedürfnisse, und zum anderen bieten die religiösen Communities soziale und ökonomische Unterstützung. Diese beiden Aspekte sind zu nennen.

Meine Frage ist: Kann man das für Deutschland auch sagen? Gibt es Untersuchungen dazu, dass die Religiosität stärker als im Heimatland ausgeprägt ist? In dem Zusammenhang habe ich noch die Frage: Liegen Zahlen dazu vor, wie viele Menschen aus islamischen Ländern religiös gesehen relativ säkular eingestellt sind?

Die zweite Frage, über die auch hier schon diskutiert worden ist – auch Sie haben sie bereits angesprochen –, ist ganz praktischer Natur: Welche Art von Beschäftigungsverhältnis sollten die Imame eingehen? Wir haben hier auch schon Ihren niedersächsischen Kollegen Prof. Christian Pfeiffer angehört. Er meinte, wenn sie jetzt Religionslehrer ausbilden, hätten sie zwei Dinge auf einmal erledigt: Sie hätten Beamte, die gleichzeitig Imame sein könnten, weil sie über die religiöse Qualifikation verfügten. Die Frage ist natürlich, wie es um deren Akzeptanz in den Gemeinden bestellt ist. Was halten Sie von diesem Vorschlag?

Herr Prof. **Dr. Ceylan:** Vorab: Herr Prof. Heckmann, haben Sie über ethnische Kolonien geforscht?

(Sachv. Prof. Dr. Friedrich Heckmann: Ja!)

– Meine Doktorarbeit basiert vor allem auf seiner These. Ich habe sehr viel von ihm profitiert. Jetzt habe ich ganz viele Fragen, aber die hebe ich mir für später auf.

Ich will Ihre zwei Fragen in aller Kürze beantworten. Bei der ersten Frage ging es um die USA. In den USA spielen religiöse Communities eine sehr wichtige Rolle. Sie haben eine soziokulturelle Funktion. Über Auswanderungsprozesse wissen wir z. B. Folgendes: Für Deutsche, die im 19. Jahrhundert ausgewandert sind, bildeten die Kirchen soziale Zentren. Die Kirchen waren wichtig. Sie boten Unterstützung an. Es gab Hilfe und kulturelle Angebote. Darüber liegen historische Berichte vor. Die Moscheen in Deutschland sind ebenfalls multifunktional. Hans-Ludwig Frese hat darüber gearbeitet, um zu zeigen, dass nicht nur der religiöse Faktor eine große Rolle spielt. Moscheen sind vielmehr wichtig, weil sie mittlerweile multifunktional sind.

Man kann für den deutschen Kontext sehr gut nachzeichnen, dass die religiöse Praxis bei den Zuwanderern der ersten Generation ursprünglich nicht sehr stark ausgeprägt war und erst nach der Familienzusammenführung eine viel größere Rolle gespielt hat. Auch die Expansion der Moscheegemeinden fand in den Siebzigerjahren statt. Deshalb kann man sagen, dass zum einen die Migrationsituation und zum anderen die Tatsache, dass religiöse Communities eine soziokulturelle Funktion ausüben, wichtig sind. In der Türkei haben die Moscheevereine nicht dieselbe Funktion wie in Deutschland; sie sind nicht multifunktional. Sie haben eine rein sakrale Funktion. Die neuen, repräsentativen Moscheen, z. B. die in Duisburg-Marxloh, sind dagegen multifunktional. Es gibt dort Konferenzräume, Bistros und Büchereien, und es werden unter anderem Integrationskurse abgehalten. Das heißt, diese Einrichtungen befriedigen weit über ihre religiöse Funktion hinaus verschiedene andere Bedürfnisse.

(Sachv. Prof. Dr. Friedrich Heckmann: Aber sind die Leute jetzt religiöser? Das war die Frage! Gibt es Zahlen dazu?)

– Das ist ein Problem im Zusammenhang mit Religiosität. Es gibt für die Türkei Zahlen, aus denen eindeutig hervorgeht, dass sich die Menschen als sehr religiös definieren – sogar in Izmir. Aber was das für die Praxis bedeutet, ist schwer zu sagen; da unterscheiden sich die Praktiken. Ich glaube – ich kann das schwer sagen; denn ich kenne nur die türkische Diskussion –, in der Türkei liegt der Anteil der praktizierenden Muslime bei 30 bis 35 %. In Deutschland spricht man von 42 %. Aber, wie gesagt, diese Zahlen sind mit äußerster Vorsicht zu genießen.

Abg. **Mürvet Öztürk:** Ist denn der Begriff „religiös“ wirklich zutreffend, oder muss man nicht eher „gottgläubig“ sagen? Wenn man jemanden fragt, ob er an Gott glaubt, wird er das natürlich mit Ja beantworten. Niemand würde sagen, dass er nicht an Gott glaubt. Aber die Frage ist immer, ob das wirklich mit der religiösen Praxis, z. B. mit dem Fasten, verbunden ist.

Herr Prof. **Dr. Ceylan:** „Religiös“ zu sein bedeutet zunächst einmal, dass sich ein Mensch mit einer bestimmten Religion identifiziert. Ich erlebe es oft, dass muslimische Zuhörer sagen: Nein, wir müssen zwischen praktizierenden Muslimen und Muslimen unterscheiden. – Ich mache diese Unterscheidung nicht. Ich sage, dass jeder, der sich als Muslim definiert und sich als religiös bezeichnet, ein Muslim ist. Dann beginnt die Erfassung der Religiosität.

Ich sage Ihnen eines: Wenn wir jetzt anfangen, uns mit Definitionen zu beschäftigen, also damit, wie man Religiosität erfasst, haben wir ein ganz großes Problem. Es beginnt damit, wie wir Religion definieren: substanziell oder funktional. Was sind die religiösen Inhalte? Was macht Religion aus? Einfacher ist es, zu sagen, welche Funktion die Religion hat. Das ist vielleicht auch viel wichtiger. In der Frage gibt es eher einen Konsens. Wie gesagt, ich habe kein Problem damit, wenn der Begriff „religiös“ verwendet wird.

Noch etwas für die Politiker: Man sollte immer Arbeitsdefinitionen zugrunde legen; das ist pragmatisch. Wir sind letztens im Bundesfamilienministerium zusammengekommen. Es ging um das Thema Islamismus – 30 Experten, 30 unterschiedliche Meinungen. Ich habe irgendwann gesagt, dass wir eine Arbeitsdefinition brauchen und pragmatisch vorgehen müssen. Deswegen habe ich kein Problem damit, den Begriff „religiös“ zu verwenden.

Zu der zweiten Frage von Prof. Heckmann. Herr Prof. Pfeiffer hat im Grunde genommen das gesagt, worauf auch schon Herr Schünemann, unser Innenminister, hingewiesen hatte. Sie müssen eines wissen: Das, was ich aufgezeigt habe, ist schön und gut. Das ist eine Roadmap; das müssen wir machen. Aber der Teufel steckt im Detail. Das fängt mit der Bezahlung an. Ich muss junge Leute, die nach dem Abitur die Möglichkeit haben, Arzt oder Ingenieur zu werden, davon überzeugen können, dass sie islamische Theologie studieren. Das ist zwar eine Herzenssache, aber natürlich muss auch die finanzielle Seite stimmen.

Wir haben die DITIB-Imame, die sehr gut bezahlt werden. Sie haben einen doppelten Verdienst: Zum einen werden sie von der Türkei aus bezahlt, und zum anderen erhalten sie aufgrund ihres Auslandsdienstes eine Zulage. Die anderen Imame werden von den Gemeinden bezahlt. Das heißt, der Lohn entspricht der Größe und der Zahlungsbereit-

schaft der jeweiligen Gemeinde. Ich habe ermittelt, dass die Löhne zwischen 800 und 1.200 € schwanken. Da die Imame in diesen Gebäudekomplexen leben, fallen die Mieten weg. Aber mit der Bezahlung kann man keinen jungen Muslim davon überzeugen, Imam zu werden.

Wie gesagt, das ist nur ein Vorschlag, der in Niedersachsen gemacht worden ist. Es gibt auch christliche Religionspädagogen, die als Lehrer und gleichzeitig in der Gemeinde – als Priester oder Pastoren – arbeiten. Warum sollen wir nicht ein Modell entwickeln, bei dem wir gut ausgebildete, demokratisch orientierte Imame haben, die, wegen der Finanzierung, zum einen als Religionslehrer an den Schulen und zum anderen in den Gemeinden arbeiten, jeweils in Teilzeit? Aber dieses Problem ist noch nicht gelöst. Die DITIB hat es einfach: Ihre Imame sind Beamte und werden sehr gut bezahlt. Das ist attraktiv. Die anderen dagegen verdienen in der Regel wirklich nicht sehr viel. Die Zahlen kenne ich.

Abg. **Barbara Cárdenas**: Ich habe drei Fragen. Erstens möchte ich für mich etwas klären. Ist es zutreffend, dass in der Statistik alle Personen, die aus bestimmten muslimisch geprägten Ländern kommen, als Muslime gezählt werden? Wie werden diejenigen berücksichtigt, die sich als säkular verstehen? Werden sie überhaupt gezählt? Wird danach gefragt? Dazu gehören die Fragen: Wie werden sie erfasst? Gibt es überhaupt ein gesellschaftliches Interesse daran, dass die Gruppe der sich als säkular verstehenden Muslime erfasst wird?

Zweitens. Sie haben von der Islamisierung des öffentlichen Diskurses und dem Erstarren des Neo-Salafismus gesprochen. Mich würde es interessieren, zu erfahren, was Sie darüber denken: ob es da einen Zusammenhang gibt, ob sich diese beiden Tendenzen gegenseitig verstärken oder ob das womöglich eine Frage nach dem Motto „Was war zuerst da, die Henne oder das Ei?“ ist. Wie hängt das zusammen?

Drittens. Wie wichtig ist es Ihrer Meinung nach – mir ist das sehr wichtig –, dass bereits die Kinder in den interreligiösen Dialog einbezogen werden? Das heißt, dass sie nicht nur in der eigenen Religion unterrichtet werden, sondern dass man sie auch mit anderen weltanschaulichen Entwürfen und anderen religiösen Vorstellungen konfrontiert. Das ist das, was eigentlich der Ethikunterricht leisten will, aber abgesehen von Berlin, Brandenburg und Bremen gibt es das Fach Ethik nur für diejenigen, die nicht am Religionsunterricht teilnehmen. Wie wichtig wäre es, einen Ethikunterricht für alle zu haben, damit sich auch die Kinder schon über die Religionen austauschen können?

Herr Prof. **Dr. Ceylan**: Wie werden Muslime in der Statistik erfasst? In der Regel richtet sich das nach den Herkunftsländern; das ist zutreffend. Allerdings geht man heute schon viel weiter. Ich kann Ihnen wirklich empfehlen, sich einmal die Studie der Deutschen Islamkonferenz durchzulesen. Es gibt auch eine Zusammenfassung davon. Sie brauchen nicht bei null anzufangen, sondern Sie sollten sich immer anschauen, was für Erkenntnisse vorliegen und wo es Forschungsbedarf gibt.

In dieser Studie hat man zwischen denjenigen, die sich als Muslime bezeichnen, und denjenigen, die sich von religiösen Praktiken und der islamischen Religion distanzieren, unterschieden. Da ist z. B. die iranische Community zu nennen. Dort ist der Anteil derer, die sich nicht als Muslime bezeichnen, sehr groß. Allerdings hat man in dieser Studie festgestellt, dass sich die Menschen, die aus diesen Kontexten kommen, doch überwiegend als Muslime definieren, sogar die Aleviten. Mehr als zwei Drittel sagen, dass sie sich

als Muslime bezeichnen – wobei die inneralevitische Diskussion diesbezüglich allerdings weitergeführt wird.

(Abg. Mürvet Öztürk: Eben!)

Sie wird unter dem Aspekt weitergeführt: Sind wir Muslime oder nicht? Die befragten Aleviten bezeichnen sich als Muslime.

In dieser Studie werden auch die säkularen Muslime ermittelt. Auch das ist erst einmal eine Definitionsfrage. Sind säkulare Muslime diejenigen, die sagen: „Ich habe ein demokratisches Weltverständnis; Renaissance und Aufklärung sind für mich von Bedeutung, und trotzdem bin ich Muslim“, oder sind das die sogenannten Kulturmuslime? Kulturmuslim zu sein heißt, dass man in diesen Traditionen aufgewachsen ist, aber mit dem Islam eigentlich nicht mehr viel zu tun hat und ihn so praktiziert, wie die Atheisten Weihnachten feiern. Es gibt da eine Begriffsvielfalt; die Begriffe sind noch nicht konkretisiert worden. Es gibt, wie gesagt, die Muslime, die säkularen Muslime – sie wollen sich bewusst davon unterscheiden – und die Kulturmuslime. Mittlerweile gibt es sogar den Zentralrat der Ex-Muslime.

Die vorschulische Bildung ist ganz wichtig. Warum ist das so? Die Stiftung Ravensburger Verlag hat eine Forschungsarbeit an der Universität Tübingen finanziert. Prof. Schweitzer – ich lege Ihnen wirklich nahe, ihn zu Ihrer nächsten Expertenrunde einzuladen – hat diesbezüglich geforscht. Sie haben in den vorschulischen Einrichtungen Untersuchungen durchgeführt, in denen sie zu dem klaren Ergebnis kommen, dass wir schon in den Kindertagesstätten mit dem interreligiösen und dem interkulturellen Dialog anfangen müssen. Das ist ganz wichtig; denn die Kinder werden mit den unterschiedlichen Lebenswelten konfrontiert. In den Untersuchungen wurden verschiedene Erkenntnisse zutage gefördert, auf die ich jetzt nicht näher eingehen möchte. Aber ich kann nur unterstreichen, dass wir schon im Kindergarten damit beginnen sollten.

Erlauben Sie mir, dass ich Ihnen eine ganz kurze amüsante Geschichte erzähle, die sich tatsächlich so zugetragen hat. Das sind die Alltagserfahrungen, mit denen wir arbeiten. Ein Kind aus einer praktizierenden muslimischen Familie erzählt im Kindergarten den anderen: „Wenn ihr im Paradies eine Playstation haben wollt, müsst ihr fünfmal am Tag beten“, und zeigt den nicht muslimischen Kindern die Gebetsrituale: das „Allahu akbar“-Rufen, das Niederwerfen usw. Die Kinder sind fasziniert davon, gehen nach Hause und fangen in ihren Kinderzimmern an, „Allahu akbar“ zu rufen. Die Eltern, die gerade am Kinderzimmer vorbeigehen, sehen das und sind schockiert. Sie fragen sich, was ihr Kind dort macht. „Der und der hat mir erzählt, wenn ich das mache, komme ich ins Paradies“, antwortet das Kind. Die Eltern sind aufgewühlt und aufgebracht und fragen sich, ob ihr Kind jetzt ein Fundamentalist wird. Das ist das Kind eines muslimischen Anwalts.

So sieht der Alltag von Kindern aus. Das war ein Thema im Kindergarten. Kinder sind sehr transparent und sehr ehrlich. Ich möchte damit nur sagen, dass sich die Lebenswelten dort widerspiegeln. In den Neunzigerjahren gab es einen Konferenzbeschluss seitens des Kultusministeriums, wonach das eine Querschnittsaufgabe der Schulen ist. Aber dort ist es noch lange nicht eingeführt. Mittlerweile wissen wir auch, dass wir schon in den vorschulischen Einrichtungen ansetzen müssen.

Bei der letzten Frage ging es um den Ethikunterricht: ob es schon Bestrebungen in dieser Richtung gibt.

(Abg. Barbara Cárdenas: Das war die eine Frage; die Frage nach dem Salafismus kam noch hinzu!)

– Dazu komme ich auch noch. – Unter Muslimen gibt es, ehrlich gesagt, solche Bestrebungen nicht. Einige vertreten diese Meinung. Ich weiß, dass Kalisch das Verfolgen dieser Linie sehr stark forciert hat, bevor er sich vom Islam distanziert hat. Er hat gesagt, wir benötigten einen Ethikunterricht. Einige wenige sprechen sich dafür aus. Aber in der Regel setzen sich die Muslime für einen islamischen Religionsunterricht ein.

Wenn Sie mich fragen, muss ich sagen: Auch ich bin dafür. Es gibt hier historisch gewachsene Traditionen. In Frankreich und in Amerika sähe das anders aus, aber in Deutschland haben wir nun einmal diese historisch gewachsenen Traditionen. Es gibt einen christlichen Religionsunterricht. Warum sollen wir dann nicht einen islamischen Religionsunterricht einführen und uns – was ich für wichtig halte – auf gleicher Augenhöhe bewegen?

(Abg. Barbara Cárdenas: Das war nicht meine Frage!)

Das schließt aber weder einen Ethikunterricht noch einen interreligiösen Dialog aus. Es gibt diesbezüglich verschiedene Diskussionen. Man sagt z. B.: Erst einmal sollte man für einige Jahre eine religiöse Grundbildung ermöglichen, und wenn die Schüler in fortgeschrittenem Alter sind, sollte man die Klassen zusammenführen. – Hierzu gibt es unter den Religionspädagogen unterschiedliche Meinungen. Aber in der muslimischen Community setzt man sich, wie gesagt, stärker für einen islamischen Religionsunterricht ein. Ich habe Ihnen vorhin die Statistiken genannt, aus denen hervorgeht, dass sich ein großer Teil der Eltern dafür ausspricht.

Zum Salafismus. Man kann annehmen, dass das Erstarren des Salafismus und die Islamisierung des öffentlichen Diskurses zusammenhängen. Man kann vermuten, dass Zuschreibungs- und Ausgrenzungsprozesse eine große Rolle spielen.

Wir hatten in der Vergangenheit zwei Bewegungen: die Milli-Görüş-Bewegung und die Kaplan-Bewegung. Als sich die Vertreter der Milli Görüş in diesen Diskurs begeben haben, wurde ihnen gesagt: Ihr seid antisemitisch und frauenfeindlich. – Interessanterweise haben sie geantwortet: Nein, wir befinden uns in einem Dialog mit jüdischen Bürgern, und wir haben viel mehr Frauen. – Das heißt, sie haben versucht, diesem Bild nicht zu entsprechen, weil man es seitens der Politik geschafft hat, sie stärker in den Diskurs einzubeziehen. Dieser Prozess ist noch nicht abgeschlossen.

Bei den Kaplanis dagegen war es genau andersherum. Sie wollten eben dieses Bild bestätigen. Für sie war es wichtig, zum Ausdruck zu bringen: Wir sind fundamentalistisch, radikal und patriarchalisch orientiert. – Bei den Salafisten ist es ähnlich. Sie verstehen es, über Symbole zu kommunizieren, und sie profitieren auch viel mehr vom medialen Diskurs. Sie brauchen nur die Internetdebatten und die Internetpredigten auszuwerten, um zu erkennen, dass diese Leute immer up to date sind und auf aktuelle Diskussionen Bezug nehmen. Man kann sehr stark annehmen, dass es so ist. Aber auch das müsste noch empirisch belegt werden.

Sachv. **Dr. Stefan Luft:** Ich habe eine kurze Frage. Das Grundgesetz sieht vor, dass an den öffentlichen Schulen im Benehmen mit den Religionsgemeinschaften Religionsunterricht erteilt wird. Nun setzt die Bezeichnung „Religionsgemeinschaft“ allerdings ein gewisses Maß an Institutionalisierung voraus: Dauer, Mitgliedschaft etc. Wie sehen Sie

diesen Prozess bei den islamischen Gemeinschaften? Es gibt Versuche, zentrale Verbände zu gründen, um den Prozess der Institutionalisierung als Voraussetzung für die Anerkennung als Religionsgemeinschaft zu befördern. Wie sehen Sie das? Wie entwickelt sich das?

Herr Prof. **Dr. Ceylan:** Sie wissen, dass die islamischen Gemeinschaften eigentlich sehr lose strukturiert sind. Vielleicht ist das vergleichbar mit der Situation in den USA. Wir sagen, eine Folge der Säkularisierung ist es, dass neue Gemeinden entstehen und dass es zu einer Entkirchlichung kommt. Im Islam gab es niemals diese hierarchischen Strukturen. Das heißt, es existieren viele lose organisierte Gemeinden, und mittlerweile gibt es auch Verbände. Junge Leute diskutieren inzwischen eher kritisch darüber. Sie fragen: Warum müssen wir einen zentralen Ansprechpartner haben? Warum müssen wir sozusagen zusammengefügt werden? – Man möchte diese Heterogenität beibehalten. Außerdem entstehen neue Gemeinden. Es gibt eine unglaublich große gemeindeinterne Dynamik.

Andererseits haben wir den Bedarf, Religionsunterricht einzuführen. Der Staat muss mit einer Religionsgemeinschaft kooperieren; so will es das Gesetz. Im Landtag Nordrhein-Westfalen hat es genau darüber eine Diskussion gegeben. Daran haben auch viele Juristen teilgenommen. Ich selbst bin kein Jurist, verfolge das Ganze aber. Es gibt verschiedene offene Fragen, z. B. den Organisationsgrad der Muslime und die Reichweite islamischer Organisationen betreffend. Einerseits wird an diesem Punkt Kritik geübt. Andererseits wird gesagt: Diese Religionsgemeinschaften verfügen aber über Infrastrukturen, innerhalb deren religiöse Dienstleistungen angeboten werden. Es sind gerade diese Gemeinschaften, die das anbieten; es gibt keine weiteren.

Deshalb versuchen die Politiker erst einmal ganz pragmatisch, mit den verschiedenen Verbänden zusammenzuarbeiten. In Nordrhein-Westfalen hat sich der Koordinierungsrat der Muslime etabliert; in Niedersachsen sind es die Schura und die DITIB. Es werden in der Politik die unterschiedlichsten Meinungen dazu vertreten. Es wird gesagt, der Staat müsse neutral bleiben; in Deutschland dürfe sich der Staat nicht in religiöse Angelegenheiten einmischen. Das Verhältnis sei kooperativ. Die Frage ist: Was machen wir mit der DITIB? Die DITIB ist eng mit der Religionsbehörde in der Türkei verbunden. Sie ist mit über 110.000 Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern eine der größten türkischen Behörden. Ist hier die Neutralität gewährleistet? Mittlerweile sagen die Politiker aber: Wir haben all diese Probleme, und trotzdem wollen wir, wie in Niedersachsen, erst einmal mit diesen Verbänden arbeiten, um zu schauen, wie das funktioniert.

Viel wichtiger ist aber das Beiratsmodell. Die Verbände sind dann nämlich vertreten, aber wenn man versucht, mehr Menschen zu erreichen, stellt sich die Frage, ob man nicht auch international anerkannte progressive muslimische Theologen hinzuzieht, die das Ganze theologisch begleiten und ein Gegengewicht bilden können. In Niedersachsen wird höchstwahrscheinlich ein solches Modell geschaffen, wonach nicht nur die Vertreter der Verbände, sondern als Gegengewicht auch international anerkannte muslimische Theologen einbezogen werden. Aber das ist und bleibt ein Konstrukt. Man kann sich darüber aufregen und es kritisieren. Es gibt sicherlich viel zu kritisieren. Es ist eben ein pragmatischer Weg, nicht die Lösung par excellence.

Sachv. **Marc Phillip Nogueira:** Sie haben vorhin über den Zusammenhang zwischen Integration und Moscheebesuchen gesprochen und dabei konstatiert – ich weiß nicht, ob das eine Vermutung war; Sie konnten keine empirischen Befunde nennen –: Wer nur

die Moschee besucht, ist eher schlechter integriert. Wer beides besucht, ist dagegen relativ gut integriert.

Dazu habe ich zwei Fragen. Erstens. Muss man nicht sagen, dass Religion an sich kein guter Indikator für Integrationsprozesse ist, sondern dass sie immer im Zusammenhang mit anderen strukturellen Verhältnissen und funktionalen Prozessen betrachtet werden sollte und nur so Aufschluss über Integrationsprozesse geben kann?

Meine zweite Frage geht in eine etwas andere Richtung: Wo ist die Grenze von Integration? Die Integration ist in aller Munde. Es werden ständig Forderungen gestellt. Für die Angehörigen bestimmter Ausländergruppen gibt es Sprachtests: für die, die bereits hier sind, und für die, die nach Deutschland einreisen wollen. Nun könnte man aber gut sagen: Wer Arbeit hat bzw. wer ein normales Leben führt, dem mag es freigestellt sein, in die Moschee zu gehen und zu beten, sich aber ansonsten für nicht viel in der Welt zu interessieren; auch das gehört zur Freiheit. – An welchem Punkt kann man also sagen: „Die Diskussion über die Integration geht so weit, dass damit in den persönlichen Bereich der Menschen eingegriffen wird und die Gefahr besteht, dass die Forderungen nach Befreiung und Emanzipation sowie nach Abschaffung der patriarchalen Strukturen zu einer Einschränkung der Selbstbestimmung der Menschen, der eigentlichen Adressaten dieser Forderungen, führen“?

Herr Prof. **Dr. Ceylan:** Ich möchte mit der zweiten Frage beginnen. Der Begriff „Integration“ verfolgt mich seit meiner Kindheit. Ich habe mich biografisch und auch wissenschaftlich sehr stark damit auseinandergesetzt. Was bedeutet Integration? Ich glaube, Sie haben das in Ihrem Paper, das ich mir gestern Abend noch einmal durchgelesen habe, sehr gut definiert. Die Integration umfasst für mich genau die Themen, um die es da geht. Dazu gehören Bildung und Sprache, aber natürlich auch mentale Prozesse, z. B. Anerkennung und Identifikation.

Das Problem hierbei ist, dass verschiedene politische Parteien unterschiedliche Sachverhalte meinen, wenn von Integration die Rede ist. Das ist klar; das muss man vielleicht einmal sagen. Der Begriff „Integration“ wird von den Mitgliedern der verschiedenen politischen Parteien oft benutzt, aber er wird mit jeweils anderen Inhalten gefüllt. Zum Beispiel wird aktuell wieder über die Leitkultur gesprochen, von der schon vor Jahren die Rede war: Reicht es, dass man hier integriert ist, d. h. die Schule gut absolviert hat, die deutsche Sprache spricht und einen Job hat? Aber was ist mit der Identifikation mit dem Grundgesetz? Reicht es, sich verbal dazu zu äußern, oder muss man es verinnerlichen?

Das ist etwas, worüber man nicht nur mit in Bezug auf die Migranten, sondern in Bezug auf die Gesellschaft insgesamt sprechen sollte. Dabei muss man aufpassen, dass es keine Konflikte zwischen dem klassischen Nationalismus und den Vorstellungen von einem modernen Rechtsstaat gibt. Das ist ebenfalls ganz wichtig. Aber das sind Debatten, die nicht nur die Muslime betreffen.

Für die Muslime wäre Folgendes wichtig – das habe ich durch die Exkursion nach Amerika erfahren –: Die Muslime, die dort leben, verstehen sich als amerikanische Muslime. Sie sind amerikanisiert. Sie sind Muslime, aber sie nehmen an der Gesellschaft teil. Natürlich gibt es auch dort Probleme, aber die Muslime partizipieren an der Gesellschaft und identifizieren sich mit ihr. Es muss auch hier möglich sein, dass jemand sagt: „Ich bin ein deutscher Muslim“, dass also die islamische Religion nicht als Hindernis und von der Mehrheitsgesellschaft nicht als Ausländerreligion wahrgenommen wird.

Warum ist das ganz wichtig? Im medialen und im politischen Diskurs wird der Islam als Ausländerreligion definiert. Wenn wir über Integration und Identifikation sprechen, müssen wir feststellen: Der Prozess der Integration spielt sich immer zwischen den beiden Polen Identifikation und Opposition ab. Das ist bei Minderheiten ganz normal. Wenn wir den Islam immer als Ausländerreligion definieren, stellt sich die Frage: Wohin führt das bei hier geborenen jungen Leuten, die sich als religiös verstehen? Ich glaube, da müssen wir etwas sensibler sein.

Jetzt komme ich zu der ersten Frage, bei der es um die Bedeutung der Moscheebesuche ging. Zu Moscheen ist viel gesagt worden. Ich weiß, dass man, wenn es um Bildungsfragen ging, in den Siebziger- und Achtzigerjahren die Moscheen vor allem als Integrationshemmnisse betrachtet hat. Da muss man differenzieren. Die Studie hat nur deutlich gemacht, dass diejenigen, die sehr stark in der Community verankert sind, also nicht sehr mobil sind und nicht viel Kontakt zur Mehrheitsgesellschaft haben, gewisse Defizite aufweisen, z. B. was die Vereinstätigkeit betrifft. Das heißt, dass diejenigen, die in der Community verankert sind – also sich sehr wohl vereinspolitisch und religiös betätigen – und sich gleichzeitig in anderen Kontexten bewegen können, einen viel größeren Aktionsradius haben. Das ist eine wichtige Erkenntnis, die man vertiefen muss. Mehr kann ich dazu nicht sagen. Man muss wissen, welche Mechanismen dazu führen.

Abg. **Gerhard Merz:** Sie haben – zu Recht, finde ich – zwischen dem Inhalt und der Funktion einer Religion unterschieden. Ich möchte einmal auf den Inhalt der Religion zu sprechen kommen; denn es wird auch eine Debatte darüber geführt, ob es möglich ist, einen europäischen Islam zu entwickeln. Dahinter steckt die Frage, ob der Islam als Religion in seinem innersten dogmatischen Gefüge und seinem innersten gedanklichen Gebäude mit der parlamentarischen Demokratie nach westeuropäischem und nordamerikanischem Muster kompatibel ist.

Sie selbst haben eben die Frage angesprochen, was man von einem Staatsbürger in der Bundesrepublik Deutschland mit gutem Recht erwarten kann: ob man die überzeugte Zustimmung zu all den Regeln der parlamentarischen Demokratie und des Grundgesetzes erwarten kann oder ob es genügt, wenn er sich rechtstreu und unauffällig verhält. Dabei geht es um den Unterschied zwischen der Praxis und der religiösen Überzeugung. Aber meine Hauptfrage ist: Was ist Ihre Antwort auf die Frage nach der Kompatibilität des Islams mit all seinen Dogmen mit den westlichen Vorstellungen von Demokratie und Menschenrechten?

Herr Prof. **Dr. Ceylan:** Vielen Dank für diese so wichtige Frage. Um diese Frage zu beantworten, müssen wir uns erst einmal die Vielfalt in den muslimischen Ländern vor Augen führen. Wir haben z. B. den Islam in Bosnien-Herzegowina, in der laizistischen Türkei und in Tunesien, das ebenfalls sehr stark laizistisch ist. Dann haben wir Saudi-Arabien, wo der Islam sehr stark wahhabitisch geprägt ist. Auch der Iran ist zu nennen. Das heißt, in den islamischen Ländern hat man – die Säkularisierung war auch für die islamischen Länder eine Herausforderung – unterschiedliche Antworten gegeben. Die Antworten reichen von dem Versuch, die Demokratie einzuführen, bis zur Etablierung theokratisch-fundamentalistischer Staatsmodelle.

Die Realpolitik zeigt, dass der Islam unter Bewahrung des normativen Kerns mit der staatlichen Ordnung in demokratischen Ländern kompatibel ist. Es gibt einen Grundkonsens im Islam. Bei diesem Grundkonsens geht es vor allem um die Orthopraxie, also um die Glaubensbedingungen.

Eine andere Frage betrifft das islamische Recht. Prof. Mathias Rohe hat sich intensiv mit islamischem Recht und den Konflikten im Zusammenhang damit auseinandergesetzt. Er geht die Frage, welche Verse kompatibel sind und hinter welche man sehr viele Fragezeichen setzen muss, ganz offen an. Das islamische Recht war sehr flexibel. In den islamischen Ländern, auch in der Türkei, wird eine Diskussion darüber geführt, was als normativer Kern des Islams festzuhalten ist und was man historisch verstehen kann.

Wir wissen, dass der Islam als Weltreligion sehr wohl mit der Demokratie kompatibel sein kann. Das ist eine Frage der Interpretation und des Zugangs. Man muss das Alte Testament einmal gelesen haben. Ich habe die Erfahrung gemacht, dass auch viele Christen das Alte Testament nicht so gut kennen.

(Abg. Gerhard Merz: Das Neue Testament auch nicht!)

Ich habe es zweimal gelesen; es war eine harte Kost. An der Hochschule für Jüdische Studien in Heidelberg z. B. und in verschiedenen anderen Einrichtungen, wo man sich als das Judentum praktizierend begreift, versteht man es aber auch, diese Texte in einem anderen Kontext zu interpretieren. Das ist natürlich eine Herausforderung. Es existiert auch eine Unkenntnis darüber, dass es in der islamischen Geschichte immer die unterschiedlichsten Strömungen gab.

Zum Beispiel ist der koranische Text aufgrund gewisser Ereignisse innerhalb von 23 Jahren entstanden. Es gab schon relativ früh den Ansatz, dass man wissen wollte, warum ein gewisser Vers offenbart worden ist. Die Gelehrten vertreten diesbezüglich unterschiedliche Meinungen. Das heißt, wir müssen in Deutschland die islamische Theologie an die Hochschulen holen. Das ist das erste Ziel. Die Hochschule darf nicht erklären, was für eine Art von Theologie – konservativ oder liberal – sie forcieren wird. Das ist nicht die Aufgabe einer Hochschule. Aber es ist klar, dass wir, wenn wir sozusagen die Theologie an die Hochschulen holen und in Kooperation mit anderen Wissenschaftlern arbeiten – bei uns erfolgt das in Kooperation mit der katholischen und der evangelischen Theologie; es gibt also Seminare, die von muslimischen und christlichen Theologen gemeinsam besucht werden –, auch diese Fragen erörtern werden.

Auf jeden Fall möchte ich hier noch einmal deutlich machen, dass sich Islam und Demokratie nicht ausschließen. Es ist ganz wichtig, das festzuhalten. Leider gibt es Länder, in denen eine andere Meinung vertreten wird, etwa im Iran und in Saudi-Arabien – wobei, wie wir wissen, Saudi-Arabien sehr stark salafistisch geprägt ist. Ich weiß, dass der Religionsminister vor einiger Zeit hier war. Dazu möchte ich jetzt nichts Näheres sagen. Wir wissen, dass der Religionsminister hier z. B. bestimmte Communities besucht und sich anschaut, wie es läuft, und wir wissen, dass aus Saudi-Arabien Gelder an gewisse salafistische Kreise in Deutschland fließen. Man hat in Saudi-Arabien ein gewisses Staatsmodell.

Aber grundsätzlich ist das nicht so. Es gibt eine Studie des Gallup Instituts London, für die nach dem Verhältnis der Muslime zur Demokratie gefragt wurde. Es wurde klar, dass für die überwältigende Mehrheit Islam und Demokratie kompatibel sind. Randgruppen wird es immer geben; das ist nicht auszuschließen. Aber wir dürfen nicht der Gefahr unterliegen, den Islam mit einer undemokratischen Haltung gleichzusetzen. Wir sollten an dieser Stelle etwas differenzierter vorgehen.

Abg. **Ismail Tipi**: Ich habe noch zwei kurze Fragen. Erstens. Wir reden sehr viel über die Imame. Aber wir vergessen dabei, über die weiblichen Prediger zu diskutieren, die sich

meistens in Hinterhofmoscheen finden. Wie ist die Lage der weiblichen Prediger in islamischen Milieus? Welche Gefahren drohen uns aus diesen Kreisen?

Zweitens. Wir hatten hier auch Prof. Pfeiffer, den bekannten Kriminologen, zu Gast. Er hat einmal die Behauptung aufgestellt: Je religiöser ein islamischer Jugendlicher ist, desto gewaltbereiter ist er auch. – Teilen Sie diese Auffassung, oder haben Sie eine andere Meinung dazu?

Herr Prof. **Dr. Ceylan:** Zu der ersten Frage. Wir haben zum einen die Imame, und zum anderen gibt es in den Moscheevereinen mittlerweile auch Frauen, die – ähnlich wie in der katholischen Kirche, wo die Frauen nicht das Amt des Priesters nicht ausüben dürfen – zwar nicht als Imame tätig sein können, aber dafür die religiöse Erziehung übernehmen. Sie spielen bei der religiösen Erziehung der Frauen eine wichtige Rolle. Es gibt in Deutschland derzeit keine populären Führungsfiguren, weder in den progressiven Moscheegemeinden noch in den salafistischen.

Wir haben das erkannt und gesagt – das ist ganz wichtig –: Das Weiterbildungsprogramm, das wir in Osnabrück anbieten, steht nicht nur Imamen offen, sondern wir nehmen das ganze religiöse Personal mit. – Wir haben das extra so definiert, damit wir dieses Angebot auch den Frauen machen können. Das heißt, wenn wir Imame ausbilden, dürfen wir die Rolle der Frauen nicht unterschätzen. Ob aber Frauen irgendwann einmal als Imame arbeiten, hängt vom Ergebnis der innerislamischen Diskussion ab. Da möchte ich mich gar nicht einmischen. Das ist eine ideologische Debatte. Aber sie sind für uns auf jeden Fall eine Zielgruppe, und das machen wir auch.

Prof. Christian Pfeiffer – den ich persönlich kenne – hat diese Studie durchgeführt. Ich glaube, sie haben dort die Religiosität anhand von vier Fragen erfasst. Ich habe mit Christian Pfeiffer über diese Studie diskutiert; denn es gibt auch Studien, die zu anderen Ergebnissen kommen. Dort heißt es, gerade eine gute religiöse Grundbildung verhindere das Entstehen von Extremismus und Gewalttätigkeit. So ist das mit den Studien: Sie sind manchmal methodologisch unterschiedlich angelegt, was dazu führt, dass man mehrere Studien zu derselben Frage hat, die jeweils zu anderen Ergebnissen kommen. Dann muss man sich die Empirie einmal näher anschauen.

Christian Pfeiffer hat gesagt, es gehe erstens darum, was die Leute, die sich subjektiv als religiös einschätzen, überhaupt unter Religion verstehen, und zweitens darum, wie Religion vermittelt wird: Was verstehen gewisse religiöse Autoritäten und die Familie unter Religion? Diese Fragen bleiben offen. Ich habe ihm nahegelegt – das wird auch das nächste Ziel sein –, diese Studie zu vertiefen, d. h. mechanismenorientiert zu arbeiten und zu schauen, was eigentlich dahintersteckt: Ist das wirklich Religiosität, oder spielen da andere Erfahrungen eine Rolle?

Vorsitzender: Es gibt keine weiteren Fragen. Wir sind damit am Ende der Fragerunde.

(Herr Prof. Dr. Ceylan: Für mich war das eine kleine Disputation!)

– Das ist ein Kompliment an uns. Wir bedanken uns. – Herr Kaymakci, Sie haben jetzt das Wort.

Herr **Kaymakci**: Herr Vorsitzender, meine Damen und Herren! Ich möchte mich für die Einladung herzlich bedanken, insbesondere, stellvertretend für die Fraktion DIE LINKE, bei Frau Cárdenas. Ich bin sehr gern gekommen und freue mich, dass ich hier Stellung nehmen kann. Ich werde mich an den Fragen orientieren und, auch aus eigenem Interesse, versuchen, mich kurz zu fassen.

Von Beruf bin ich Rechtsanwalt: Fachanwalt für Arbeitsrecht. Ich bin stellvertretender Vorsitzender der Islamischen Religionsgemeinschaft Hessen, Vorstandsmitglied der Islamischen Gemeinschaft der schiitischen Gemeinden Deutschlands mit Sitz in Berlin, Vorstandsmitglied der Hazrat Fatima Moschee, die zurzeit in Frankfurt-Hausen eine Moschee baut, sowie Gründungsmitglied und stellvertretender Vorsitzender des Rates der Religionen in Frankfurt.

Frage 1: Welchen Stellenwert haben Religion und Kultur im Integrationsprozess? Gibt es besonders integrationsrelevante Aspekte bestimmter Religionen und/oder Kulturen? Meines Erachtens haben Religion und Kultur insbesondere für Migranten einen hohen Stellenwert. In der Diasporasituation – das wurde vorhin angesprochen – besitzen Religion und Kultur einen höheren Stellenwert als in den Heimatländern. Es ist bekannt, dass man sich in der Fremde an die Religion und an die Herkunftskultur klammert, um dort eine Heimat zu haben. Religion und Kultur vermitteln den Menschen insbesondere in der neuen Situation der Diaspora ein Zugehörigkeitsgefühl und eine emotionale Heimat. Diese sind entscheidend für religiöse und kulturelle Communities.

Dieser Prozess bedeutet nicht unbedingt eine Abkapselung von der Mehrheitsgesellschaft. Er ist ein bekanntes soziologisches Phänomen. Ich möchte in dem Zusammenhang auf das verweisen; was vorhin gesagt worden ist; wir haben das schon erörtert. In jeder Religion bzw. Kultur gibt es Strömungen, die Abkapselungstendenzen aufweisen, aber auch solche, die gegenüber der Mehrheitsgesellschaft offener sind und deren Vertreter ein Interesse an der Integration haben. Nationalisten und religiöse Fundamentalisten gibt es in den unterschiedlichsten Religionen bzw. Kulturen. Ich glaube nicht, dass wir das an einer bestimmten Religion oder Kultur festmachen können. Entscheidend für die Tendenzen zur Desintegration sind meines Erachtens vielmehr sozioökonomische Faktoren oder eine entsprechende Grundhaltung der Mehrheitsgesellschaft gegenüber Minderheiten.

Meines Erachtens muss jede Religion, die sich ernst nimmt, einen absoluten Wahrheitsanspruch haben, was jedoch nicht zu einer Abkapselung führen muss. Entscheidend ist, dass eine Religion nicht einen absoluten Geltungsanspruch hat. Wenn zu dem absoluten Wahrheitsanspruch der absolute Geltungsanspruch hinzukommt, führt die Identifikation mit einer Religion zur Abkapselung oder Segregation.

Frage 2: Welche Möglichkeiten zur Förderung und Unterstützung eines interkulturellen bzw. interreligiösen Dialogs gibt es, und welche davon erscheinen besonders effizient und vielversprechend? Ich glaube, dass der Dialog dort am effizientesten ist, wo er von den Dialogpartnern selbst initiiert wurde, nicht aber dort, wo er von oben oder von Dritten angeregt worden ist. Natürlich kann ein Dialog, der Teil einer Grassroot-Bewegung ist, die Unterstützung und die Förderung z. B. von staatlicher Seite gebrauchen, und er kann auch funktionieren, wenn er von dort initiiert worden ist; aber am nachhaltigsten und effizientesten ist es – das sage ich auch aus eigener Erfahrung –, wenn die Religionsgemeinschaften bzw. die kulturellen Vereine ihn selbst in Gang setzen.

Wichtig ist beim interreligiösen und auch beim interkulturellen Dialog, dass bestimmte Spielregeln eingehalten werden. Insbesondere muss er auf die Suche nach Gemein-

samkeiten und den Respekt von Unterschieden ausgerichtet sein. Außerdem muss man darauf achten, dass er fair und – wie vorhin schon erwähnt worden ist – auf Augenhöhe geführt wird. Der interkulturelle Dialog findet in der Gesellschaft statt. Wir können das an der Kunst, der Kultur, der Esskultur und an den Beziehungen ablesen. Es gibt, wie wir wissen, in unserer Gesellschaft sehr viele Mischehen und auch viele Kinder, die aus Mischehen hervorgegangen sind.

Der interreligiöse Dialog kann nur zwischen den Vertretern der Religionsgemeinschaften oder zwischen den religiösen Menschen stattfinden. Einen Dialog kann es aber auch zwischen Vertretern von Religionsgemeinschaften und Vertretern nicht religiöser Weltanschauungen geben, soweit diese sich institutionalisiert haben. Wir haben in Deutschland viele gute Beispiele für die Förderung eines solchen Dialogs, z. B. Arbeitskreise für den christlich-islamischen und für den christlich-jüdischen Dialog. Der jüdisch-muslimische Dialog ist noch ausbaufähig. Das gilt allgemein für den Dialog zwischen den Anhängern der Minderheitenreligionen. Wir sehen, dass zwar der Dialog zwischen den großen Kirchen und den Minderheitenreligionen stark ausgeprägt ist, der Dialog unter den Minderheitenreligionen – muslimisch, buddhistisch, hinduistisch usw. – jedoch noch ausbaufähig ist.

Ich will hier auch den Rat der Religionen erwähnen, den wir 2009 in Frankfurt gegründet haben. Es gibt viele Räte der Religionen in Deutschland. Ein besonderes Merkmal unseres Rates der Religionen ist jedoch, dass die Initiative zur Gründung von unten ausging. Er ist nicht wie in anderen Städten so zustande gekommen, dass die Oberbürgermeisterin dazu eingeladen hat und sich die Vertreter der Religionen entschlossen haben, so etwas zu machen, sondern er ist von den Kirchen und den Religionsgemeinschaften selbst initiiert worden. Wir haben in Frankfurt eine sehr gute, starke Plattform. Der Rat der Religionen setzt sich für das Gemeinwohl ein und beschäftigt sich mit Fragen des Zusammenlebens. Es geht weniger um theologische Fragen als um gesellschaftliche Angelegenheiten und um Probleme, die ad hoc auftreten und bei denen wir uns um eine Konfliktreduzierung bemühen.

Ich will hier beispielhaft eine Initiative nennen, die von der Fragestellung ausgeht, welche Unterstützungsmöglichkeiten es für den interkulturellen Dialog geben kann. Ich finde, es ist für die Integration wichtig, dass die Migranten sichtbar werden, insbesondere in der Verwaltung. Wir haben in Frankfurt eine Initiative angestoßen, bei der es um die adäquate Vertretung der zum Stadtpersonal gehörenden Migranten geht. Wir sehen, dass in den Städten der Anteil der ethnisch Deutschen in den Personalvertretungen der kommunalen Verwaltungen überproportional hoch ist. Selbst Migranten, die längst deutsche Staatsbürger sind, stellen sich häufig von vornherein vor, dass sie abgelehnt werden. Daher ist es wichtig, zu signalisieren, dass die Migranten in der Stadtverwaltung gut vertreten sind.

Das ist ein Beispiel aus unserer praktischen Arbeit, das ich hier erwähnen wollte. Aber es gibt natürlich vielfältige Möglichkeiten. Dazu habe ich schriftlich einige Beispiele genannt. Das möchte ich hier nicht weiter ausführen.

Frage 3: Ab welchem Alter ist ein interreligiöser Dialog wie auch ein Kennenlernen anderer Religionen und Weltanschauungen sinnvoll? Welche Aufgabe hat die Schule? Vorhin wurde schon auf diese Frage eingegangen. Ich glaube, dass es kein Mindestalter für das Kennenlernen anderer Kulturen und Religionen geben kann. Die Kinder haben sehr früh, nämlich bereits im Kindergarten, Kontakt mit Kindern aus anderen Kulturen und mit anderen Religionen. Es gibt eine einfache, natürliche Form der Begegnung: über Feste, über die Essvorschriften der anderen Kinder und über religiöse Bezüge im

Erscheinungsbild der Eltern. Das lässt die Kinder Fragen stellen. Wichtig ist dabei, dass insbesondere die Erzieher in den Kindergärten ausreichende Kenntnisse von den Inhalten der anderen Religionen haben sowie offen und respektvoll mit der Verschiedenheit umgehen. Es ist angezeigt, dass die Erzieher an einer Fortbildung teilnehmen, zumal insbesondere in den Kindertagesstätten eine große Vielfalt an Kulturen und Religionen zu finden ist.

In den Schulen ist das noch mehr der Fall. Dort können sich die Kinder mit zunehmendem Alter auch intellektuell mit Fragen der Religiosität auseinandersetzen. Zudem ist es ein wichtiger Schlüssel zum Verständnis von Geschichte, Kultur und Kunst, Kenntnisse über Religion zu haben. Das gilt selbstverständlich auch für nicht religiöse Menschen.

Frage 4: Welche generelle und praktische Bedeutung hat (und hätte) die Einbeziehung nicht religiöser Weltanschauungen in den interkulturellen und interreligiösen Dialog angesichts der zunehmenden Abkehr von den traditionellen Religionen in der deutschen Bevölkerung? Die Einbeziehung von nicht religiösen Weltanschauungen in den interreligiösen Dialog hätte meines Erachtens nur dann eine größere Bedeutung, wenn die Abkehr von den traditionellen Religionen mit der Zuwendung zu bestimmten Weltanschauungen einherginge. Das ist meiner Meinung nach aber oft nicht der Fall. Wir erleben, dass es eine große Zahl von Kirchenaustritten gibt. Aber diese Menschen übernehmen dann nicht unbedingt eine bestimmte andere Weltanschauung oder konvertieren, sondern sie sind z. B. erst einmal Kulturchristen.

Sie sind nicht gleichzeitig – ich möchte es einmal etwas despektierlich oder salopp ausdrücken – in einen anderen Klub eingetreten. Wenn das damit einherginge, könnte man sagen: Hier gibt es eine neue Weltanschauung; sie ist erstarkt und gesellschaftlich relevant, und wir müssen mit ihren Anhängern als Vertreter einer Religionsgemeinschaft stärker in den Dialog treten. – Aber es gibt auch nicht religiöse Weltanschauungen, die gesellschaftlich relevant und organisiert sind. Ich kann für meine Religionsgemeinschaft sagen, dass wir es für wichtig erachten, auch mit Vertretern nicht religiöser Weltanschauungen und Lebensweisen im Dialog zu stehen.

Frage 5: Bietet – neben dem Spracherwerb – der interkulturelle und interreligiöse Dialog Vorteile bei der Integration? Integration setzt den interkulturellen und interreligiösen Dialog voraus. Er muss aber auf Augenhöhe sowie respektvoll und fair geführt werden. Der Dialog signalisiert den Angehörigen der Minderheiten Offenheit und macht deutlich, dass sie mit ihrer spezifischen Identität und in ihrer Verschiedenheit akzeptiert werden. Eine positive Grundhaltung in der Mehrheitsgesellschaft und eine Willkommenskultur im Umgang mit den religiösen und kulturellen Communities fördern ihre Offenheit gegenüber der Mehrheitsgesellschaft. Umgekehrt ist es genauso. Deshalb ist es von besonderer Bedeutung, den religiösen Minderheitsgemeinschaften und den Zuwanderergemeinden ein Gefühl des Willkommenseins und der Akzeptanz zu vermitteln.

Es ist entscheidend, einen Dialog mit den Communities zu führen, auch und gerade in schwierigen und kontroversen Fragen. Der Dialog bestärkt die Mitglieder der Communities und die Individuen, sich stärker gegenüber der Mehrheitsgesellschaft zu öffnen und mit ihr zu interagieren. Es reicht nicht aus, dass Migranten als Individuen in der Gesellschaft erfolgreich sind. Vielmehr werden sich einzelne erfolgreiche Individuen erst dann als vollwertige Bürger fühlen, wenn ihre Community als solche Teil dieser Gesellschaft geworden ist. Eine ablehnende Haltung und eine Stigmatisierung von religiösen und kulturellen Minderheiten dagegen fördern ihre Abkapselung und ihren Rückzug in eigene, parallele Strukturen oder gar ihre Entfremdung.

Frage 6: Welche Bedeutung kommt der Einführung eines bekenntnisorientierten islamischen Religionsunterrichts zu? Ich bin Vorstandsmitglied der Islamischen Religionsgemeinschaft Hessen. Die IRH hat sich seit ihrer Gründung im Jahr 1997 für die Einführung des islamischen Religionsunterrichts in Hessen eingesetzt. Es war unsere Zielsetzung, dass er von Anfang an in deutscher Sprache, unter staatlicher Aufsicht und auf der Grundlage eines wissenschaftlich ausgearbeiteten Curriculums gehalten wird. Um die im Grundgesetz garantierte Gleichberechtigung der Religionsgemeinschaften in unserem Land umzusetzen, ist die Anerkennung der islamischen Religionsgemeinschaften als Religionsgemeinschaften im Sinne des Grundgesetzes notwendig.

Der islamische Religionsunterricht hätte in vielen Bereichen eine Signalwirkung. Natürlich hätte er auch für das praktische Leben eine große Bedeutung, insbesondere für die Integration. Der islamische Religionsunterricht kann – so, wie es Prof. Ceylan vorhin formuliert hat – den Schülern bei ihrer Identitätsfindung als deutsche Muslime helfen, in Deutsch eine religiöse Sprache zu entwickeln. Sie müssen sich vorstellen, viele Kinder – auch Erwachsene, wenn sie keinen Religionsunterricht in deutscher Sprache genossen haben – kennen die religiösen Begriffe gar nicht. Mit religiösen Begriffen werden innerste, spirituelle Angelegenheiten bezeichnet, und wenn man das, was einen im Innersten bewegt, nicht in der Sprache des Landes ausdrücken kann, hat man auch weniger emotionalen Bezug zu diesem Land. Erst wenn ich auf Deutsch bete, ist das wirklich meine Herzenssprache.

Dazu kann der islamische Religionsunterricht in den Schulen etwas beitragen. Er ist auch wichtig, weil er in der Öffentlichkeit Transparenz schafft, was die religiösen Inhalte und die Unterrichtsziele betrifft. Eine breite Öffnung wird dazu beitragen, viele Vorurteile und historische Verfälschungen zu entkräften sowie falsche Informationen in deutschen Schulbüchern zu korrigieren. Der islamische Religionsunterricht kann einen erheblichen Beitrag zur Vorbeugung gegen den Terrorismus leisten. Durch ihn werden Kinder zu mündigen, selbstbewussten, kritischen und nicht zuletzt wissenden Muslimen, die Gelerntes auch hinterfragen können.

Der islamische Religionsunterricht trägt auch dadurch zur Integration bei, dass er hilft, das Niveau der Koranschulen zu heben. Ich bin ein großer Kritiker des Arguments: Wir müssen islamischen Religionsunterricht einführen, damit die Koranschulen geschlossen werden. – Man hört ab und an auch das Argument: Wir brauchen keinen islamischen Religionsunterricht einzuführen; denn es werden deswegen sowieso keine Koranschulen geschlossen. – Das Ziel des islamischen Religionsunterrichts kann es nicht sein, dazu beizutragen, dass Koranschulen, Moscheen oder sonstige islamische Einrichtungen geschlossen werden, sondern er soll es den Koranschulen mit ermöglichen, ihr Niveau zu heben.

Er hat außerdem eine andere Aufgabe. In den Koranschulen geht es um die Orthopraxie, während hier das wissenschaftlich aufbereitete Lernen der Schwerpunkt ist. Genau so ist es im christlichen Kontext. Der christliche Religionsunterricht in der Schule übernimmt die eine Aufgabe, während z. B. in den Bibelkreisen oder im Konfirmationsunterricht in den Kirchen eher die Orthopraxie eingeübt wird. Das kann man miteinander vergleichen. Das heißt, ein Schüler, der sowohl in die Koranschule geht als auch den islamischen Religionsunterricht in der Schule besucht, wird den Dialog zwischen diesen beiden Einrichtungen in Gang bringen können, was die Koranschulen dazu zwingen wird, sich mit den deutschen Realitäten stärker auseinanderzusetzen.

Das Ermöglichen der Integration durch die Erziehung zur Dialogbereitschaft und Dialogfähigkeit ist ein weiterer Aspekt, der durch den islamischen Religionsunterricht gefördert

werden kann. Dazu gehört auch der Umstand, dass Mediation und Konfliktvorbeugung durch muslimische Ansprechpartner in den Schulen geleistet werden können. Wir werden dann muslimische Lehrkräfte haben, die hier sozialisiert worden sind und hier studiert haben. Sie werden als Religionslehrer weitere wichtige Aufgaben an den Schulen erfüllen können, wenn es um Konflikte geht, und sie werden Ansprechpartner für andere Lehrkräfte sein, wenn es Fragen mit Religionsbezug gibt.

Stellen Sie sich einmal die Schulen vor, wo es viele muslimische Schüler gibt, wo muslimische Eltern kommen und wo einfach ein religiöser kultureller Übersetzer gebraucht wird.

Ein weiterer wichtiger Punkt sind die Integrationsansätze auf akademischer Ebene. Ein Nebeneffekt ist, dass – wie bereits zurzeit – akademische wissenschaftliche Einrichtungen entstehen und dass in Deutschland Lehrkräfte in deutscher Sprache unter Bezug auf die deutschen Gegebenheiten ausgebildet werden.

Schließlich als Letztes die Frage der Ausbildung von Imamen und Seelsorgern in Deutschland. Ganz entscheidend ist – ich sage das nicht als Wissenschaftler, sondern als jemand, der in Verbänden und in Moscheen aktiv ist –: Wir brauchen Imame, die hier ausgebildet sind, die die deutschen Realitäten kennen und wissen, was die Probleme der Familien in Deutschland sind. Das kann ein importierter Imam nicht leisten. Die tun ihr Bestes, aber die sind überfordert und haben selbst Beratungsbedarf. Deshalb brauchen wir Imame, die hier sozialisiert sind.

Ein wichtiger Punkt dabei ist allerdings, dass die islamische Community – ich will jetzt gar nicht über die Organisation oder die Verbände reden – daran beteiligt sein muss. Wenn sie nicht beteiligt ist und der Staat das allein organisiert, dann wird es keine Akzeptanz in der Basis geben, was die Absolventen der Universitäten betrifft. Das heißt, man muss auch ein bisschen – ich sage es salopp – Stallgeruch hineinbringen. Das schaffen wir bei den protestantischen Kirchen und bei der katholischen Kirche. Da gibt es, wie wir alle wissen, eine enge Kooperation zwischen den Kirchen und den Universitäten. An diesem Modell kann man sich orientieren.

Die letzte Frage – damit möchte ich schließen –: „Wie lässt sich im Rahmen kultureller und religiöser Freiräume die Vielfalt der verschiedenen kulturellen Identitäten möglichst gut bewahren, ohne dabei den Erfolg des Integrationsprozesses zu gefährden?“

Ich glaube, dass kulturelle und religiöse Identitäten nicht als Gegenpol, nicht als Gegenidentität zueinander und zur Mehrheitsgesellschaft herausgebildet werden dürfen, weder durch Zuweisung und Stigmatisierung vonseiten der Mehrheitsgesellschaft gegenüber der Minderheit noch durch Abkapselung oder Selbstgettoisierung der Minderheiten. Die Gesellschaft muss den verschiedenen kulturellen Identitäten Raum geben für die Identifikation mit ihr. Sie muss Signale der Akzeptanz und Anerkennung setzen und gleichzeitig Möglichkeiten für die gleichberechtigte Teilhabe an allen gesellschaftlichen Prozessen schaffen. Wichtig sind die aktive Förderung von Pluralität statt Homogenität und die Wertschätzung von Andersartigkeit. Die Entfaltung von kulturellen Identitäten muss einhergehen mit dem Dialog mit der Gesellschaft und mit dem Einsatz für das Gemeinwohl und den sozialen Frieden statt nur für eigene Partikularinteressen.

Sachv. Prof. **Dr. Frank-Olaf Radtke**: Ich würde gerne in Sachen Religionsunterricht nachfragen. Nachdem wir den ersten Sachverständigen heute Morgen gehört haben, konnte man ein bisschen den Eindruck gewinnen, dass der Religionsunterricht oder auch die Einrichtung von Ausbildung für Imame eine Art Hebel ist, um den Islam in seiner unüber-

sichtlichen Gestalt unter Kontrolle zu bringen. Ich würde Sie als Vertreter eines islamischen Verbandes gerne fragen: Wer hat eigentlich Interesse an diesem Religionsunterricht? Wir wissen, dass das ein öffentlich sehr umstrittenes Thema ist. In vielen Bundesländern geht es nur sehr langsam voran. Ich wüsste gerne, wie die Interessenlage aufseiten der islamischen Verbände ist bzw. – Sie haben gerade von der islamischen Community gesprochen – wie weit der islamische Religionsunterricht als Idee mitgetragen wird oder inwieweit da ein implizierter Interessengegensatz besteht, der bisher nicht wirklich artikuliert ist und der deshalb diese Hängepartien erzeugt, die wir auf diesem Feld beobachten.

Herr **Kaymakci**: Was den organisierten Islam in Deutschland angeht, kann ich sagen, dass alle dialogorientierten muslimischen Organisationen für den bekenntnisorientierten islamischen Religionsunterricht eintreten. Ich glaube, das kann man ohne Ausnahme sagen. Mir fällt jetzt keine einzige islamische Religionsgemeinschaft ein, für die das nicht gelten würde. Gruppen, die sich abkapseln wollen, sich abschotten wollen wie die Salafisten, werden kein Interesse an islamischem Religionsunterricht haben und werden wahrscheinlich auch einen Religionsunterricht an staatlichen Schulen als „Islam light“ oder als staatsgenehmen Islam verunglimpfen. Aber was die islamische Organisation angeht, gibt es eine einhellige Meinung dazu.

Was darüber hinaus nicht organisierte Kulturmuslime oder säkulare Muslime betrifft, gibt es verschiedene Positionen. Es gibt insbesondere unter den türkischstämmigen, laizistisch geprägten Muslimen solche, die das Modell des Laizismus auch für Deutschland beanspruchen unter Verkennung des Umstandes, dass in Deutschland natürlich ein kooperatives Verhältnis zwischen Religionsgemeinschaften, Kirchen und dem Staat besteht und kein radikales laizistisches Staatsverständnis wie in Frankreich. Aber grundsätzlich würde ich sagen, dass religiöse Muslime – vielleicht ist das eine Doppelung – für islamischen Religionsunterricht eintreten, auch wenn sie nicht organisiert sind.

Sachv. **Birgit Simon**: Bei uns in Offenbach war vor drei Wochen die Feier zum zehnjährigen interreligiösen Dialog. Eine „Stunde für den Frieden“ findet regelmäßig statt. Ich habe ein Grußwort gehalten. Der Saal war gut besucht, aber von den islamischen Religionsgemeinschaften waren eigentlich nur die Ausländerbeiräte am Sonntag um 17 Uhr vertreten. Ich frage Sie nach Ihrem Eindruck: Ist das immer noch ein System, das von der evangelischen und der katholischen Kirche aufrechterhalten wird – seinerzeit auch initiiert und dann so fortgeführt wurde – und von eigener Aktivität der islamischen Religionsgemeinschaften nicht sonderlich getragen wird? Ich sehe auch in den Kindergärten, wo wir den interreligiösen Dialog vorantreiben, dass dann aus der evangelischen Gemeinschaft Rundgänge an irgendwelchen Tagen gemacht werden. Wir haben auch schon gute Kooperationen erzielt, wenn wir Frauen mit Kleinkindern aus den Moscheegemeinden gefunden haben. Das hat mich vor wenigen Wochen zum Nachdenken gebracht. Ich bin auch Bürgermeisterin und steuere nicht den interreligiösen Dialog, aber ich habe den Eindruck, dass das noch kein ganz egalitäres System ist. Deshalb frage ich Sie: Täusche ich mich, dass die islamischen Religionsgemeinschaften auch nach 10 oder mehr Jahren keine Treiber geworden sind, damit dieses System stabil läuft?

Ich habe noch eine zweite Frage. Wir haben hier in anderen Zusammenhängen auch von der Studie des Kriminologen Prof. Pfeiffer gehört, der darin sehr deutlich nachgewiesen hat, dass, je religiöser männliche Muslime und Jugendliche sind, desto höher die Gewaltbereitschaft und die Bildungsferne ist. Das ist jetzt ungefähr ein Jahr her. Ich

möchte Sie fragen, ob Sie sich mit diesem Zusammenhang auseinandergesetzt haben und wie Sie diese Studie bewerten.

Herr **Kaymakci**: Zu Ihrer ersten Frage: interreligiöser Dialog. Wir haben als Moscheege-meinden und auch als Verbände ein strukturelles Problem. Wir sind erstens keine Theo-logen. Ich sitze hier als Verbandsvertreter, bin Rechtsanwalt und schaue auf die Uhr, weil ich gleich zum Gericht muss. Hier müsste eigentlich ein Imam sitzen oder ein islami-scher Theologe wie Prof. Ceylan, oder ein Islamwissenschaftler. Aber wir haben sehr wenige Imame, die deutschsprachig und hier in dieser Gesellschaft auch firm sind. Viele machen sich jetzt Gedanken darüber – der Staat und auch wir islamische Organisatio-nen –, wie man dieses strukturelle Problem lösen kann.

Hinzu kommt ein finanzielles Problem. Die meisten von uns sind ehrenamtlich tätig. Der Einzige, der in der Moschee in Offenbach entlohnt wird, ist der Imam. Sie haben von Herrn Prof. Ceylan gehört, wie viel er bekommt. Alle anderen, die wirklich mit Herzblut und sehr aktiv viel leisten, sind ehrenamtlich tätig. Da bleibt wenig Zeit, sich nach der Arbeit auch noch für andere Dinge einzusetzen. Während wir im interreligiösen Dialog uns nach der Arbeit mit den Pfarrern treffen müssen, ist das für die Pfarrer Arbeitszeit. Sie haben sich jetzt daran gewöhnt, dass sie mit uns immer abends die Termine machen müssen, weil auch wir unser Brot verdienen müssen. Das ist ein strukturelles Problem.

Das soll bei Ihnen jetzt nicht den Eindruck erwecken, dass es vonseiten der Muslime kein Interesse am interreligiösen Dialog gebe; ganz im Gegenteil. Wir werden von unseren Dialogpartnern immer wieder gelobt, die sagen, wie viel Gotteslohn wir für all das be-kommen, was wir ehrenamtlich tun. Es besteht ein großes Interesse, aber es gibt einfach ein Problem in Bezug auf die Kapazitäten.

Mit Herrn Prof. Pfeiffer waren wir seinerzeit bei Ihnen in Offenbach auf dem Podium. Ich habe mich da bei einigen Punkten ziemlich zusammenreißen müssen, was da für Schlussfolgerungen gezogen worden sind. Ich habe mir das angeschaut. Ich konnte das nicht eingehend untersuchen, aber ich glaube, die Einschätzung von Herrn Prof. Ceylan ist da richtig. Es ist genau zu prüfen, welche Fragen gestellt worden sind. Wenn Sie Jugendliche nach Religiosität fragen, dann erleben Sie oftmals ein Machogehabe, und man zeigt sich auch viel religiöser, als man wirklich ist. Ich glaube, mit den entspre-chenden Fragestellungen können Sie jedes Ergebnis erreichen, das Sie erreichen wollen – ohne dass ich natürlich Herrn Prof. Pfeiffer irgendetwas unterstellen möchte.

Abg. **Mürvet Öztürk**: Ich will nur eine kurze Frage stellen. Es geht in Frage 6 um die Ein-führung des bekenntnisorientierten islamischen Religionsunterrichts. Sie sitzen ja auch am runden Tisch. Wir haben von Herrn Ceylan gehört: Kleine Schritte sind wichtig; in Niedersachsen gibt es die Schura, in Nordrhein-Westfalen das Beiratsmodell. Würden sich die Teilnehmer des runden Tisches auch eine Beiratslösung oder eine Schuralösung vorstellen können? Würden die Gemeinden an einen Tisch kommen, damit die An-sprechpartnerfrage gelöst ist und in Hessen auch ein erster Schritt in Richtung islami-scher Religionsunterricht getan werden kann?

Herr **Kaymakci**: Wir haben als Teilnehmer am runden Tisch – dort sitzen Vertreter ver-schiedener islamischer Verbände – zusammen eine Erklärung abgegeben, dass wir uns gemeinsam für den Religionsunterricht einsetzen möchten. Auch wenn der Antrag nur eines der Verbände akzeptiert werden sollte, werden die anderen Religionsgemein-

schaften diesen Verband dabei unterstützen und auch die Mitglieder ihrer Verbände, ihrer Moscheen motivieren, daran teilzunehmen. Das ist ein ganz entscheidender Schritt.

(Abg. Mürvet Öztürk: Auch Ahmadiyya?)

– Nein. Die Ahmadiyya ist eine spezielle Frage. Sie wird von der Mehrheit der Muslime oder organisierten muslimischen Verbände als eine Sondergemeinde gesehen, die aufgrund theologischer Unterschiede bereits außerhalb der islamischen Religionsfamilie steht. Das ist die Mehrheitsmeinung unter den muslimischen Verbänden und auch Theologen.

Ich bin kritisch gegenüber dem Modell, das Herr Prof. Ceylan erwähnt hat, dass man mit irgendeinem Schritt beginnen sollte. Ich glaube, dass sich dann das bewahrheitet, was Churchill sagte, nämlich dass dann ein Provisorium eine dauerhafte Institution wird. Ich meine, wir haben lange genug an dieser Sache gearbeitet. Ich habe Ihnen vorhin gesagt, dass bereits 1997 die IRH mit dieser Zielsetzung gegründet worden war. Ich glaube, dass der islamische Religionsunterricht, wenn der politische Wille da ist, umgesetzt werden kann. Das ist auch ein Anspruch, den wir Muslime an uns selbst richten müssen. Wir müssen die organisatorischen Voraussetzungen schaffen.

Ich halte es auch für juristisch schwierig, zu sagen, wir machen jetzt einen irgendwie gearteten islamischen Religionsunterricht, wo der Staat zunächst einmal die Inhalte bestimmt und die Verantwortung trägt. Das erscheint mir mit dem Selbstbestimmungsrecht der Religionsgemeinschaften nicht vereinbar. Da würde sich der Staat zu sehr in die Belange der Religion einmischen. Da habe ich ein bisschen Sorge. Das säkulare Modell bedeutet ja nicht nur, dass wir uns nicht beim Staat einmischen, sondern auch umgekehrt, dass der Staat sich nicht bei uns einmischt. Das lobe ich mir.

Vorsitzender: Weitere Wortmeldungen sehe ich nicht. Wir bedanken uns und hoffen, dass Sie Ihren Termin noch wahrnehmen können.

Herr **Kaymakci:** Herzlichen Dank. Ich danke auch denjenigen, die mich vorgelassen haben.

Vorsitzender: Wir wollen der Rechtsprechung nicht im Weg stehen. Das muss ich als Exjustizminister wirklich so sehen. – Frau Kaddor, bitte.

Frau **Kaddor:** Auch ich bedanke mich für die Einladung. Auch ich werde mich an den Fragen orientieren, die Sie mir freundlicherweise vorher zugeschickt haben.

Ich bin ausgebildete Islamwissenschaftlerin und islamische Religionspädagogin, unterrichte das Fach Islamkunde in deutscher Sprache mittlerweile im neunten Jahr in Nordrhein-Westfalen und veröffentliche dies und das zu unterschiedlichen Positionen. Ich bin übrigens auch – das ist vielleicht nicht ganz unwichtig – Erste Vorsitzende des Liberal-Islamischen Bundes. Der Name lässt Sie vermuten, dass ich andere Positionen als mein Vorredner haben werde. Worin die Unterschiede begründet liegen, werden Sie wahrscheinlich gleich heraushören können.

Stellenwert der Religion: Im Grunde genommen kann ich mich da dem, was vorher gesagt worden ist, anschließen. Ich kann aus eigener Erfahrung und Anschauung berichten, dass meine Schüler zwar nicht völlig orientierungslos sind, aber es geht in die Richtung, dass ihnen, wenn sie in den Herkunftsländern ihrer Eltern sind – das sind nicht ihre eigenen Heimatländer, das finde ich einen sehr problematischen Begriff –, häufig das Gefühl gegeben wird, dass sie dort nicht heimisch sind, dass sie keine Türken, Araber usw. sind, und ihnen hier in Deutschland ebenso das Gefühl vermittelt wird, dass sie nicht wirklich heimisch sein könnten, weil sie eigentlich Türken, Araber usw. sein müssten.

Ich würde auch so weit gehen, zu sagen, dass der 11. September zusätzlich dafür gesorgt hat, dass diese Problematik noch schärfer geworden ist, weil unsere Mehrheitsgesellschaft hier in Deutschland immer mehr dieses Problem fokussiert und auch die Frage sich selbst stellen muss: Was ist eigentlich heute deutsch? Die Leitkulturdebatte führen wir nicht ganz umsonst. Ich vermute, dass das auch bei meinen Schülern ausschlaggebend dafür ist, dass sie sich plötzlich immer mehr im Islam heimisch fühlen.

Das Groteske an der Situation ist allerdings: Wenn man sie dann fragt – das ist übrigens gleichzeitig eine Kritik an Herrn Pfeiffer und seiner Studie – „Was ist denn der Islam für euch, wenn ihr schon sagt, ihr seid gläubige Muslime und ihr empfindet den Islam auch als verbindlich für euer Leben, ihr identifiziert euch so stark damit?“, dann kommen, wenn überhaupt, häufig all die Dinge, die den Dogmen zugeschrieben werden. Der Islam wird hauptsächlich an Geboten und Verboten festgemacht: Ich darf kein Schweinefleisch essen, ich darf keinen Alkohol trinken, ich muss beten, ich muss fasten. Also das, was wir pauschal über den Islam wissen, würden sie komischerweise auch dem Islam zuschreiben, und zwar nur das.

Jetzt kommt aber dazu, dass ich an einer Hauptschule in Nordrhein-Westfalen unterrichtete. Die Kinder, die ich da aus sozial schwachen Gegenden unterrichtete, sind sicherlich nicht repräsentativ für alle Muslime in diesem Land. Ich möchte nicht, dass hier dieser Eindruck entsteht. Aber zumindest kann man klare Tendenzen ausmachen, und wir wissen auch, dass die meisten muslimischen Schülerinnen und Schüler leider Hauptschulen bzw. Förderschulen besuchen. Das ist ein Faktum. Also ganz irrelevant ist das nicht, was ich hier darstelle. Die starke Identifikation mit dem Islam sorgt letztlich auch dafür, dass man sich vielleicht bequem zurücklehnt und sagt: Ich möchte mich gar nicht weiter mit der Frage beschäftigen, ob ich Deutsche bzw. Deutscher bin und was das für Konsequenzen in meinem Leben haben könnte. Man zieht sich eben zurück. Den Islam kann einem ja niemand so einfach absprechen. Wenn man einmal sagt, man ist Muslim, dann gilt man dafür gemeinhin sein Leben lang. Es gilt ja als großer Frevel, wenn ein Muslim dem anderen seine Gläubigkeit abspricht. Wenn ich sage: „Du bist aber ein schlechter Muslim“, bin ich damit quasi exkommuniziert. Ein Muslim wird das so gut wie nie über den anderen sagen, es sei denn, er ist Salafist. Die haben kein Problem damit, andere Muslime außerhalb des Glaubens zu stellen.

„Welche Möglichkeiten zur Förderung und Unterstützung eines interkulturellen bzw. interreligiösen Dialogs gibt es?“ Ich glaube, es muss zunächst einmal, wenn wir von interreligiösem Dialog sprechen, darum gehen, dass es eine Begegnung auf Augenhöhe ist. Das wird zwar immer so pauschal dahergesagt, aber ich habe selbst die Erfahrung gemacht, dass einem häufig jemand gegenüber sitzt, der natürlich theologisch gebieft ist – das ist auch wichtig –, der aber durchaus auch eine Überlegenheitshaltung hat nach dem Motto: Wir leben hier in einem christlich dominierten Land, und bei uns funktioniert das so und so. Da werden häufig auch politische Ansprüche in einem kulturellen Dialog vermischt und quasi als besser bewertet. Das halte ich für problematisch.

Das ist mittlerweile sehr viel besser geworden. Heute funktioniert das in der Tat gut. Vielleicht liegt das auch daran, dass es endlich ein paar theologisch gebildete Muslime gibt. Diese gab es lange Zeit nicht. Herr Kaymakci, der hier vor mir gesprochen hat, ist Vorsitzender der Islamischen Gemeinde, aber er ist eben Rechtsanwalt, d. h., er macht das alles ehrenamtlich; er ist eben kein Mensch vom Fach. Das liegt nicht zuletzt auch daran, dass es bisher fast unmöglich war, Islamische Theologie bzw. Islamwissenschaft mit Schwerpunkt Theologie in Deutschland zu studieren. Es gibt eben nicht sehr viele solcher Menschen. Das muss man quasi aus eigenem Antrieb machen. Ich sage Ihnen ganz ehrlich: Als ich vor ein paar Jahren Islamwissenschaft in Münster studierte und meinen arabischstämmigen Eltern berichtete: „Ich habe mich für Islamwissenschaft eingeschrieben“, kam die Antwort: „Wieso? Du bist doch schon Muslimin.“ Das ist nichts, worauf man besonders stolz war, sondern es ist doch selbstverständlich, dass man sich im Islam relativ gut auskennt. Ich fand es sehr verwunderlich, dass meine Eltern das so völlig daneben fanden. Das hat sich mittlerweile geändert. Aber ich glaube, es bedarf eines Umdenkens seitens der islamischen Community, dass man grundständige Theologie studieren kann und den Islam auf eine wissenschaftliche Ebene heben sollte, um bestimmte Dinge vernünftig diskutieren zu können. Herr Ceylan sagte ja gerade, es gibt im Grunde genommen keinerlei Zahlen über den Grad der Religiosität der Muslime. Es gibt ja nicht einmal Kodizes, wie man Religiosität von Muslimen messen könnte. Eigentlich wissen wir also nichts über Muslime, außer

(Abg. Mürvet Öztürk: Dass es sie gibt!)

– richtig! – dass sie existent sind. Aber wie viele es sind, selbst das wissen wir nicht wirklich.

Ich glaube, der Erfolg des interreligiösen Dialogs wird davon abhängig sein, wie stark man auf Augenhöhe miteinander redet und wie stark man vielleicht auch seinen Wahrheitsanspruch zurückschraubt. Dass man einen Wahrheitsanspruch hat, ist in Ordnung und völlig legitim. Aber es ist problematisch, wenn ich ständig den anderen mit meinem Wahrheitsanspruch konfrontiere und sage: Das, was ich glaube, ist nicht nur für mich das Beste, sondern auch für euch alle. – Ich glaube, daran scheiterte der Dialog jahrelang.

Herr Sarrazin, der zwar nichts mit Religion zu tun hat, aber im Grunde genommen ein Allroundtalent ist, auch was Theologie betrifft, hat, ehrlich gesagt, mit seinen Initiativen Öl ins Feuer gegossen, denn plötzlich fühlen sich nicht nur Muslime, sondern auch alle anderen, die bewusst in diesen interreligiösen Dialog gegangen sind, um Jahre zurückgeworfen, weil plötzlich ganz bestimmte Vorurteile und Klischees in einem hochkommen und man damit konfrontiert wird. Warum tragen Frauen Kopftücher? Ich habe gedacht, wir hätten das Thema endlich abgehandelt. Nein, es ist schon wieder aktuell. Ich glaube, wir drehen uns da im Kreis. Wir müssen auch einmal sagen, bestimmte Dinge müssen wir nicht immer wieder neu diskutieren, sondern man kann sie auch so stehen lassen.

Ab welchem Alter ist ein interreligiöser Dialog erfolgreich oder geeignet? Ich glaube, dieser sollte sehr früh beginnen, möglichst schon bei Kindern unter drei Jahren. Das klingt jetzt merkwürdig. Ich habe selbst eine zweijährige Tochter. Sie wird natürlich von Tageseltern betreut, z. B. wenn ich hier bin. Wir haben ganz bewusst für eine sehr interkulturelle und auch interreligiöse Tagesstätte entschieden, weil uns das wichtig war. Meine Tochter wächst in dem Selbstverständnis auf, dass es völlig normal ist, dass sie Kinder um sich herum hat, die möglicherweise auch noch eine andere Sprache sprechen als Deutsch, wobei natürlich die gemeinsame Sprache nur Deutsch sein kann. Ich

denke, je früher man damit anfängt, desto besser. Ich weiß aus eigener Erfahrung, was Islamkunde betrifft – das hat natürlich dann auch etwas mit interreligiösem Dialog zu tun –, dass man durchaus mit Klasse 1 anfangen sollte und das möglichst bis – ich würde sagen – Klasse 8 fortführen sollte, um dann, das halte ich auch für sinnvoll, einen gemeinsamen Ethikunterricht, wenn man ihn so nennen will, einzuführen. Je besser ich meine eigene Position und Verortung kenne, egal wie diese geartet ist, umso besser kann ich auf den anderen zugehen und vielleicht auch nachempfinden, warum er bestimmte Positionen vertritt. Ich habe bisher die Erfahrung gemacht – manchmal musste ich Klassen gemeinsam unterrichten, also muslimische und christliche Kinder, wenn der Kollege ausgefallen ist –, dass die Vorurteile immens waren, aber dass auch die Bereitschaft, dem anderen zuzuhören oder gar einmal stehen zu lassen, was der sagt oder woran der glaubt, eigentlich gegen null ging. Die Intoleranz war erschreckenderweise recht hoch. Ich glaube, je länger man versucht, Schülern zu helfen, ihre eigene Verortung zu finden, umso besser funktioniert das am Schluss. Deshalb kann man eigentlich gar nicht früh genug anfangen, wenn wir uns endlich einmal als Einwanderungsgesellschaft begreifen sollten. Umso besser ist es dann, Kinder möglichst in diesem Bewusstsein aufwachsen zu lassen.

Welche generelle und praktische Bedeutung hat das? Ich glaube, es ist wichtig, dass wir in dem Bewusstsein aufwachsen, dass wir nicht nur eine Einwanderungsgesellschaft sind, in der z. B. viele Muslime leben und in der wir auch noch einige Juden haben, die ihre Religion und ihre Kultur auch pflegen sollen. Es ist genauso wichtig, und zwar nicht nur für Muslime, dass wir uns mit dem Thema Atheismus beschäftigen. Ich glaube, es ist gesamtgesellschaftlich nicht ganz irrelevant, zu wissen, dass wir auch in einem Land leben, in dem es einen bekennenden Atheismus gibt, mit dem wir uns auch auseinandersetzen müssen. Sie finden ja nicht nur bei gläubigen Muslimen die Haltung, dass man sagt: Die Atheisten wissen gar nicht, woran sie glauben, denn eigentlich glauben sie ja doch an Gott. Das ist eine gängige Haltung. Auch da erwarte ich, dass wir uns damit kritisch auseinandersetzen, und zwar wir alle.

Bevor ich auf den Islamunterricht komme, der ja eigentlich mein Spezialgebiet ist, möchte ich sagen: Ich glaube, dass es wichtig ist, die Position des anderen kennenzulernen. Natürlich glaube ich das, sonst wäre ich nicht hier. Das muss allerdings geprägt sein von Respekt und Toleranz. Das meinte ich gerade mit Wahrheitsanspruch. Ich muss mich auch ein Stück weit zurücknehmen. Das ist übrigens auch der Auftrag unseres Rechtsstaats und unserer Demokratie. Toleranz ist nicht nur irgendein Wort, sondern sie muss tatsächlich gelebt werden. Jetzt sorgt eine Busfahrerin irgendwo in Süddeutschland für Wirbel, weil sie ein Kopftuch trägt, und man überlegt ernsthaft, ob sie das weiter tun kann, obwohl es vorher keinerlei Probleme bei ihren Busfahrten gab. Ich empfinde es als echt problematisch, wenn wir darüber weiterhin auf diesem Niveau diskutieren. Ich denke, wir müssen wirklich unsere Rechtsstaatlichkeit und unseren Gleichheitsgedanken – vor dem Recht ist jeder Mensch gleich – auch einmal ernst nehmen. Das sage ich jetzt polemisch – Sie hören es –; das meine ich aber auch so.

Islamischer Religionsunterricht. Häufig werde ich gefragt: Ist er integrationsfördernd, ja oder nein? Ja, er ist es definitiv. Ich kann Ihnen auch gleich sagen, welche Aspekte integrationsfördernd sind. Das ist natürlich einmal die sprachliche Ebene. Bis vor einigen Jahren wussten meine Schüler z. B. nicht, was Pilgerfahrt auf Deutsch heißt. Sie kannten nur den türkischen Begriff. Das ist jetzt nur ein Beispiel. Das klingt vielleicht ganz lapidar für Sie, zeigt aber das Phänomen, dass es bisher eine Sprachlosigkeit gab. Sie konnten in der Muttersprache etwas ausdrücken, was religiös bedingt ist, aber sie konnten es nicht – und können es zum Teil immer noch nicht – ins Deutsche übertragen. Ich denke, man muss den Unterricht in deutscher Sprache halten, um die Schüler so weit zu bringen,

dass sie sich vernünftig artikulieren können. Denn das trägt natürlich auch dazu bei, wie ich auf den anderen zugehe. Wenn ich überhaupt nicht weiß, wie ich ihm erklären soll, was ich während der Pilgerfahrt in Mekka machen soll, dann ist das natürlich ein Integrationshemmnis.

Des Weiteren glaube ich auch, dass es eine Art schulischer struktureller Integration ist. Wenn ich Islamkunde unterrichte, läuft parallel dazu der christliche Religionsunterricht ab. Das ist zu meiner Schulzeit überhaupt nicht so gewesen, sondern für mich war immer klar: Christlicher Religionsunterricht – ich darf jetzt in den Förderunterricht, evangelischen Religionsunterricht, katholischen Religionsunterricht oder später in den Ethikunterricht. Das ist auf Dauer unbefriedigend, zumal der junge Mensch implizit wahrnimmt: Du bist nicht wirklich gleichberechtigt; die haben ihren Unterricht, und du bist irgendwie fremd, der andere. – Ich sehe, dass die jetzige Situation viel dazu beiträgt, dass sich die Schüler selbstsicherer fühlen. Spaß macht es besonders, wenn man beide Gruppen gemeinsam unterrichtet, wenn sie auf einem bestimmten Niveau sind, denn dann kann man diskutieren. Ich arbeite an einer Schule, an der der Anteil muslimischer Schüler bei 85 % liegt. Sie glauben doch nicht, dass da jemand Interesse für den anderen hat. Das ist eine Brennpunktschule, wie man sich das als Klischee vorstellt. Die einzige Möglichkeit, dass diese Schüler jemals miteinander ins Gespräch kommen, ist der Unterricht. Deshalb ist Schule an sich schon der Ort für Integration, an dem man bewusst darauf achten muss, dass man diese Begegnung herstellt, ich will nicht sagen erzwingt, aber doch mindestens ermöglicht, indem man das Angebot schafft.

Manchmal gibt es auch Verfassungsschützer, die glauben, dass man durch einen Islamunterricht in deutscher Sprache mit dafür sorgen kann, Schüler zwar nicht auszuhorchen oder auszuspionieren – so weit wird es hoffentlich nie gehen –, aber bestimmte Positionen, die man am extremistischen Rand ansiedeln könnte, mindestens zu sehen und aufzufangen, vielleicht auch zu bearbeiten. Das kommt sehr selten vor; das kann ich Ihnen auch aus eigener Erfahrung sagen. In den neun Jahren gab es vielleicht zwei Schüler, die ernsthaft echt radikale Positionen vertreten haben – das ist wirklich ganz selten der Fall gewesen –: Andersgläubige Menschen kommen in die Hölle. – So etwas kann man auffangen, und so etwas sollte man im Religionsunterricht – warum auch nicht – auffangen. Aber ein Religionslehrer sollte nie die Aufgabe übernehmen, der verlängerte Arm des Verfassungsschutzes oder des Rechtsapparats zu sein. So weit sollte es nicht gehen. Dem würde ich mich auch versperren.

Die Anmeldequote – das ist für Sie vielleicht nicht ganz uninteressant; ich weiß ja, wie der Stand des islamischen Religionsunterrichts hier in Hessen ist – ist erstaunlich niedrig. In den neun Jahren, in denen ich unterrichtete, lag sie bei 2 %. Also sie ist extrem gering. Die Vorbehalte am Anfang waren sehr groß, vielleicht auch, weil ich das als Frau gemacht habe. Es ist, glaube ich, mit ein Faktor, wer da unterrichtet. Die Bestürzung darüber, dass ich nicht türkischstämmig bin, dass ich nicht in der Türkei oder nicht in irgendeinem islamischen Land studiert habe, dass ich kein Kopftuch trage, war groß. Die Eltern hatten natürlich bestimmte Erwartungen an eine Islamlehrerin. Die Erwartungen der Eltern wurden zwar nicht erfüllt, aber ich muss sagen, die Schüler haben relativ schnell verstanden, dass es gar nicht so unpraktisch ist, einen Menschen vor sich stehen zu haben, der den gleichen Migrationshintergrund und die gleiche Religion mitbringt und vielleicht auch weiß, was es bedeutet, in Deutschland als junger Muslim zu leben. Man hat natürlich ganz unterschiedliche Fragen: Darf ich mir ein Piercing stechen lassen? Darf ich einen Freund haben? Darf ich mir die Nägel lackieren? Das sind Alltagsfragen, die für Jugendliche, wenn sie gläubig sind, nicht ganz irrelevant sind. Es ist natürlich etwas anderes, wenn da beispielsweise eine 60-jährige, recht autoritäre, strenge Türkischlehrerin vor ihnen steht, die im Bereich Islam ein bisschen weitergebildet worden ist. Die würde die

Fragen möglicherweise anders beantworten. Das weiß ich nicht. Aber es ist jedenfalls etwas anderes. Die Hemmschwelle, Menschen wie mich zu fragen, ist auf jeden Fall geringer. Ich weiß, dass meine Schüler es nie wagen würden, Fragen zur sexuellen Orientierung an den Imam zu richten. Ich denke, das ist auch ein Grund, warum der Religionsunterricht und der Religionslehrer nicht ganz unwichtig sind.

Wir unterrichten natürlich nach dem Korrelationsprinzip. Ich hoffe, das sagt hier einigen etwas. Das heißt, dass wir die Theologie, also die Lehre, mit dem Alltag der Schüler verbinden. Ich muss darauf achten, dass ich nicht vorne nur Frontalunterricht mache und alles herunterbete – der Islam besteht aus fünf Säulen, dieser und jener –, sondern ich muss schauen, dass ich den Alltagsbezug herstelle. Es ist ganz wichtig, dass wir uns an dieses Korrelationsprinzip halten. Die Curricula in Nordrhein-Westfalen, aber auch in allen anderen Bundesländern – das weiß ich, weil ich selbst Schulbücher herausgebe – sind alle auf diesem Korrelationsprinzip aufgebaut.

Ziele des Unterrichts: Was können Ziele eines islamischen Religionsunterrichts sein? Die Schüler sprachfähiger zu machen, halte ich für ganz wichtig, sie inhaltlich zu stärken, also ihnen zu erklären, dass der Islam nicht nur aus einem riesengroßen Gesetzeskomplex, einer Dogmenlehre besteht, sondern dass der Islam auch aus bestimmten Werten und aus einer bestimmten Spiritualität entsteht und erst das dann im Gesamtgefüge möglicherweise der Islam sein kann, wobei es den Islam natürlich nicht gibt, genauso wenig wie es das Christentum oder das Judentum oder den Hinduismus gibt.

Wichtig ist auch, dass man es schafft, Schüler so weit zu bringen, dass sie islamische Inhalte in der deutschen Sprache so vermitteln können, dass sie letztlich auch Brücken schlagen können. Auch das ist vorher nie gelungen. Das Wichtigste ist allerdings die religiöse Mündigkeit. Das klingt jetzt lapidar. Ich erlebe es häufig – das ist übrigens mit dem Gottesbild verbunden –, dass die Schüler nicht religionsmündig sind, sondern dass ihnen Religion quasi mit der Muttermilch eingegeben worden ist. Religion ist nicht hinterfragbar, schon gar nicht Gott, weil Gott einen recht strengen Gott für die meisten Schüler darstellt. Ich versuche das zu durchbrechen, was nicht bedeutet, dass sie von heute auf morgen Gott ablegen sollen – überhaupt nicht –, sondern dass sie nachfragen dürfen. Sie glauben gar nicht, welche Entrüstung ich allein mit der Frage „Wie stellt ihr euch Gott vor?“ auslösen könnte. Da gilt es eine Entspannung hineinzubringen, dass man sich über Gott und die Welt Gedanken machen darf und trotzdem gleichzeitig ein gläubiger Mensch sein kann. Da gibt es die unterschiedlichsten Abstufungen, aber als Mainstream kann ich durchaus sagen, dass das Gottesverständnis sehr problematisch ist und dass die Mündigkeit erstrebenswert ist, nicht nur im katholischen und evangelischen Religionsunterricht, sondern natürlich auch im muslimischen Religionsunterricht.

Was muss der Staat dafür tun, um diese kulturelle und religiöse Vielfalt zu fördern? Das ist eine gute Frage. Ich glaube, es ist wichtig, dass wir ein neues Wirgefühl erreichen. Das betrifft nicht nur die Frage „Was bedeutet, deutsch sein?“ – diese Frage müssen wir natürlich alle für uns klären –, sondern auch die Frage „Was bedeutet es, wir zu sein?“. Also nicht wir und die anderen – klar, die anderen gibt es immer –, sondern: Wer sind wir? Diese „Wer sind wir“-Frage muss neu aufgerollt werden. Das bedeutet, dass wir uns als Allererstes in der Tat als Einwanderungsland beschreiben und definieren und dass wir auch sagen, dass „deutsch sein“ nichts mehr mit völkischer Herkunft zu tun haben darf, dass einem in diesem Land auch die Möglichkeit gegeben wird, zwei oder drei Pässe zu besitzen. Das ist übrigens gerade jetzt seitens der SPD angeregt worden. Ich habe heute in den Nachrichten gelesen, dass der Antrag auf Doppelstaats- oder Mehrfachstaatsangehörigkeit wohl abgelehnt worden ist.

(Abg. Mürvet Öztürk: Er hätte vielleicht zur Zeit der Großen Koalition kommen müssen!)

Aber ich glaube, das wird irgendwann auf der Tagesordnung stehen. Gerade vor dem Hintergrund der Frage „Was ist Europa?“ werden wir es uns gar nicht mehr leisten können, nur eine Staatsbürgerschaft zu haben. Da sind die Politiker, aber auch Unternehmer in die Pflicht zu nehmen, genauso wie die Medien, die versuchen müssen, ein neues Wir-Gefühl zu transportieren. Das gelingt in Ansätzen immer mehr. Ich habe das Gefühl, dass wir langsam ein anderes Bewusstsein bekommen. Aber es müsste stärker vorangetrieben werden.

Ich möchte hiermit schließen und bin gespannt auf die Rückfragerunde und auf die Kommentare.

Abg. **Ismail Tipi**: Frau Kaddor, vielen herzlichen Dank. Sie sind ja das gelebte Beispiel für das, was wir hier diskutieren und jeden Tag erleben.

Ich habe mit mehreren türkischsprachigen Lehrern und Lehrerinnen gesprochen, die mir geraten haben: „Lass die Finger davon, Religionsunterricht in deutschen Schulen einzuführen, weil wir jetzt schon sehr viele Probleme haben.“ Die Probleme, die sie aufgezählt haben – ich könnte sie jetzt hier nennen –, sind sehr vielfältig. Mich würde die Frage interessieren – ich weiß nicht, ob Sie der richtige Ansprechpartner in dieser Sache sind, weil Sie ja, wie Sie gesagt haben, in Ihrer Schule mehr als 80 % Kinder haben, die islamischen oder Migrationshintergrund haben –: Wie ist die Lage in den Klassenzimmern allgemein? Gibt es jetzt schon Probleme der konservativ eingestellten Schüler und Schülerinnen mit der Schülergruppe, die westlich orientiert ist, vielleicht auch leichter bekleidet, mit kurzen Röcken usw.? Gibt es Spannungen zwischen diesen beiden Schülergruppen?

Frau **Kaddor**: Das ist eine gute Frage. Es gibt überhaupt keine Erhebung darüber, welche Muslime sich als liberale Muslime bezeichnen. Ich werde häufig dafür gescholten, dass ich sage, ich sei liberale Muslima; es gebe ja keine liberalen Muslime. Aber ich nehme jetzt einfach diese Benennungen: liberale, konservative, eher fundamentalistisch eingestellte Muslime. Über die anderen an den Rändern will ich jetzt gar nicht reden. Es gibt da noch die säkularen, die superfrommen Muslime, wie auch immer. Im Schulzimmer ist das noch nicht so relevant. Denn wenn Schüler sagen, sie seien gläubige Muslime, meinen sie eigentlich damit, dass sie traditionell sind. Ich will denen überhaupt nicht zu nahe treten. Ich bin bestimmt nicht das Musterbeispiel einer frommen Muslima, aber ich würde mich als gläubig bezeichnen. Ich habe auch den wissenschaftlichen, den theologischen Background, um bestimmte Dinge einschätzen zu können. Meine Schüler sind sicher nicht praktizierende Muslime. Sie sind gläubig; das kann ich ihnen nicht absprechen. Aber es ist eher ein traditionelles Verständnis von Religion. Ich glaube, es gibt an der ganzen Schule von 100 Schülern vielleicht zehn Schüler, die fünfmal am Tag beten.

(Sachv. Dr. Stefan Luft: Dann bekommen sie auch keine Playstation!)

– Playstation spielen sie öfter, als dass sie beten. Aber das ist, glaube ich, völlig normal in dem Alter.

Die Religiosität lässt sich schwer messen, und deshalb lässt sich auch schwer sagen: Bedeutet es, wenn jemand fünfmal am Tag betet, dass er nicht liberal sein kann? Da müs-

sen Kriterien entwickelt werden: Wann gilt jemand als konservativ, und wann gilt jemand als liberal? Es ist insgesamt eine Geisteshaltung, die ich z. B. mit liberal beschreiben würde. Bei den Schülern ist das irrelevant, weil sie alle das geringe Wissen über den Islam teilen, egal ob sie jetzt eher freiheitlich denken, liberaler denken, einen konservativen Zugang zum Islam haben. Klar ist, dass sie alle denken: Der Islam basiert maximal auf fünf Säulen, besteht aus bestimmten Verboten, die interessanterweise häufig auch an Sexualmoral gekoppelt sind. Ob da jetzt ein Mädchen mit Minirock kommt oder ein Mädchen mit Kopftuch sitzt – im Moment läuft das relativ friedlich und freundschaftlich. Ich habe bis jetzt nicht das Gefühl, dass innerhalb der Schüler das zu einem Riesenkrieg ausartet. Aber bestimmt wird es Schulen geben, wo das stärker fokussiert wird. Ich hatte auch schon alevitische Schüler in meinem Unterricht, die klar sagen, sie sind Aleviten, also eigentlich gar nicht in meinen Unterricht kommen müssten, aber trotzdem gekommen sind. Es wurden – das muss ich auch sagen – immer wieder Spitzen gegen sie gefahren seitens der sunnitischen Schüler, aber nicht, weil die sunnitischen Schüler wüssten, wie sie sich selbst verorten. Die wissen zwar: Wir sind Sunniten und möglicherweise etwas Besseres. – Aber Sie glauben doch nicht, dass die wissen, was das Sunnitentum ist, zu welcher Rechtsschule die Sunniten gehören, geschweige denn, dass sie wüssten, wofür Aleviten eigentlich stehen. Das sind halt Vorurteile, die man von den Eltern übernommen hat, von der Gesellschaft, in der man lebt: Aleviten oder Jesiden oder was es da alles gibt. Kurden sind ja das noch viel größere „Problem“ unter Türken. Das sind meist gängige Klischees. Wenn Sie fragen: „Was weißt du eigentlich über deren Religion oder über deren Gläubigkeit?“, dann kommt meist gar nichts.

Abg. **Mürvet Öztürk:** Der Punkt, den Sie zuletzt angesprochen haben, war ein sehr wichtiger. Ich glaube auch, dass da die Klischees und Vorurteile innerhalb der Schülerschaft nicht immer so sehr von der Stärke der Religiosität abhängen, sondern eher von diesen vermeintlich ethnischen Identitäten und Konflikten. Daher wäre meine Frage: Haben Sie die Erfahrung gemacht, dass bei Schülerinnen und Schülern, weil sie sich im Religionsunterricht oder bei Ihnen im Islamkundeunterricht über bestimmte Dinge offener unterhalten konnten und diese hinterfragen konnten, ein Prozess stattgefunden hat und sie selbstbewusster in der Lage waren, auch das, was man in den Moscheegemeinden oder in den Elternhäusern gelehrt bekommt, zu hinterfragen und in einen Diskussionsprozess mit den Eltern einzusteigen? Denn in der Vergangenheit waren das eher Konflikte, die nicht gut ausgegangen sind. Haben Sie die Erfahrung gemacht, dass der Unterricht auch die Wortlosigkeit oder Sprachlosigkeit der Schüler gegenüber den eigenen Eltern aufgehoben hat?

Die zweite Frage ist: Sie haben sehr stark bei der Etablierung des islamischen Religionsunterrichts die Rolle der Verbände kritisiert und gesagt, dass sie in dieser Frage sehr dominant sind und dass sie nur eine kleine Gruppe der Muslime in Deutschland repräsentieren. Wie ist denn Ihre Vorstellung oder Ihr Vorschlag, wie man auf der einen Seite die Frage des Ansprechpartners in Deutschland lösen kann und auf der anderen Seite auch der heterogenen muslimischen Gesellschaft gerecht wird? Sie haben dafür selber einen Verband gegründet. Heißt das, es müssen jetzt alle Nichtorganisierten sich organisieren, oder welchen Vorschlag hätten Sie, wie diese Ansprechpartnerfrage so gelöst werden kann, dass auch die Pluralität der Muslime widergespiegelt wird?

Frau **Kaddor:** Zu Ihrer ersten Frage, ob festzustellen ist, dass die Wortlosigkeit geringer wird: Ich glaube schon, dass sie geringer wird. Ich kann das nicht verbindlich sagen. Denn ich bin ja immer auf das angewiesen, was Schüler mir rückmelden, wo sie aktiv für etwas eingetreten sind oder wo sie etwas gesagt haben. Ich weiß, dass einige meiner

Schüler Dinge, die der Imam in der Moschee sagt, durchaus auch einmal zumindest kritisch sehen. Ich weiß nicht, ob sie sich trauen, ihn anzusprechen und ihm zu sagen: „Ich finde das merkwürdig, was du sagst.“ Vielleicht ist es einmal passiert. Aber ich merke, wie sie auf mich reagieren. Meine Aufgabe oder mein Auftrag ist es nicht, sie von einem liberalen Islam zu überzeugen. Das darf ich gar nicht, denn das ist meine persönliche Meinung. Mein Auftrag ist es, ihnen unterschiedliche Alternativen aufzuzeigen, wie sie bestimmte Fragestellungen für ihr Leben beantworten können. Ich kann auf die Frage „Darf ich Nagellack tragen?“ sagen: „Ja, das darfst du, weil ... Nein, das darfst du nicht, weil ... Aber du musst selbst entscheiden, ob du es machen möchtest oder nicht.“ Ich kann das nicht vorgeben. Ich will nicht geheim halten, dass die Schüler natürlich wissen wollen, wie ich das mache. Bei der Frage „Müssen wir ein Kopftuch tragen?“ kann sich Frau Kaddor nicht völlig heraushalten, denn sie trägt ja keines. Das bemerken die ja. Also bestimmte Dinge kann man nicht ganz heraushalten. Aber trotzdem versuche ich, die Schüler nicht allzu sehr in eine Richtung zu drängen. Mir ist es wichtig, dass sie selbst entscheiden.

Ich hatte vorgestern noch Unterricht. Ich gebe drei Tage in der Woche Unterricht. Eine meiner Schülerinnen hat in der 5. Klasse begonnen, ein Kopftuch zu tragen. Die Eltern stammen aus dem Kosovo. Sie trägt das aus freien Stücken. Das ist auch glaubhaft, denn ihre Schwester, die ein Jahr älter ist, trägt keines und besucht die gleiche Schule. Es scheint da wirklich so zu sein, dass jedes Mädchen das selbst entscheiden darf. Sie hat das für sich so entschieden und tritt auch sehr selbstbewusst mit Kopftuch auf. Zum Schwimmunterricht setzt sie es natürlich ab, denn wie soll sie mit Kopftuch schwimmen? Jetzt trägt sie so etwas wie einen Burkini. Also, irgendwelche Lösungen gibt es da. Sie macht das; okay. Jetzt kam sie vor Kurzem an – das ist auch interessant –: Es gibt Spannungen zwischen ihr und ihren Eltern. Sie lebt als eines von insgesamt acht Geschwistern in der Wohnung. Sie kommt aus irgendwelchen Gründen mit der Familie zunehmend nicht klar. Jetzt will sie das Kopftuch absetzen, sagt aber gleichzeitig: „Wenn ich das tue, will mein Vater das aber nicht, und dann kriege ich Ärger mit ihm. Was soll ich denn jetzt machen, Frau Kaddor?“ Ich will sie zu nichts drängen. Wie gesagt, das darf nicht meine Aufgabe sein. Aber wenn sie konkret mit diesem Anliegen kommt, muss ich schon etwas dazu sagen. Ich habe ihr gesagt: „Dann sagst du deinem Papa, dass es keinen Zwang im Glauben gibt. Er kann dich nicht zwingen, ein Kopftuch zu tragen. Er kann dich aber auch nicht zwingen, keines zu tragen. Also, er kann weder das eine noch das andere machen.“ – „Was ist, wenn er mich doch zwingt?“ – „Wenn du möchtest, dann spreche ich mit deinem Vater.“ – „Dann ist er Ihnen gegenüber nett, aber mir gegenüber ist er nachher ziemlich übel.“ – „Dann müssen wir schauen, was wir machen, wenn das so sein sollte.“ Ich kannte ihren Vater bis dahin noch nicht einmal.

Das zeigt, dass sich die Schüler eine Art Rücksicherung holen, dass sie ein Interesse daran haben, ihre eigene Position vertreten zu können. Die Schüler konnten das vorher nicht. Ich kenne das ja von mir. Ich habe meine Eltern terrorisiert mit Fragen über den Islam, die sie zum Teil beantworten konnten, weil meine Eltern Arabisch können und den Koran einigermaßen verstehen; aber das war trotzdem für mich als junger Mensch immer unbefriedigend. Also man muss auch immer jemand haben, der einen in dem Anliegen, das man hat, irgendwie unterstützt.

Es kommt immer wieder vor, dass meine Schüler, wenn ich ihnen etwas sage, antworten: „Frau Kaddor, unsere Eltern sehen die Angelegenheit so. Der Hodscha sagt so, und Sie sagen etwas völlig anderes. Was machen wir denn jetzt?“ Ich freue mich über die Verwirrung, weil ich denke, es ist gut, dass sie verwirrt sind, denn sie sollen ja selbst entscheiden, was sie wollen. Mein Anliegen ist, dass sie es selber hinkriegen. Das zeigt, dass sie nachdenken. Mein persönliches Anliegen ist schon, den Wahrheitsanspruch gegen-

über Andersgläubigen ein bisschen herunterzufahren und ein bisschen friedlicher mit der Umwelt zu leben. Ich weiß auch, dass Journalisten – mein Unterricht wird von ihnen regelmäßig besucht – gerne Fangfragen stellen: „Glaubt ihr denn, dass Andersgläubige in die Hölle kommen?“ Ich frage keinen Journalisten vorher, was für Fragen er an meine Schüler stellen will. Das sind Fragen, die nicht ganz angenehm sind, und da denke ich auch immer: „O Gott, was sagen die jetzt wohl?“ Ich weiß, dass Schüler, die ich nur ein Jahr unterrichtet habe, die Frage durchaus mit „in die Hölle“ oder „keine Ahnung“ beantworten würden, und ich weiß auch, dass Schüler, die ich über fünf, sechs Jahre von Klasse 5 bis Klasse 10 unterrichtet habe, völlig anders geantwortet haben. Das ist in einem konkreten Fall vorgekommen. Da fragte ein Journalist der „Zeit“: „Was glaubt ihr denn: Kommen andersgläubige Menschen in die Hölle?“ Die Schüler sagten: „Also, ehrlich gesagt, ich glaube nicht. Es kommt ja darauf an, was für Taten der Mensch vollbracht hat. Das muss ja Gott dann wissen.“ Dann setzte der Journalist eins drauf und sagte: „Ich bin Atheist. Was macht denn eurer Meinung nach Gott mit Atheisten?“ Da sagten sie, übrigens Jungen wie Mädchen: „Es obliegt uns nicht, darüber zu urteilen.“ Ich meine, eine tolle Antwort. Ich habe denen das nicht diktiert. Das war völlig frei gesagt. Das zeigt, dass ein konsequenter Islamunterricht – egal ob jetzt Islamkunde oder Islamunterricht; der Inhalt ist ja fast gleich – auf jeden Fall Wirkung zeigt. Deshalb werbe ich auch so stark dafür.

Was die Verbände betrifft: Ich finde, es ist legitim, dass Verbände den Anspruch stellen, islamischen Religionsunterricht haben zu wollen, egal ob sie jetzt konservativ oder liberal ausgerichtet sind. Dass sie den Anspruch im Sinne der Eltern und für die Kinder erheben, ist legitim, und das unterstütze ich. Das habe ich auch schon gemacht, bevor ich diesen Verein gegründet habe. Mein persönlicher Anspruch ist, dass ich glaube, dass die vier Verbände hauptsächlich für ein konservatives Islamverständnis stehen. Das ist prinzipiell auch nicht schlimm. Meine Eltern sind ebenfalls sehr konservativ. Ich bin genauso aufgewachsen. Ich habe damit kein Problem. Aber ich vertrete einfach ein anderes Islamverständnis. Mein Anliegen ist es schon, zu sagen: Ich finde, dass viele Muslime in diesem Land sich nicht durchweg als konservativ verstehen, sondern dass es auch noch Zwischenstufen und Nuancen gibt. Diese müssen doch irgendwie eingebracht werden. Wir dürfen uns die politische Landschaft doch nicht so vorstellen, dass hier alle nur ein konservatives Spektrum abdecken würden. Das könnte ja, rein vom logischen Menschenverstand her betrachtet, nicht ganz funktionieren. Unser Anliegen ist es, in NRW und auch woanders zu sagen: Wir fänden es wichtig, dass auch andere Positionen gehört werden, z. B. die Position des Liberal-Islamischen Bundes. Das äußert sich dann konkret zwar nicht in der Forderung, den Religionsunterricht haben zu wollen – da sind wir uns einig –, aber in den Inhalten und wie man Inhalte vermittelt, wie dogmatisch man diese rüberbringt. Wie stehe ich zur Frage der Homosexualität? Was sage ich zum Thema Kopftuch? Wie vermittele ich solche Themen? Ich glaube, die vier Dachverbände werden doch ganz sicher zu bestimmten Fragen, z. B. ob eine Frau vorbeten darf oder nicht – wenn Sie mich fragen: natürlich darf sie das; aber andere würden diese Frage anders beantworten –, unterschiedliche Positionen haben. Ich finde, wenn wir da ein bisschen mehr Meinungsvielfalt hineinbringen würden, würde das nachher dem Religionsunterricht sehr guttun. Denn sonst übernimmt der Staat die Rolle, eine bestimmte Gruppe der Muslime zu bevorzugen, und das darf er eigentlich gar nicht.

Deshalb würde ich sagen, man sollte so etwas wie ein Beiratsmodell schaffen, einen runden Tisch einberufen – das habe ich auch schon vor der LIB-Gründung gesagt –, in dem Privatpersonen, z. B. Vorsitzende von Elternvereinen, vertreten sein müssten, Religionswissenschaftler, Religionspädagogen, die vielleicht nicht direkt einer Gemeinde angeschlossen sind oder für diese sprechen, und bestimmte Gemeindevertreter, Vereinsvertreter. Nur so kann es gelingen.

Sachv. **Marc Phillip Nogueira:** Ich möchte genau diesen Punkt ansprechen. Ich habe die Frage an Sie: Wie soll es dem Staat gelingen, Ihre Forderung nach der Einbeziehung möglichst heterogener Ansprechpartner umzusetzen und dabei nicht vollkommen differente Maßstäbe an die Organisationen oder die Akteure anzulegen? Denn auch das Beiratsmodell hat ja das Ziel, einen Ansprechpartner zu finden, der als Religionsgemeinschaft anerkannt ist. Nun ist der Liberal-Islamische Bund weder auf dem Weg dahin, hat auch nicht den Anspruch, noch wird er das wahrscheinlich je sein. Wie soll der Staat also mit diesem Konflikt umgehen, einerseits Ihre Forderung umzusetzen, die ja durchaus vernünftig erscheint, die Vielfalt des muslimischen Spektrums mit einzubeziehen, und andererseits nicht Maßstäbe anzuwenden, die den Verfahrensweisen und den normativen Prämissen des Rechtsstaats, nämlich Neutralität und Gleichbehandlung, zuwiderlaufen?

Frau **Kaddor:** Der Liberal-Islamische Bund,

(Sachv. Marc Phillip Nogueira: Das ist nur ein Beispiel!)

sagten Sie gerade, wird nicht den Anspruch erheben, Religionsgemeinschaft sein zu wollen. Wie kommen Sie denn darauf?

(Sachv. Marc Phillip Nogueira: Das habe ich vermutet! Erklären Sie es doch!)

– Das ist nicht so. Zu unseren Grundsätzen gehört auch die Pflege der Religion. Das ist übrigens ein Bestandteil von Verbänden oder Vereinen, die mit der Religionspflege auch bestimmte Ansprüche erheben.

(Sachv. Marc Phillip Nogueira: Das war nur ein Beispiel!)

– Ich will es Ihnen ja nur erklären. Ich denke, diesen Anspruch haben wir schon. Allerdings sind uns die etablierten Verbände natürlich um Jahrzehnte voraus. Das darf man nicht vergessen. Der Zentralrat der Muslime oder die DITIB existieren seit 30 Jahren. Der Liberal-Islamische Bund ist ja nur eine kleine Pflanze, die letztes Jahr ins Leben gerufen wurde. Wir erheben zwar den Anspruch, wissen gleichzeitig aber auch, dass wir nicht so schnell mithalten können. Wir können Inhalte liefern, also das Know-how können wir bringen. Wir stellen nicht infrage, dass die vier Dachverbände da beteiligt werden müssen.

Ich meine, der Staat sollte auf die eingehen, die sich zur Mitarbeit anbieten. Wir haben ein öffentliches Interesse angezeigt, da mitsprechen zu wollen, den Islamunterricht mitgestalten zu wollen. Ich finde, es ist dann die Aufgabe der Politik, mit uns darüber zu reden, wie wir uns diese Teilnahme vorstellen. Es gibt da alle möglichen Optionen. Natürlich kann der Staat nicht sagen: Wir würden gerne mit der Ahmadiyya-Gemeinde und mit dem Liberal-Islamischen Bund sprechen, aber nicht mit der DITIB. Das kann der Staat nicht machen. Aber ich finde, was der Staat oder die Politiker machen können, ist, wenn ein Interesse seitens des Vereins angezeigt wird, zumindest einmal darüber zu sprechen, wie man sich diese Teilhabe vorstellt.

Das passiert übrigens gerade in NRW. Es gab die Initiative des Liberal-Islamischen Bundes. Es gibt ferner den Verein Demokratisch-Europäischer Muslime. Diese beiden Vereine haben einen offenen Brief an die Landesregierung geschickt mit der Forderung, dass wir am Religionsunterricht teilhaben wollen, weil das uns wirklich ein Anliegen ist. Es wurde darauf geantwortet. Es gibt demnächst Gesprächstermine mit der Schulministerin.

Wohin das laufen wird, weiß ich nicht. Aber ich glaube, es ist zumindest richtig, dass man einmal mit uns redet. Was dabei unterm Strich herauskommt – ich will da jetzt gar nicht besonders illusorisch klingen –: Schauen wir mal.

Abg. **Barbara Cárdenas**: Frau Kaddor, ich habe zwei Fragen.

Erstens. Sie haben erzählt, dass Sie bei Ihrer Tochter sehr früh Wert auf interkulturellen Kontakt,

(Frau Kaddor: Interreligiösen!)

interreligiösen Kontakt gelegt haben. Das habe ich bei meinen Kindern auch getan. Die Frage ist für mich: Ist das auch eine Frage der Bildung oder des sozialen Status? Wie erleben Sie das bei den 15 % deutscher Eltern, die Sie dort an der Schule haben? Wird das auch von denen gelebt? Wie ist das inzwischen in NRW? Wie hat sich das entwickelt?

Zweitens. Sie haben von der Religionsmündigkeit gesprochen. Ich habe unter Religionsmündigkeit immer auch verstanden, dass man sich ab dem Alter von 14 Jahren abmelden kann. Was heißt das für die Muslime? Ist das überhaupt ein Thema? Ist das in der islamischen Religionswissenschaft ein Thema? Dass würde mich interessieren.

Frau **Kaddor**: Sie meinen die Apostasie, quasi das Ablegen des Islams?

Abg. **Barbara Cárdenas**: Oder auch die Bereitschaft, überhaupt zu sagen: Ich will jetzt nicht mehr an dem Unterricht teilnehmen, ich kann mich zwar weiter als Muslim fühlen, aber ich nehme einfach nicht mehr an der Unterweisung teil, ich habe als 14-Jähriger das Recht, das zu entscheiden.

Frau **Kaddor**: Das betrifft übrigens auch jetzt schon die Islamkunde. Unter 14 Jahren müssen die Eltern ihre Kinder schriftlich an- oder abmelden, ab 14 Jahren gilt für die Islamkunde, wie für jeden anderen Religionsunterricht auch – –

(Abg. Barbara Cárdenas: Passiert es?)

– Weil jemand sagt: „Ich fühle mich dieser Lehre nicht mehr verbunden“, oder weil er sagt: „Ich habe kein Interesse“?

(Abg. Barbara Cárdenas: Keine Lust mehr!)

– Nein. Aber es passiert z. B., weil jemand sagt: „Ich komme mit Ihnen als Lehrerin nicht klar.“ Das passiert auch mal. Ich sagte ja, es gab zwei Fälle meiner Schüler. Einer hat sich abgemeldet, weil er sagte, er komme damit nicht klar, dass ich vermittele, dass der Islam Andersgläubigen doch sehr tolerant gegenübersteht. Der kam mit dieser Haltung im Islam nicht klar, und der hat sich dann abgemeldet. Natürlich darf er das. Ich bin froh, ehrlich gesagt, wenn so jemand geht. Wenn jemand nicht will, will er nicht. Ich kann doch niemanden zwingen.

(Sachv. Birgit Simon: Außerdem kann man sich ja ab 14 ohne Eltern abmelden!)

– Ja, ohne Eltern. Er war in der 10. Klasse und hat das selbst gemacht.

An solchen Schulen ist schwerlich zu erwarten, dass ein großes Interesse für den anderen besteht. Ich merke auch, dass das Interesse der Eltern selber sowohl aufseiten der Muslime als auch aufseiten der nicht muslimischen Deutschen relativ gering ist, was das Miteinander betrifft. Aber ich muss Ihnen auch sagen, dass das insgesamt für das Interesse an solchen Schulen gilt. Da bin ich wahrscheinlich zu illusorisch oder zu naiv herangegangen. Ich bin mit Abstand die jüngste Kollegin in diesem Kollegium. Andere unterrichten seit 30 Jahren an dieser Hauptschule. Das ist eine ganz verfahrenere Situation.

Ich habe immer gedacht, an solchen Schulen muss man eine große Kenntnis des kulturellen und religiösen Hintergrunds der Schüler haben. Genau das Gegenteil ist der Fall. Wir hatten vor Kurzem das Opferfest. Es gab eine einzige Kollegin aus dem gesamten Kollegium, die es geschafft hat, mir zu gratulieren. Ich habe mich nach neun Jahren daran gewöhnt, aber es ist schon irgendwie merkwürdig. Es bestätigt letztlich das, was ich vorher an Erfahrungen in meiner eigenen Schullaufzeit gemacht habe: dass es niemand interessiert. Ein bisschen ist es an dieser Schule auch so. Das zeigt auch: Das soziokulturelle Umfeld, das soziale Umfeld ist hauptsächlich dafür verantwortlich.

Vorsitzender: Weitere Wortmeldungen sehe ich nicht. – Ich bedanke mich sehr.

Jetzt ist Herr Bahnners an der Reihe. Herzlichen Dank für die Geduld, die Sie bis jetzt gehabt haben.

Herr **Bahnners:** Meine Damen und Herren! Vielen Dank für die Einladung, hier zu Ihnen zu sprechen. Mein Name ist Patrick Bahnners. Ich arbeite in der Feuilleton-Redaktion der „Frankfurter Allgemeinen Zeitung“ und habe in diesem Jahr ein Buch veröffentlicht über die Diskussion über den Islam in Deutschland: Vorstellungen, Klischees, Legenden, die über den Islam in Deutschland in Umlauf sind. Ich habe mich in diesem Zusammenhang übrigens auch mit der jetzt schon mehrfach hier erwähnten Studie von Prof. Pfeiffer beschäftigt und schreibe auch gelegentlich in unserer Zeitung Artikel aus staatsbürgerlicher Sicht zu Themen der Religionsfreiheit und Religionspolitik.

Ich möchte Ihnen nun einige Überlegungen vortragen hauptsächlich zu den Begriffen Religion und Kultur und ihrem Verhältnis zur Politik. Ich orientiere mich also vor allem an der ersten Frage des Fragenkatalogs, um dann hinzuführen zur sechsten Frage, welche Bedeutung man einem islamischen Religionsunterricht zuschreiben könnte.

Kultur und Religion, Totensorge und Götterverehrung dienen der Pflege der immateriellen Daseinsgrundlagen des Menschen. So gesehen ist die Religion ein Urphänomen der Kultur. Religionen haben kulturelle Voraussetzungen und kulturelle Wirkungen. Aber eine bestimmte Religion geht weder in ihren erschlossenen Bedingungen restlos auf noch in ihren behaupteten Folgen. Das Judentum etwa ist nicht nur die Religion eines Hirtenvolkes, die dann in einer urbanen Zivilisation von vornherein ein Anachronismus wäre. Nehmen wir die klassische wissenschaftliche Hypothese über kulturelle Wirkungen religiöser Überzeugungen, Max Webers Untersuchung über den Zusammenhang von protestantischem Geist und Kapitalismus, dann ist nach Weber das Streben nach innerweltlicher, auch materieller Belohnung eine ungewollte Nebenfolge der Gnadenlehre Johannes Calvins und nicht etwa der direkt abzuleitende geheime Hauptsatz des calvinis-

tischen Bekenntnisses. Es liegt aber viel näher und ist eine große Verlockung, dieses Verhältnis von Religion und Kultur in Formeln zu bringen.

Hier muss ich nun doch einschieben, dass das vermeintliche Ergebnis der Studie des Kriminologischen Forschungsinstituts Niedersachsen und insbesondere die populäre Verbreitung dieses Ergebnisses auch von Journalistenkollegen in vielen Zeitungen mir im Gesamtzusammenhang unseres Themas eher als ein Beispiel für einen modernen populärwissenschaftlichen Aberglauben über den direkten Zusammenhang bestimmter Verhaltensweisen und bestimmter hintergrundreligiöser Überzeugungen erscheint. Darüber, wie ich das sehe, gebe ich gerne noch bei Interesse Auskunft.

Der Historiker Jacob Burckhardt hat Religion und Kultur als weltgeschichtliche Potenzen unterschieden und gegeneinandergestellt: die Sphäre der Bindungen des Ewigen einerseits und das Reich des Spieltriebs des freien Geistes andererseits. Das metaphysische Bedürfnis des religiösen Menschen richtet sich auf die letzten Dinge und den Sinn von allem überhaupt. Als Kulturwesen hingegen lebt der Mensch nach Burckhardts schöner Formulierung in der „Welt des Beweglichen, Freien, nicht notwendig Universalen“. Wo die Religion den Gläubigen auf das Reine und Heilige hinlenkt und ihm eine ein für alle Mal verbindliche Entscheidung abverlangt, kann sie zur kulturfeindlichen Macht werden. Denn im Namen der Wahrheit kritisiert sie die Konventionen. Wenn es um Heil oder Unheil geht, werden die Sicherheiten der Alltagsmoral dubios. So bereitete Jesus seine Jünger darauf vor, dass sie sich um des Himmelreiches willen von ihren Familien loszusagen hätten.

Andererseits sind die religiösen Überlieferungen ein Reservoir der kulturellen Fantasie. Das Buch Exodus ist die Urgeschichte aller Befreiungsbewegungen. Die großen Kulturprobleme – Fragen wie „Hat die Menschheit Pflichten gegenüber der Natur?“ oder „Kommt es im Handeln auf die gute Absicht an oder auf das positive Ergebnis?“ – haben Antworten der Religion hervorgerufen. In den großen Religionen sind diese Antworten vielfältig und widersprüchlich ausgefallen. Kulturelle Auseinandersetzungen werden auf dem Boden der einzelnen Religionen ausgetragen, im Streit von Ordensgemeinschaften etwa oder Rechtsschulen.

Der interreligiöse Dialog tritt hinzu zum Dialog innerhalb der einzelnen Religionen, der schon stattfindet, solange es diese Religionen gibt. Der interreligiöse Dialog setzt sogar voraus, dass innerhalb der Grenzen einer Religionsgemeinschaft Streitgespräche geführt werden, die dann durch die Konfrontation mit einer fremden Religion neue Nahrung erhalten können.

Heute ist die Vorstellung verbreitet, Religionen oder die historisch von bestimmten Religionen geprägten Weltregionen träten einander in kultureller Panzerung gegenüber. Man spricht wieder vom Abendland, nennt dieses eine Wertegemeinschaft und malt sich aus, dass im Morgenland ganz andere Werte gelten. Diese Idee der geschlossenen und homogenen Wertewelten halte ich für irrig. Sie ist doppelt falsch, sowohl was das Innere der Religionen oder Gesellschaften betrifft als auch in Bezug auf deren Verhältnis untereinander.

Die entscheidenden Wertkonflikte finden unter denjenigen statt, die dieselben Texte oder Traditionen als verbindlich anerkennen. Frau Kaddor hat uns gerade sehr lebendig geschildert, wie man in solchen Konflikten sehr produktiv agieren kann. Beispiele: Kann man die Abtreibungsfreiheit aus der Heiligen Schrift rechtfertigen oder nicht oder den Kriegsdienst vor dem Beispiel Buddhas, des Erleuchteten? Die gemeinsame Grundlage macht solche Konflikte brisant und kann sie produktiv machen.

Wenn es den intrareligiösen Dissens nicht gäbe, wäre der interreligiöse Dialog sinnlos. Ein Austausch kommt nur in Gang, wenn die Teilnehmer auf der jeweils anderen Seite Anknüpfungspunkte finden und eigene Positionen wiedererkennen. Eigentümlich vertraut im fremden Kontext wirken dabei nicht nur ethische Argumente und theologische Denkfiguren, sondern auch Formen der spirituellen Praxis im weiten Spektrum der ingeniösen Kompromisse zwischen dem In-der-Welt-Sein und dem Sich-aus-der-Welt-Herausdenken, die mit den Chiffren Askese und Mystik bezeichnet werden und in vielen, vielleicht in allen großen Religionen angetroffen werden können.

Man hat im Anatolien unserer Zeit unter den Stammwählern der Partei des Ministerpräsidenten Erdoğan einen islamischen Puritanismus entdeckt, und man wird irgendwo in unseren Breiten gewiss auch einen christlichen Sufismus finden können.

Die Doktrin vom Kampf der Kulturen ist Propaganda, die den Konflikt herbeiredet, über den sie zu informieren vorgibt. Gerade das Diffuse am Kulturbegriff macht ihn als Waffe geeignet. Alles ist Kultur. Mit Kultur kann alles erklärt werden, und auch das gesunkene Kulturgut speziellerer kulturwissenschaftlicher Begriffe eignet sich für trügerische Generalerklärungen mit ideologischer Stoßrichtung. So der Begriff der Mentalität, der ursprünglich aus der französischen Geschichtswissenschaft stammt, aber heute auch von Fußballtrainern als Synonym für die Einstellung ihrer Mannschaft verwendet wird.

Mathias Döpfner, der Chef des Axel-Springer-Konzerns, ist unlängst mit einem Essay über die Herausforderung des Abendlands durch den Islamismus hervorgetreten. Döpfner warnt vor den Illusionen des kulturdiplomatischen Dialogbetriebs. Im Kampf gegen den islamischen Terrorismus gebe es keine Alternative zu letzter Entschlossenheit. Er schreibt: „Wir haben es mit einer anderen Kultur, mit einer anderen Mentalität, mit einem anderen Werterahmen zu tun.“ Der Zusammenhang legt nahe, dass Döpfner an dieser Stelle mit dem versiegelten, für Signale des guten Willens nicht durchlässigen mentalen Raum die engere Lebenswelt der Terroristen meint, die sich unter das Gesetz des Todes gestellt und mit dem Leben abgeschlossen haben.

Aber möchten wir das Syndrom der fixen Ideen einer Mörderbande ernsthaft zur Kultur nobilitieren? Nein, in diesem Satz von Döpfner schwingt eben doch etwas anderes mit. Im Resonanzraum unserer deutschen Islamdebatte klingt es wahrscheinlicher, dass Döpfner eben doch im islamischen Terrorismus die Erblast einer in Jahrhunderten herausgebildeten Mentalität sehen möchte.

Die Mentalität, die Geisteskultur der modernen französischen Kulturgeschichte stellt nun aber Jacob Burckhardts Welt des Beweglichen und Freien auf den Kopf, ist der Inbegriff des Unbeweglichen und Unfreien. Wenn man einmal festgestellt hat, dass das eine Mentalität ist, dann ist diese mit noch so vielen Trainingsstunden nicht aus den Köpfen und Beinen herauszubekommen.

Islamkritische Publizisten kultivieren eine Rhetorik des republikanischen Aktivismus. Jeder kann sich an seinem eigenen Schopf packen und zum Musterbürger und dabei vielleicht noch reich werden. Unter dieser Oberfläche verbirgt sich bei den Islamkritikern aber eine kulturpessimistische Grundstimmung, die Angst vor der toten Hand einer Religion, die längst ausgestorben sein müsste in einem Zeitalter des Fortschritts. Islamkritiker wännen sich umzingelt von Muslimen, die noch im Mittelalter leben und perverserweise dort auch leben bleiben wollen. Antisoziales Verhalten von Migranten aus muslimischen Ländern wird dann als Fernwirkung einer total gedachten islamischen Kultur erklärt, die auch bei Personen durchschlagen soll, die sich von der Religion abgewandt haben.

Nun mag man über die Verinnerlichung von Normen und die Vererbung moralischer Dispositionen seriös spekulieren. Aber die dogmatischen Eigenheiten des Islams, die als Programm einer pervertierten Erziehung des Menschengeschlechts, einer Konditionierung zur Gewalt hingestellt werden, sind in Wahrheit kein islamisches Sondergut, sondern monotheistische Gemeinplätze. Also wenn behauptet wird, auch bei dem aus der Türkei eingewanderten Vater, der, obwohl er ein kemalistischer Atheist ist, seine Frau und seine Tochter schlägt, schlägt die islamische Kultur durch, dann ist für mich die Frage, wie man sich da die Abhilfe und Prävention eigentlich vorzustellen hat, wenn der Islam das Problem ist. Denn zumindest diesem Delinquenten kann man den Islam nicht weiter ausreden, wenn er schon Atheist geworden ist.

(Heiterkeit)

Außerdem ist die theologische Ursünde dieses gewalttätigen Islams dann doch eine solche, der sich andere Religionen auch schuldig gemacht haben. Als bedenklich wird dann beschrieben, dass Allah als allmächtig gedacht wird und seinen Willen durch Gesetze kundtut. Aber das Gleiche tut der insoweit auf jeden Fall mit ihm identische Gott der Christen und Juden ja auch.

Die viel beredete Rückkehr der Religion ist vielleicht nur eine romantische Einbildung von Intellektuellen oder sogar nur eine Erfindung des Feuilletons.

Im Sinne Ihrer vierten Frage möchte ich aber doch bemerken: Messbar ist tatsächlich das Komplementärphänomen: die Rückkehr der Religionskritik, die in Deutschland schon einmal bis zur Katastrophe von 1945 erheblichen Einfluss in der bürgerlichen Öffentlichkeit hatte. Von dieser Seite wird dem Staat heute angesonnen, seine Säkularität neu zu definieren. Der säkulare Staat neuen Typs soll sich nicht mehr aus den Religionsdingen heraushalten, sondern eine säkularisierende aktive Religionspolitik treiben.

Dieser Staat ist bei Jacob Burckhardt die dritte weltgeschichtliche Potenz. Die politische Pointe von Burckhardts geschichtstheoretischer Schematik ist eine liberale: die relative Autonomie von Politik, Religion und Kultur. Es ist ein Gebot, finde ich, einer über sich selbst aufgeklärten Staatsräson, dass Kultur und Religion keine staatlichen Veranstaltungen sein dürfen.

Hier, glaube ich, deutet sich die Problematik einer Staatsaufgabe Integration an, jener Aufgabe, der sich Ihre Kommission verschrieben hat in dem Sinne, dass Sie die begrifflichen Grundlagen erarbeiten wollen. Ich verstehe durchaus, dass hier am heutigen Vormittag in den Diskussionen mit den anderen Sachverständigen in sehr geläufiger Weise von Integrationsproblemen und -aufgaben die Rede ist, aber habe sie auch so verstanden, dass dieses ausdrückliche Thematisieren der Begrifflichkeit auch dazu dient, Grenzen zu ziehen, vielleicht auch die berühmten Grenzen der Wirksamkeit des Staates, wo der Staat sich nicht zu viel vornehmen darf und seine eigene Rolle in der gesellschaftlichen Arbeitsteilung sehen muss.

Vor 140 Jahren hat der Staat in Deutschland schon einmal einen Kampf der Kulturen geführt, hat Partei im Streit der Religionen ergriffen. Ausdrücklich „Kulturkampf“ hieß die Bekämpfung der katholischen Kirche, die man als eine geschworene Feindin der modernen Kultur ansprach in einem Bündnis von preußischem Staatskonservatismus und bildungsbürgerlichem Liberalismus. Die Katholiken wurden als Reichsfeinde ausgegrenzt, und dann sollten sie mit volkspädagogischen Zwangsmaßnahmen wieder in den Rechts- und Nationalstaat integriert werden.

Ein Unterschied zu der Situation, die heute ideologienpolitisch mit dem Islam gegeben ist, besteht darin, dass man bei der katholischen Kirche tatsächlich eine ausdrückliche Verwerfung der liberalen Grundlagen des modernen Staates als fixe Glaubenspflicht hatte, die von der höchsten zuständigen Instanz formuliert worden war. Insofern hatte der preußische Staat es tatsächlich in gewissem Sinne bei der katholischen Kirche mit einer geschworenen Gegnerin zu tun, weil die Päpste und das Erste Vatikanische Konzil es zur Glaubenspflicht gemacht hatten, nicht an die Menschenrechte zu glauben, sondern diese für eine teuflische Idee zu halten. Insofern war, was das Normative angeht, die damalige Situation mit der katholischen Kirche dramatischer als die heutige Situation mit dem Islam.

Die Lektion des Kulturkampfes lautet: Eine Einschränkung der Religionsfreiheit ist ein untaugliches Mittel, um Zweifler für die Freiheit zu gewinnen. Die katholische Kirche klärte ihr Verhältnis zur säkularen Umwelt, sie revidierte diese ultramontanen Lehren in einem Prozess der Selbstaufklärung, begünstigt – das kann man wohl als Deutscher mit einem gewissen patriotischen Stolz mit Blick auf die Weltkirche feststellen – durch deutsche Verhältnisse rechtlicher und politischer Integration, durch die Theologie an der Universität, durch den Religionsunterricht in der Schule und auch durch die permanente Auseinandersetzung im öffentlichen Meinungsstreit, wie deutsche Katholiken sie führen mussten.

Zu einer analogen Entwicklung könnte – das glaube ich schon – der muslimische Religionsunterricht beitragen. Aber solche Effekte, die man dann als aufklärerische oder liberalisierende Effekte umschreibt, können meiner Meinung nach nicht der Grund und der ausdrückliche Zweck der Einführung dieses Religionsunterrichts sein, weil der Staat nun einmal einer Religion den Gang ihrer Evolution nicht diktieren darf, aber auch nicht diktieren kann. Die Theologie lässt sich nicht programmieren und der kulturelle Wandel, den eine theologische Denkbewegung befördern kann, erst recht nicht. Religionsunterricht als ein von vornherein nur verbrämter Staatsbürgerkundeunterricht, der dann an schnellen Integrationseffekten gemessen werden will, würde der Integration schaden.

Nach meiner Überzeugung ist der muslimische Religionsunterricht zunächst einmal ein Grundrecht der muslimischen Schüler und Eltern und dann auch in der politischen Bedeutung ein Symbol der Gleichbehandlung der muslimischen Religion. Der Staat muss die Unabhängigkeit von Religion und Kultur achten und auch, so meine ich, diese Unabhängigkeit in dem Burckhardt'schen Sinne voneinander, dass man eben Kultur und Religion nicht aufeinander reduzieren kann.

Das bedeutet, dass Religion nicht für sozial verträgliche kulturelle Zwecke funktionalisiert werden kann, dass sie ein Fremdkörper und erratisch bleibt. Gerade darin sehe ich aber für die Schule den pädagogischen Witz und mit Blick auf unsere Verfassung auch den politischen Sinn des Religionsunterrichts. Er kann eben doch nicht einfach ersetzt werden durch einen allgemeinen Kulturunterricht. Kulturfragen werden im Religionsunterricht noch einmal behandelt und dann an den religiösen Traditionen geprüft, die umgekehrt dann aber auch einbezogen werden in die kulturell-gesellschaftlichen Debatten unserer Zeit.

Es wird gelegentlich ein Konflikt beschworen zwischen einem allmächtigen göttlichen Gesetzgeber und dem Verfassungsgeber, dem säkularen Gesetzgeber. Dem Umstand, dass es, wie ich glaube, für jede monotheistische Religion diese Spannung gibt, kann man auch etwas Positives im rechtsstaatlichen Sinne abgewinnen. Denn dieser Rechtsstaat will ja gerade kein totaler Staat sein, der seinen Bürgern auch den Glauben und die Werte selbst vorgeben würde.

Meine Damen und Herren, Sie kennen das Sprichwort, das erste Opfer des Krieges sei die Wahrheit. Mir scheint manchmal, das erste Opfer des Kulturkriegs ist das Niveau, das Bildungsniveau. Es werden Klischees in Umlauf gesetzt über die Kulturen und die Religionen, und mit dieser Verbreitung von Klischees ist dann leider auch immer verbunden eine Simplifizierung des eigenen Weltbildes und insofern der eigenen Kultur, für die man doch gerade in die Schlacht zieht.

So gibt es geistesgeschichtliche Gemeinplätze über den Islam, die sich in unserer Öffentlichkeit zu einer Legende verdichtet haben: der Islam habe keine Reformation erlebt, er habe keine Aufklärung gehabt usw. Wir wissen natürlich alle, an welche historischen Tatsachen diese Gemeinplätze sich anschließen, die dann in der Tat auch die Islamwissenschaft und die Geschichtswissenschaften beschäftigen. Aber in dieser Formelhaftigkeit – Muslime werden Ihnen bestätigen, dass sie sich auch auf dem Schulhof mit solchen Aussagen konfrontiert sehen: „Du kommst ja aus einer Religion, die keine Aufklärung hatte“; was ist das für ein Aufklärungsniveau, das aus einem solchen Anwurf spricht?! – kommen dann die Erscheinungen, die man vergleichen kann, die man aufklärerisch nennen kann, die Äquivalente der Reformation sind – das Aufklärerische des Monotheismus als solchem gegenüber dem Polytheismus und dem Aberglauben –, erst gar nicht in den Blick, und es ereignet sich auch diese Simplifizierung des eigenen Selbstbildes, sodass dann das Christentum so dargestellt wird, als sei sein Zweck von vornherein die Säkularisierung der kulturellen Umwelt gewesen.

Die Aufklärung – so eine verbreitete Vorstellung – gibt es doch hierzulande im Sinne der Trennung von Staat und Kirche schon seit dem Investiturstreit des 11. Jahrhunderts. Das ist sozusagen eine christlich-liberale Meinung. Umgekehrt lautet die antichristlich-liberale Meinung: Die Aufklärung musste mit Gewalt gegen die Kirche durchgesetzt werden. Mir scheint, für den historischen Befund liegen die Dinge komplizierter, aber sie liegen eben auch da komplizierter, wo heute Religionen aufeinandertreffen und aus diesem Aufeinandertreffen von Religionen unberechenbare kulturelle Effekte folgen.

Beweglichkeit und Freiheit gehen verloren, wenn die kulturkämpferischen Formeln das große Wort im öffentlichen Diskurs werden. Beweglichkeit und Freiheit wiederherzustellen, das wäre meiner Meinung nach unter anderem auch eine Aufgabe des Religionsunterrichts, egal welcher Konfession. – Vielen Dank.

Vorsitzender: Herzlichen Dank. – Keine Wortmeldungen? – Es war alles klar. Wem nicht, der kann es ja nachlesen. – Bitte schön.

Abg. **Mürvet Öztürk:** Es war vieles klar von dem, was Sie quasi als Botschaft gesendet haben. Aber an einem Gedanken bin ich hängengeblieben, nämlich dass Sie zum Schluss gesagt haben, dass dem Islam die aufklärerische Phase abgesprochen wird. Da Sie auch Historiker sind und ich hoffe, dass Sie sich auch ein bisschen mit vergleichender Geschichtswissenschaft beschäftigen, frage ich Sie: Würden Sie dem Islam in der Historie doch eine aufklärerische Phase zugestehen, und wenn ja, welche? Ist es die klassische Phase in Andalusien, oder wie würden Sie als Historiker die aufklärerische Phase des Islam benennen?

Herr **Bahners:** Ich würde grundsätzlich religionswissenschaftlich festhalten, dass der Monotheismus und die für die ganze antike religiöse Welt typischen Bewegungen einer monotheistischen Reinigung des vorgefundenen Polytheismus, vorgefundener synkre-

tistischer kultureller Glaubenswelten, dass schon diese Urbewegung des Islam in genau dem Sinne aufklärerisch ist, wie das von der Religionswissenschaft und von der christlichen Theologie selber in Anspruch genommen wird für den jüdischen und den christlichen Monotheismus. Ein ganz zentraler Gedanke in der Theologie unseres Papstes und damit auch in seiner Welterklärung ist, dass es dieses Bündnis zwischen der Philosophie und der jüdischen Religion gegeben habe, und er hebt ganz entscheidend auf das Vernunftmäßige dieses monotheistischen Grundansatzes ab.

Ich bin kein Islamwissenschaftler und auch kein Islamhistoriker, aber alles, was ich über die frühe und klassische Geschichte des Islam gelesen habe, bietet eine Vielzahl von Anknüpfungspunkten dafür, dass es diese nicht nur jenseits der rein formalen, quasi mathematischen Frage des reinen Monotheismus, sondern auch in der Art von Offenbarung, die dann ergeht, die Art von Pflichten auch der Beschäftigung mit dieser Offenbarung, der Tradierung der Offenbarung, auch schon früh der auslegenden Aktualisierung der Offenbarung – – Da würde ich doch eine aufklärerische Linie ziehen, die, wie ich das sehe, von der modernen liberalen Theologie, etwa von Prof. Özsoy in Frankfurt, fortgesetzt wird.

Ich würde – vielleicht ein etwas heiklerer Gedanke – auch in der modernen islamischen Geistesgeschichte, in der Bewegung der islamischen Reformtheologie und der Rückbesinnung auf die islamischen Quellen um 1900 glauben, dass man mit solchen Vergleichen zur Bibelkritik und zur Reinigung der christlichen Offenbarung und Überlieferung, wie das im 18. Jahrhundert die große innerchristliche Linie der Aufklärung war, oder auch rückgreifend auf die Reformation – – Wenn man sich ansieht, dass für die ersten islamischen Reformen ein ganz entscheidendes Motiv die Reinigung von Überwucherungen, von Volksreligiosität, wie die das gesehen haben, war: Da gibt es, würde ich sagen, eben auch reformatorische Ansätze, und als intellektuelle Bewegung gab es auch schon eine Reformation. Das ist der etwas heiklere Gedanke, weil man die Janusköpfigkeit dieser islamischen Reformtheologie kennt. Aus ihr gingen liberale Ansätze hervor, aber das, was wir als Islamismus bezeichnen, ist ja auch eine Folge und ein Weiterdenken dieser Ansätze. Aber das würde für mich zu einem realistischen intellektuellen Bild des Islam dazugehören. Die rigoristischen Momente und die Momente eines Rückgangs auf eine ferne Vergangenheit kennen wir ja auch, sowohl aus der Reformation als auch aus dem katholischen Modernismus. Auch da gibt es rigoristische, geradezu fanatische Züge. Insofern muss man sich nicht scheuen, in einem zunächst typologischen Sinne diese aufgeklärten intellektuellen Züge auch in den Quellen des Islamismus zur Kenntnis zu nehmen.

Sachv. Prof. **Dr. Frank-Olaf Radtke**: Herr Bahners, ich will mir jetzt nicht Gedanken über den Islam und seine Reformfähigkeit machen, sondern ich möchte Sie fragen: Wie erklären Sie die hohe Abnahmebereitschaft oder Aufnahmebereitschaft für die kulturpessimistischen und kulturkämpferischen Angebote, die ja nicht zuletzt in der Zeitung, für die Sie arbeiten, immer wieder gerne publiziert werden? Wie würden Sie erklären, dass es offenbar gerade in dem, was man früher das Bürgertum genannt hat, diese hohe Abnahmebereitschaft dafür gibt?

Und eine kleine Anschlussfrage: Halten Sie das für organisationsfähig? Kann man davon ausgehen, dass diese Abnahmebereitschaft auch irgendwann in Form einer Organisation auftreten könnte?

Herr **Bahners**: Bei der zweiten Frage bin ich zunächst einmal versucht, zu sagen: Insofern sich diese Kulturkämpfer parteimäßig organisieren wollen, gibt es in anderen europäischen Ländern und in fast allen unseren Nachbarstaaten, auch uns kulturell ganz nahen, auch stark protestantisch geprägten Nachbarstaaten, solche Parteien schon. Ich wüsste nun keine deutschen Besonderheiten, warum wir dagegen gefeit sein sollten.

Andererseits ist das Problem dieses Kulturpessimismus: Er agiert dann sehr alarmistisch. Er agiert dann gerne auch mit Uhren, die schon auf kurz vor zwölf stehen, und sagt: Wir müssen jetzt etwas tun. – Aber er agiert im Grunde in einem ganz illusionären Zeitschema. Es stellt sich dann schnell heraus: Es ist eben doch noch nicht 12 Uhr gewesen. Oder denken Sie an den Vergleich mit 1933, den Alice Schwarzer in diesem Zusammenhang schon vor vielen Jahren bemüht hat. Dieser Alarmismus hat zwar eine sehr hohe Dringlichkeit, aber ich würde – vielleicht ist das zu optimistisch gedacht – meinen, er kann in Organisation und Aktivität eigentlich unter den eigenen Prämissen doch nicht so gut übersetzt werden, zumal dann, wenn diese pessimistischen Impulse wirklich explizit gemacht werden. Denn Pessimisten, die tatsächlich meinen, sich in einem welthistorischen Verfallsprozess zu befinden und jetzt die Beobachter zu sein, die in der letzten Phase die Sache auf den Begriff bringen und die Diagnose vorlegen, die dann für die naiven Leute, die Illusionisten sehr kränkend ist, müssten dann von ihrem eigenen, sehr reflektierten bildungsbürgerlichen Selbstverständnis her ein *Sacrificium intellectus* begehen, um zu sagen: Jetzt gründen wir wieder eine Partei der Jungdeutschen. – Denn woher soll diese jungdeutsche Kraft kommen unter unseren heutigen aufgeklärten Bedingungen? Aber es hat sich schon so viel wiederholt aus der Situation der geistespolitischen Kämpfe der Zeit des deutschen Kaiserreichs. Warum soll es nicht auch wieder eine jungdeutsche und junggermanische Bewegung geben? Die rechtsintellektuellen Ideen dafür gibt es ja schon. Aber denen fehlt nun doch die Breitenwirkung.

Jetzt zu Ihrer ersten Frage: Woran liegt es? Eine Vermutung von mir – das habe ich angedeutet – ist, dass wir eine Zunahme von Religionskritik und von Religionsdistanz sehen, die durchaus selbstbewusst auftritt, die intellektuell sich ihrer Sache sicher ist und die in dieser friedlichen, entspannten Sphäre der Kultur wenig Toleranz aufbringt, bei Spielen mitzumachen, die man für reine Charaden hält. Ganz typisch finde ich die Äußerung der Schriftstellerin Monika Maron, sie wolle vom Islam nicht „behelligt“ werden. Damit meint sie nicht, dass Muslime bei ihr in Berlin an der Tür klingeln wie die Zeugen Jehovas und fragen: „Haben Sie schon den Koran gelesen?“ Nein, sie meint, dass die Muslime sie schon behelligen, indem sie hier in Deutschland leben und vielleicht mit Kopftuch auf der Straße herumlaufen und allerdings auch in den Zeitungen über sie geschrieben wird. Ohne jetzt Frau Maron zu nahe zu treten: Das erscheint mir schon recht typisch als Aussage für eine bürgerliche Fremdheit oder Unmusikalität gegenüber einer Religion, die man in Deutschland sozial und auch geografisch und historisch doch ganz gut einordnen kann, wo man aber auch realistisch sagen muss: Die ist ja schon einmal viel stärker gewesen. – Die anwesenden Gelehrten könnten mich da sicher ganz wunderbar spezifisch belehren über den Stand der Säkularisierungsdebatte. Man hat jetzt eher im Ohr: Das alles ist von den Soziologen etwas überschätzt worden, und die Säkularisierung ist nicht eingetreten. – Aber wie beharrlich aus der Lebenswelt des Kulturbürgertums heraus über 200 Jahre der Untergang der Religion vorausgesagt wurde, sagt auch etwas über dieses Bürgertum aus. Nach 1945 gab es durch den Schock der Katastrophe eine Umstellung des Vokabulars, und jetzt kehrt, glaube ich, diese in gewissem Sinne fast natürliche bürgerliche Religionsfremdheit – jedenfalls in Teilen des Bürgertums – wieder. An Sarrazins Einlassungen zur katholischen Moral, zum Papst usw. könnte man das als Fallstudie in der – entschuldigen Sie – linksbürgerlich sozialdemokratischen Variante ganz witzig, glaube ich, illustrieren.

Vorsitzender: Ich habe eine Wortmeldung von den Sachverständigen, aber wir haben hier die Spielregel, dass wir nur unter den Abgeordneten diskutieren wollen. Aber Sie haben ja dann die Gelegenheit, im Rahmen Ihres Statements das einzubringen.

Gibt es weitere Wortmeldungen? – Das ist nicht der Fall. Dann bedanke ich mich sehr herzlich.

Jetzt darf ich Ihnen das Wort geben, Herr Dr. Löffler. Sie haben uns mit einem ausführlichen Exposé eingestimmt. Herzlichen Dank! Wir bitten alle vorab um eine schriftliche Unterlage. Einer ist der Bitte nachgekommen, und der muss am längsten warten. So geht es manchmal im Leben.

Herr **Dr. Löffler:** Sehr geehrter Herr Vorsitzender, meine sehr geehrten Damen und Herren Abgeordnete! Ich danke ganz herzlich, besonders der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, dass ich diese ehrenvolle Nominierung erhalten habe, und darf mich kurz vorstellen. Ich arbeite für die Herbert Quandt-Stiftung, die ihren Hauptsitz in Bad Homburg hat. Seit einiger Zeit leite ich das Berliner Büro, habe aber vorher 4 ½ Jahre den Dialog der Kulturen betreut – mit Schwerpunkten in Fragen der Schulen, von Migration und Medien und auch Moscheebaukonflikten – und fühle mich diesem Thema sehr verbunden.

Vielen Dank auch für die freundlichen Worte zu meinem Thesenpapier. Das ist in erster Linie für die Publikation gedacht. Ich werde jetzt extemporieren.

Sie haben eingeladen zum Themenblock „Kultur und Religion“, und auffälligerweise sprechen wir seit 4 ½ Stunden über den Islam. Wir sprechen über Imame, die importiert werden. Warum sprechen wir eigentlich nicht über polnische Priester, die importiert werden? Diese polnischen Priester sind bestimmt keine Hassprediger, aber sie stören in manchen Gemeinden den ökumenischen Dialog, weil sie aus einem monokulturellen, monoreligiös geprägten Land kommen. Warum sprechen wir nicht über charismatische afrikanische Gemeinden? Sind die gut integriert? Haben die ein demokratisches Bewusstsein? Wie sieht es aus mit dem Buddhismus? Wie sieht es aus mit orientalischen Christen, die z. B. in Augsburg schon verurteilt wurden, weil sie mafiöse Strukturen aufgebaut haben?

Was ist der Kern des Problems? Ich schließe da gerne an Herrn Bahners an. Wir haben anscheinend heutzutage einen aufgeladenen Religionsdiskurs, der meines Erachtens ein Zeichen einer Krise ist. Ich glaube, es ist auch ein typisch mitteleuropäisches Phänomen. Die Krise besteht darin, dass klassische religiöse Bindungen im Laufe der letzten 100 Jahre erodiert sind und dass sich die Gesellschaft verwandelt hat. Inwieweit man das als Säkularisierung bezeichnen kann, ist eine sehr spannende wissenschaftliche Frage. Säkularisierungstheoretiker wie der Historiker Hartmut Lehmann oder der Theologe Friedrich Wilhelm Graf sprechen von Wellenmodellen. Das halte ich auch für plausibel. Es ist sicherlich eine Welle, die nach unten geht, aber eine Welle, die immer wieder Ausschläge nach oben hat. Sie ist auch nicht immer völlig logisch. Zum Beispiel ging die religiöse Literaturproduktion der letzten 100 Jahre kontinuierlich nach oben. Das heißt, das Interesse an Religion ist durchaus vorhanden. Aber das schlägt sich nicht unbedingt, zumindest in christlichen Kirchen, in der religiösen Praxis nieder.

Jetzt wird der Islam entdeckt, und der stellt ein Problem dar. Ich stimme Herrn Bahners völlig zu, dass es Parallelen zum Kulturkampf im 19. Jahrhundert gibt. Ich glaube aber, dass hinter der aktuellen Diskussion das Problem von Modernisierungstheorien steht. Die

klassische linksliberale Modernisierungstheorie lautet, dass sich im Laufe der Modernisierung sozialer Fortschritt, wirtschaftlicher Fortschritt, technischer Fortschritt entwickeln und die Religion als eine *Quantité négligeable* zunehmend in den Privatbereich verabschieden. Das mag für gewisse Segmente der Gesellschaft und auch für bestimmte Länder zutreffen, aber es ist durchaus kein absehbarer Prozess, und Säkularisierung und Demokratie sind nicht unbedingt zwangsläufig miteinander verbunden. Das können wir in Europa in den verschiedenen Ländern sehr genau beobachten. Wir haben in Polen eine sehr starke katholische Kirche – die jetzt auch abnehmende Tendenzen hat – und trotzdem eine Demokratie. In Amerika haben wir eine klare Trennung von Staat und Kirche und gleichzeitig sehr aktive Kirchen. Man könnte das mit einer Vielzahl von Beispielen fortsetzen. Also wir haben eine Modernisierungstheorie, die davon ausgeht, dass Religion zunehmend Privatsache wird, und diese Theorie ist vermutlich falsch.

Religion hat immer zwei Seiten: die spirituelle Ebene, die privat ist, und die sozialetische Dimension, die in die Öffentlichkeit dringt. Wir haben ja hier auch eine Partei, die sich auf christliche Werte beruft und einerseits die katholische Soziallehre und andererseits die protestantische Sozialethik rezipiert hat. In Parteiprogrammen der anderen Parteien bestehen auch immer Bezugspunkte zum christlichen Erbe. Das müssen wir uns klarmachen. Wir werden in einem Moment getroffen, wo unsere Theorien vielleicht nicht mehr so richtig stimmen. – Das ist Punkt eins, den ich erwähnen möchte.

Punkt zwei. Wir sprechen hier über Hessen, und Hessen ist historisch schon immer ein Migrationsland gewesen, ein Einwanderungsland, aber auch ein Auswanderungsland. Ich war in einer früheren Tätigkeit bei der Kirche in Bad Karlshafen, 1699 gegründet als Hugenottenstadt, tätig. Wir haben in ganz Nordhessen das ländliche Refuge mit Waldensern und Hugenotten. Wir haben in Neu-Isenburg und in Friedrichsdorf bei Bad Homburg eine Hugenottenstadt. Wir haben hier in Wiesbaden, sozusagen als Elitentourismmigration, die russisch-orthodoxe Kirche, genauso in Bad Homburg. Es ist also gar kein singuläres Phänomen, mit dem wir uns beschäftigen. Die Frage, ob Religion förderlich oder behindernd ist, ob Religion vor Integration schützt oder gerade für Integration gut ist, kann man überhaupt nicht einlinig beantworten. Das hängt sehr stark von den äußeren Faktoren – gesellschaftlichen, politischen, nationalen Faktoren – ab.

Die Hugenotten – um sie als Beispiel zu nehmen – galten über Jahrhunderte – sehr problematisch dann im Dritten Reich – als das Musterbeispiel der Assimilation. Im Dritten Reich gibt es die Rhetorik, dass die Juden die „schlecht assimilierten“ Zuwanderer und die Hugenotten die „gut assimilierten“ Zuwanderer sind. Das ist natürlich Quatsch. Aber man kann sich einen Sachverhalt klarmachen: Es stimmt schon, dass die Hugenotten sich nach ungefähr 100 Jahren sehr stark assimiliert hatten. Woran liegt das? Sie kommen als Protestanten, als Calvinisten nach Hessen, Brandenburg, Baden, Südafrika, Skandinavien und finden dort Religionsgemeinschaften vor, an die sie sich akkulturieren können. Sie sind Flüchtlinge, die unter einem hohen politischen Druck stehen: Zwangskonversion oder Abgang in den Untergang, Auswanderung, Gefängnis, Tod. Irgendwann waren diese extremen Ströme, die man sehr gut historisch studieren kann, die über Frankfurt und Zürich liefen und wo der hessische Landgraf angeworben hat, nicht mehr vorhanden. Neue hugenottische Migranten rückten nicht mehr nach. Es gab keine neuen Impulse aus der alten Heimat – das war nicht gewollt –, es gab finanziell attraktive Angebote, sich in den neuen Ländern niederzulassen, und es gab eine religiöse Gemeinschaft, die sie aufgenommen hat. Das alles war auch konfliktrichtig, aber es ging nach und nach. In Karlshafen gab es am Sonntag einen deutschen lutherischen, einen deutschen calvinistischen und einen französischen calvinistischen Gottesdienst. Nach 30 Jahren gab es einen deutschen lutherischen und einen deutschen calvinisti-

schen Gottesdienst, und weitere 100 Jahre gab es nur noch einen evangelischen Unterricht.

Das ist natürlich jetzt, wenn wir auf den Islam und speziell auf die Türkei blicken, anders. Es bestehen weiter transnationale Beziehungen. Die Zuwanderung ist extrem zurückgegangen und wird jetzt durch die neue Gesetzgebung sehr stark reguliert. Aber wir haben durch die neuen Medien – Internet, Fernsehen, Satellitenfernsehen –, aber auch durch massive Eingriffe der türkischen Politik weiterhin die transnationalen Beziehungen, die auch Mentalitäten bestätigen können. Das ist mehr eine Frage der Außenpolitik, die dann auch stärker auf die Innenpolitik einwirkt. Es stellt sich die Frage, ob das zukünftig wünschenswert ist. Ich halte es für problematisch, dass DITIB – ich sage jetzt ganz frei: von uns allen, auch der Zivilgesellschaft, lange hofiert – letzten Endes eine Außenbehörde eines türkischen Religionsamtes ist. Ist das wünschenswert? Was wird da transportiert?

Das hat für mich zwei Aspekte. Ich glaube, dass auf einer formalen Ebene der Dialog mit den islamischen Verbänden in der Islam-Konferenz und anderen Einrichtungen gut und richtig ist und dass die Verbände sich auch schon in vielerlei Hinsicht bewegt haben und auch ein Statement zum Grundgesetz abgegeben haben.

Wo ich ein erhebliches Problem aus der Praxis unserer Stiftung, aber auch aus dem öffentlichen Diskurs sehe – aktuell können Sie das in Köln verfolgen –, ist die Frage der politischen Kultur. Ich möchte nicht die Leitkulturdebatte aufgreifen, aber es gibt eben doch – man könnte das Stichwort „Bildungsniveau“ von Herrn Bahners aufgreifen – ungeschriebene oder auch geschriebene Spielregeln, wie man miteinander umgehen kann. Wenn ein Verband wie DITIB jetzt vermutlich aus machtpolitischen Gründen einen doch sehr wohlmeinenden Architekten wie Herrn Böhm auf eine sehr unfreundliche Art und Weise und ohne wirklich überzeugende Gründe absägt, dann ist das eine Beschädigung des Dialogs und meines Erachtens auch des Images von DITIB und zeigt, dass da bestimmte Herren nicht den gesellschaftlichen und politischen Diskurs in der Bundesrepublik verstanden haben. Man könnte auch andere Beispiele anführen.

Ich glaube, der Bezug zum Kulturkampf ist richtig, aber – das wäre meine Frage an Herrn Bahners – was lehrt uns das eigentlich? Der Kulturkampf führte einerseits zu einer Verfestigung – Erstes Vatikanum, Unfehlbarkeitsdogma des Papstes –, andererseits zu einer Modernisierung des Katholizismus. Die Frage ist: Wird das mit dem Islam auch nur durch eine heftige öffentliche Debatte möglich sein, oder werden wir – was im Moment meines Erachtens der Trend ist – zunächst einmal zu einer stärkeren Verfestigung von Strukturen kommen? Das wäre natürlich problematisch.

Aber – Stichwort verfehlte Säkularisierungstheorie – auch eine konservative Form von Islam, von Religion ist Teil der Moderne. Wir können nicht, egal welche Partei des politischen Spektrums oder auch die Zivilgesellschaft oder die Kirche, nur den liberalen, säkularen Moslem als den guten Moslem darstellen und als normatives Ziel vorgeben. Das halte ich für sehr problematisch. Ich würde mir als evangelischer Christ auch nicht vorschreiben lassen, wie ich meinen Protestantismus zu leben habe. Das ist aber eine Fiktion, die wir haben. Wir haben im Staatskirchenrecht, das sich meines Erachtens hin zu einem pluralistischen Religionsrecht auf einer bewährten Grundlage weiterentwickeln sollte, eine eher katholisch anmutende Konstruktion von hierarchischer Religionsgemeinschaft, von der selbst die evangelische Kirche und, ich denke, auch der Zentralrat der Juden durchaus abweichende Konstruktionen haben. In der Modernisierungstheorie haben wir eine protestantische Note, dass eine säkulare, liberale Form der Religion, die der Protestantismus in Deutschland und Amerika darstellt, das normative Ziel ist. Das

ist problematisch. Auch die konservative Form der Religion ist Teil der Moderne. Die Menschen partizipieren ja in ihrem Alltagsleben auch an ganz anderen Formen der Moderne: Auto, Eisenbahn, Internet, iPhone usw. Wir haben gerade bei Religionsgemeinschaften, auch im evangelischen Bereich, in missionarischer Ausprägung das interessante Phänomen, dass sie technisch supermodern sind und gleichzeitig knochentrockene religiöse Inhalte vertreten. Also die Moderne und die Religion sind extrem komplizierte Konstellationen.

Der zweite Punkt, auf den ich kurz eingehen möchte, war Ihre Frage: Was nützt der interkulturelle Dialog? Da möchte ich etwas weiter ausholen und nicht nur die Frage des Religionsunterrichts behandeln, die die Vorredner schon weitgehend beantwortet haben.

Ich glaube, der Dialog ist am besten in der Zivilgesellschaft aufgehoben. Die Quandt-Stiftung hat dazu vor einigen Jahren beim Maecenata Institut in Berlin eine Studie in Auftrag gegeben, die sehr deutlich gezeigt hat, dass der Dialog zum Sozialkapital beitragen kann. Sozialkapital ist ein Begriff, den der amerikanische Wissenschaftler Putnam erfunden hat, und bezeichnet die Gesamtheit sozialer Verhaltensmuster sowie formeller und informeller Netzwerke einer Gesellschaft, die dazu beitragen soll, soziale Interaktionsprobleme zu lösen und Erträge sozialer Kooperation zu erzielen.

In unserem Kontext ist die Frage: Kann Sozialkapital durch den Dialog im Blick auf die Integration geleistet werden? Ich glaube, das ist möglich. Es besteht allerdings kein automatischer Zusammenhang, dass die Zivilgesellschaft Sozialkapital und Integration gleich herstellen kann. Integrative und politische Effekte zivilgesellschaftlichen Engagements sind abhängig von den jeweiligen Akteuren, dem Zweck der Assoziation und ihrer Zusammensetzung sowie den gesellschaftlichen Kontexten. Zivilgesellschaftliche Akteure werden dann zu Sozialkapital hervorbringenden Vereinigungen, wenn ihr Zweck die am Gemeinwohl orientierte Mitgestaltung der gesellschaftlichen Lebensverhältnisse ist, also die Einwirkung auf die Öffentlichkeit, auf andere zivilgesellschaftliche Akteure, auf Politik und Verwaltung.

Interreligiöse und interkulturelle zivilgesellschaftliche Initiativen haben meines Erachtens gute Voraussetzungen, zu gesellschaftlicher Integration beizutragen, weil sie Akteure sind und Zwecke haben, die in die Stoßrichtung gehen, Brücken zwischen verschiedenen Gruppen zu bauen und das integrative Potenzial zu heben. Dialoginitiativen sind nicht automatisch sozial-integrativ oder Religionsgemeinschaften, die dafür offen sind, sondern sie müssen dann in konkrete Schritte übergehen, sie müssen Brücken bauen, denn der Dialog ist ein offener Prozess. Er kann einerseits brückenbauend sein und Verständigung erzielen, er kann aber auch Grenzziehungen verfestigen. Das ist auch das Problem des theologischen Dialogs, der sehr notwendig ist, um Dinge zur Klarheit zu führen. Aber er kann gerade in der Diskussion, die wir gegenwärtig führen und die sehr stark durch eine Religiosisierung oder Kulturalisierung von bestimmten Gruppen und Menschen geprägt ist, auch dazu beitragen, dass sich die Grenzen verfestigen. Der Nobelpreisträger Amartya Sen, eigentlich ein Ökonom, hat das berühmte Buch „Die Identitätsfalle“ geschrieben und dort den Kampf der Kulturen abgelehnt. Er hat als Mittel gegen den Kampf der Kulturen darauf hingewiesen, dass wir alle vielfältige Identitäten haben. Wir sind Frau, Abgeordnete, Mutter, Sportsfreundin, Vegetarierin usw. Mit seiner liberalistischen Philosophie möchte er stärker auf das Individuum Bezug nehmen. Er sagt: Selbst wenn ich einen Dialog der Kulturen, einen Dialog der Religionen führe, kann das dazu führen, dass ich mit dem Dialog bereits die Dialogteilnehmer auf bestimmte Rollen festlege und die Vielfältigkeit ihrer Persönlichkeit gar nicht richtig wahr-

nehme. – Diese Gefahr sollte man im Auge behalten, gerade auch in der aktuellen Diskussion.

Ich halte die Diskussion aber trotzdem für verkürzt. Natürlich ist das Individuum vielfältig. Jeder von Ihnen und ich, wir alle haben ganz verschiedene Identitätselemente. Aber gerade im politischen Diskurs müssen wir uns auf einen bestimmten Punkt reduzieren. Sie können ja nicht gleichzeitig CDU und SPD oder Grüne und Linke sein. Sie müssen eine bestimmte Position haben, die Sie dann vertreten und für die Sie einstehen. Man kann nicht gleichzeitig evangelisch und katholisch oder Muslim und Jude sein. Natürlich treten im Verhältnis zum Staat bei der Durchsetzung von bestimmten Zielen Gruppen mit einer bestimmten Zuspitzung auf. Das finde ich im Sinne einer pluralistischen Demokratie auch in Ordnung. Man muss beides hinbekommen, zum einen bestimmte Ziele handelbar und durchsetzungsfähig zu machen und zum anderen im Blick auf das Individuum und die Komplexität der Frage die Vielfältigkeit des Einzelnen zu betrachten.

Wenn das jedoch gelingt, wenn man diese Vorfragen geklärt hat, kann, glaube ich, der Dialog sehr fruchtbar sein. Nach unserer Untersuchung ist das Interesse bei den beteiligten Dialogpartnern interessanterweise etwas stärker bei einem handlungsorientierten, alltagsorientierten Dialog. Das fängt an bei diesen berühmten Sachen, über die sich immer wieder lustig gemacht wird: zusammen kochen, zusammen feiern, zusammen Fußball spielen. Das mag alles naiv und nicht besonders intellektuell sein, aber es hat den großen Vorteil, dass es zunächst einmal vertrauensbildende Maßnahmen sind. Jeder Dialog muss langfristig angelegt sein. Wenn Sie gleich über Homosexualität im Islam reden, kann es natürlich sein, dass das auch das letzte Treffen war, das Sie mit Ihren Partnern hatten.

Das zweite Thema ist der theologische und religiöse Dialog. Es ist wichtig, dass man die Grundfragen klärt. Da gibt es in den Dialoginitiativen ein klares strukturelles Problem, das auch Herr Kaymakci vorhin erwähnt hat. Die Kirchen haben Pfarrer, die ein hohes akademisches Ausbildungsniveau besitzen, die fortgebildet werden und dann Spezialisten für Ökumene, für interreligiösen und interkulturellen Dialog sind. Aufseiten des Islam und ebenso des Judentums gibt es sehr viele Laien, die häufig dieses Niveau und auch die zeitlichen und finanziellen Ressourcen nicht haben. Damit ist der viel beschriebene Diskurs auf Augenhöhe sehr schwer möglich. Ich glaube, das ist aber ein Prozess. Das wird sich im Laufe der nächsten Jahre ändern, wenn auch islamische Theologen ausgebildet werden, wenn vielleicht auch Fortbildungen in den Gemeinden erfolgen, wenn es vielleicht auch eines Tages zivilgesellschaftliche Aktivitäten aus der muslimischen Szene gibt und von ihr Fortbildungsangebote gemacht werden, die sich im Stil der evangelischen und katholischen Akademien weiterentwickeln. Es gibt ja die Muslimische Akademie in Berlin, die leider doch noch nicht so durchschlagskräftig ist. Da könnte es auch gelingen – das ist ja der große Beitrag der evangelischen und katholischen Akademien gerade in der frühen Bundesrepublik –, einen politischen Diskurs, eine politische Diskussionskultur – Stichworte Deutsche Einheit, Ost-West-Konflikt, Verortung der Religion – in der Bundesrepublik durchzusetzen. Das sind Elemente, die nicht über Nacht kommen, sondern wachsen müssen. Ich glaube, da kann der Dialog durchaus hilfreich sein.

Wir von der Herbert Quandt-Stiftung betreiben den Dialog zum Verständnis zwischen Juden, Christen und Muslimen seit 1996. Unser größtes Projekt ist ein Schulwettbewerb, den wir in Hessen, Rheinland-Pfalz und dem Saarland, demnächst dank der Förderung des Bundes auch in Hamburg und Bremen ausrichten. Daran haben mittlerweile 25.000 Schüler in ungefähr 120 Schulen teilgenommen. Wir haben da über 1 Million € investiert. Wir haben – das haben wir auch allen Abgeordneten hier in Hessen zugeschickt – in diesem Frühjahr durch Prof. Sajak aus Münster, einen katholischen Religionsdidaktiker,

passend zur aktuellen Bildungsstandarddiskussion, aus den Projektergebnissen unserer Gewinnerschulen, also nicht am grünen Tisch im Ministerium, Standards für interkulturelle und interreligiöse Kompetenzen in der Schule entwickelt, die ein Angebot an das Hessische Kulturlministerium, aber auch an die einzelnen Schulen darstellen, diese Standards in ihre individuellen Bildungsstandards zu integrieren. Ich glaube, sie sind belastbar. Es wäre auch notwendig, dieses Thema stärker in der Lehrerfortbildung anzusiedeln.

Mein letzter Punkt betrifft den Islamunterricht. Dazu ist ja schon fast alles gesagt. Aber eine Sache ist mir noch wichtig. Ich halte den Islamunterricht für wichtig, in welcher Form auch immer. Aber die politischen Erwartungen sind so hoch, dass sie kein Unterricht erfüllen kann. Sie können sich ja selbst an Ihren Religionsunterricht erinnern. Der war, wenn Sie ehrlich sind, auch nicht immer toll. Wenn wir es in Deutschland hinbekommen, dass wir Studien, Studenten, Lehrer zum Islamunterricht haben, dann wird in 20 Jahren genau das Gleiche wie beim evangelischen und katholischen Religionsunterricht passieren: Eckstunden, 60 % Ausfall, langweiliger Unterricht, hohe Abmeldungsquoten. Die Lehrer werden nicht nur Islam studieren, weil sie besonders fromme Leute sind, sondern weil sie wissen: Das ist ein Mangelfach, und da bekomme ich einen guten Job. – Deshalb darf man diesen Religionsunterricht, so notwendig er ist und so sehr er politisch umstritten ist, nicht mit allen Integrations- und Kulturerwartungen dieser Welt überfrachten. Das können zwei Stunden in der Woche nicht leisten. Ich halte es aber für notwendig, dass der Islamunterricht kommt, und ich hoffe, dass irgendwann auch der politische Wille dazu vorhanden ist. – Vielen Dank.

Vorsitzender: Auch Ihnen herzlichen Dank. – Herr Dr. Luft.

Sachv. **Dr. Stefan Luft:** Herr Löffler, ich habe drei Fragen.

Erstens. Sie haben – das habe ich nicht ganz verstanden – zu Anfang von den Hugenotten und den Juden gesprochen. Nun ist ja das Phänomen bei den Juden, dass sie sich zu einem erheblichen Teil vollständig – einschließlich der Aufgabe ihrer religiösen Identität – assimiliert haben und trotzdem zum inneren Feind erklärt, verfemt und vernichtet wurden.

Die zweite Frage betrifft den Einfluss aus dem Ausland. Natürlich geriert sich die Türkei als Patronagestaat der Türken, beispielsweise in Deutschland. Das ist ein Problem. Dennoch bin ich der Meinung, man muss sehen, dass Weltreligionen nie nur national organisiert sein werden. Wenn ich von irgendwelchen Konferenzen oder sonst irgendwo lese, das Ziel müsse sein, deutsche Muslime zu schaffen, dann sage ich: Deutsche Christen hatten wir schon; ob wir jetzt zwingend deutsche Muslime haben müssen, ist die Frage. Vielleicht Muslime in Deutschland. Ähnlich ist es ja bei den Katholiken. Diese haben, zumindest diejenigen, die sich noch als römisch-katholisch bezeichnen, sehr starke Beziehungen ins Ausland und legen darauf auch großen Wert.

Die dritte Frage ist, ob der Dialog, dessen Bedeutung ich nicht infrage stelle, nicht in vielerlei Hinsicht ein Elitenphänomen ist und inwieweit dieses Elitenphänomen, dass ich mir anregende intellektuelle Debatten ermöglichen, indem ich intellektuelle Repräsentanten von Religion an einen Tisch hole, eine Breitenwirkung hat. Inwieweit wirkt das in die Gemeinden hinein? Da meine ich jetzt nicht nur die muslimischen Gemeinden, sondern auch die christlichen Gemeinden.

Herr **Dr. Löffler**: Das Erste habe ich verkürzt dargestellt. Ich wollte sagen, man kann am Beispiel der Hugenotten objektiv zeigen, wie Integrations- oder sogar – was wir heute gar nicht mehr als Ziel sehen – Assimilierungsprozesse verlaufen. Dann habe ich sehr verkürzt gesagt, dass im Dritten Reich als These missbraucht wurde, dass die Hugenotten die „gut assimilierten“ Zuwanderer sind und die Juden die „schlecht assimilierten“. Das halte ich natürlich genau aufgrund des Arguments, das Sie gebracht haben, für historisch verfehlt und für ein sehr polemisches, politisches Argument. Das habe ich wahrscheinlich zu kurz dargestellt. Da haben wir völlige Übereinstimmung. Das könnte man jetzt noch weiter ausführen, aber das würde, glaube ich, zu weit gehen.

Patronagestaat, Einfluss aus dem Ausland: Natürlich sind Religionen immer transnationale Phänomene. Das ist zunächst einmal unproblematisch. Jetzt kommen wir wieder auf die Frage: Leisten die Religion oder die Kultur als jeweils sehr komplexe Zeichensysteme einen Beitrag zur Integration? Da habe ich gesagt, das kann man gar nicht so ohne Weiteres beantworten. Ich würde mir jetzt auch kein Urteil über die Gesamtheit aller türkischen Mitbürger erlauben. Das hängt mit unterschiedlichen Faktoren zusammen. Nach dem Ersten Weltkrieg – wenn man jetzt wieder in die Historie zurückblickt – hat das Auswärtige Amt die Kirchen und die Schulen sehr stark genutzt, um die Deutschen in Irredenta-Gebieten zurück an das Reich zu binden, also im Memelland, in Oberschlesien, weil das die einzigen intakten Strukturen waren. Das war eine Zeit des extremen deutschen Nationalismus. Wenn Nationalismus als ein hoch normatives System sich mit Religion als einem ebenfalls hoch normativen System verbindet, dann halte ich das für ein Integrationshindernis.

Darum halte ich die Politik Erdoğan's durchaus für problematisch und würde Ihnen allen anraten, DITIB genauer unter die Lupe zu nehmen. Das ist meine Aussage. Erdoğan ist, wie er auch letzte Woche im Auswärtigen Amt gesagt hat, verfassungsrechtlich verpflichtet, sich für die Auslandstürken einzusetzen und sie an sein Land zu binden. Er hat ein Auslandspräsidium eingesetzt. Genau das Gleiche gab es bei dem Verband für das Auslandsdeutschtum. Das sind alles keine neuen Phänomene. Aber wenn Predigten in Ankara geschrieben werden, was haben die mit Limburg, mit Kassel, mit Hanau, mit Wetzlar zu tun? Wir haben das große Problem der Finanzierung der Strukturen usw. Man wird jetzt DITIB nicht einfach abschaffen können. Das ist auch nicht sinnvoll. Aber man muss doch auf eine Modifikation und auch auf eine Inkulturation dieses Verbandes hinwirken, der sehr stark und sehr einflussreich ist. Ich glaube, wenn da nationaltürkische und nationalislamische, also politische Interessen sich mit religiösen Interessen treffen, dann ist das nicht ausschließlich förderlich.

Der Dialog ist ein Elitenphänomen; das ist richtig. Aber er ist mittlerweile vielfältig. Es gibt in der Bundesrepublik sehr viele Dialog- und Dialoginitiativen, die durchaus an der Basis ansetzen. Es sind immer noch zu wenige. Es sind häufig die Wohlmeinenden, die sich treffen und offen sind für Gespräche. Sie werden dann oft als naiv dargestellt und alles Mögliche. Frau Kelek sagt sogar, der Dialog, das wären die Ufos für die Fundamentalisten, die dann in die Schule kommen. Aber ich weiß keine Alternative. Sollen wir deshalb auf den Dialog verzichten? Genauso verhält es sich mit dem Argument: Wenn wir den Dialog der Kulturen fördern, legen wir Menschen fest, dass sie Christ, Jude oder Muslim sind. Das muss man ja nicht. Aber wenn sich gar keiner zu seinem Bekenntnis stellt, kommen wir auch nicht voran. Deshalb muss man den Dialog führen.

Wir haben in der Schule wirklich gute Erfahrungen gemacht. Der Dialog ist fächerübergreifend, startet häufig im Religionsunterricht und geht bis Geschichte, Musik, Kunst. Wir hatten auch schon Naturwissenschaften dabei. Das geht. Die Schüler sind begeistert. Sie lernen etwas. Das ist ein ganz klassisches Lernen mit Herz, Kopf und Hand. Man lernt,

Vorurteile abzubauen; man hat einen Wissenszuwachs; man gewinnt Empathiefähigkeit. Ich glaube, man kann mit gutem Gewissen den Dialog und Trialog weiter betreiben.

Sachv. Prof. **Dr. Frank-Olaf Radtke**: Ich will direkt daran anknüpfen. Die UNO hat das Jahr 2001 – vor dem 11. September – zum „Year of Dialogue among Civilizations“ ausgerufen. Danach haben alle anderen großen transnationalen Organisationen Dialogjahre verkündet: die EU, der Europarat usw. Man kann den Eindruck gewinnen, das ist ein Patentrezept. Alle reden vom Dialog oder gar vom Trialog, möglichst auf allen Ebenen. Vom Staat, zwischenstaatlich bis zur Basis, wie Sie eben gesagt haben, oder bis zur Schulklasse – überall wird dialogisiert. Das Argument von Sen ist nicht ganz abzulehnen, aber wir wissen nicht, ob es zutrifft.

Ich möchte Sie fragen, weil Sie sich hier als jemand präsentieren, der seit Jahren solche Initiativen prämiert: Haben wir empirische Befunde darüber, was da eigentlich passiert und zu welchem Ergebnis das führt? Ich kenne an empirischen Befunden z. B. eine Evaluation, die im Auftrag des Europarats über das „Year of Dialogue“ vorgenommen wurde. Diese kommt zu niederschmetternden Ergebnissen. Haben Sie empirische Befunde darüber, dass dieses Patentrezept im Zentrum der gesellschaftlichen Konflikte ankommt, mit denen wir hier zu tun haben?

Herr **Dr. Löffler**: Ich habe hier eine Auswertung mit, und ich kann Ihnen auch noch eine zweite schicken. Es ist natürlich kein Patentrezept; es ist ein Versuch. Wir haben den Wettbewerb auch zeitweise in Berlin durchgeführt, und wir haben dort auch genau das Gegenteil erlebt. Es gab arabische Jugendliche, die nach dem Libanonkrieg nicht in das jüdische Jugendzentrum gehen wollten, weil sie nicht in der Lage waren, zu unterscheiden zwischen deutschen Juden und den Israelis, die ihren Onkel in Beirut angegriffen haben. Das Interessante war: Diese Schule hat zwei Jahre gebraucht. Im ersten Jahr ist der Dialog/Trialog gescheitert. Im zweiten Jahr haben sie ihn zustande gebracht, und dann haben sie auch den ersten Preis gewonnen. Und siehe da, es geht. Es ist kein Patentrezept. Es ist harte Arbeit, und diese muss jeden Tag neu begonnen werden. Das Gleiche haben wir auch hier in Hessen, in Frankfurt erlebt. Aber wenn man sich nicht bemüht und nicht auf den Weg macht, passiert gar nichts.

Wir haben bestimmt ein Dutzend Staatsexamensarbeiten, wir haben eine Doktorarbeit und eine Magisterarbeit. Es wird also auch wissenschaftlich wahrgenommen, dass sich in der Schullandschaft zarte, kleine Pflänzchen – mittlerweile über ganz Hessen verteilt und etwas verändert – entwickelt haben. Insofern bin ich da nicht hoffnungslos. Aber es sind viele kleine Schritte, und es gibt Rückfälle, Stillstand, Projekte, die scheitern, und auch Verweigerer. Also, es ist nicht der goldene Weg ins Paradies. – Eine Playstation gibt es bei uns nicht.

Sachv. **Marc Phillip Nogueira**: Sie haben festgestellt, dass auch der islamische Religionsunterricht kein Patentrezept ist und oft von Erwartungen überschüttet wird, die anderen Charakter haben, bei denen es beispielsweise nicht um den Anspruch der Umsetzung des Grundgesetzes geht, sondern um Integrationspolitik, um Kulturpolitik, um vieles andere. Aber wenn man das von den rechtlichen Prämissen, denen die Einführung eines bekenntnisorientierten islamischen Religionsunterrichts unterliegt, abkoppelt, was würden Sie denn da befürworten: eine schnelle, pragmatische Lösung, die jetzt auf Islamkunde setzt und dann sukzessive versucht, etwas zu gestalten, zunächst in staatlicher

Hoheit, oder den Weg, dass man, wie das momentan zumindest hier auf Landesebene den Anschein hat, zunächst Religionsgemeinschaften anerkennt und dann diesen Unterricht einführt? Was erscheint Ihnen da die bessere Variante?

Herr **Dr. Löffler**: Nach Art. 7 des Grundgesetzes, finde ich, ist klar, dass es einen konfessionell geprägten islamischen Religionsunterricht geben müsste. Wir haben dabei drei Probleme: das pädagogische Problem, den politischen Willen und die Ansprechpartner. Das muss die Politik klären. Damit verbunden ist meines Erachtens auch, wie gesagt, eine Ausweitung des klassischen Staatskirchenrechts zu etwas variableren Formen eines Religionsrechts. Solange sich der Staat aus verschiedensten Gründen trotz Koalitionsvereinbarung nicht wirklich durchringen kann, in Hessen einen Religionsunterricht umzusetzen, würde ich pragmatisch vorgehen. Im Nachbarland Rheinland-Pfalz gibt es Modellversuche, dass man im Grunde einen Religionskundeunterricht konstruiert, der eigentlich nur noch punktuelle Unterschiede zum islamischen Religionsunterricht besitzt. In dem Moment, in dem man dann zufrieden ist und Partner gefunden hat, stellt man ihn um, und wahrscheinlich wird sich in der Praxis gar nicht sehr viel ändern.

Zur pädagogischen Diskussion hat Frau Kaddor ein paar interessante Beispiele mit dem Korrelationsprinzip genannt. Der Religionsunterricht evangelischer und katholischer Prägung hat sich seit den Fünfzigerjahren tiefgründig geändert. Das war bis in die Mitte der Sechzigerjahre ein katechetischer Unterricht, der auf Glaubensunterweisung aus war. Dann gab es im Zuge der Auseinandersetzung mit der allgemeinen Pädagogik und den Sozialwissenschaften eine humanwissenschaftliche und sozialwissenschaftliche Öffnung, die Schülerorientierung, die Symboldidaktik usw. Es gibt da ganz verschiedene Entwicklungen, die jetzt viel stärker darauf aus sind, eher einen problematisierenden, analysierenden, ausgewogenen Religionsunterricht anzubieten und die eigentliche Glaubensunterweisung in den Konfirmandenunterricht oder Kommunionunterricht zu verweisen. Ich würde denken, dass es dem Islamunterricht guttäte, wenn er auch diese didaktischen Entwicklungen aufgreifen würde.

Abg. **Mürvet Öztürk**: Herr Löffler, ich wollte zum einen auch an den islamischen Religionsunterricht anknüpfen und zum anderen eine Frage zu der Diskussion „deutsche Muslime oder Muslime in Deutschland“ stellen. Ich fange mit dem zweiten Punkt an.

Wenn man jetzt, wie Herr Luft, zwischen „deutschen Muslimen“ und „Muslimen in Deutschland“ unterscheidet, stelle ich mir die Frage, ob wir überhaupt die Möglichkeit haben, da eine Differenzierung vorzunehmen, oder ob eine solche künstliche Differenzierung nicht an der Realität vorbeigeht, weil ja in Deutschland Menschen leben, die Deutsche und gleichzeitig Muslime sind. Ist es also nicht so, dass der Bedarf besteht, ein Angebot für jene Menschen zu organisieren, die deutsche Muslime sind, und dass es nicht die Aufgabe der Politik ist, jetzt künstlich deutsche Muslime zu schaffen? Dazu wüsste ich gern Ihre Einschätzung, weil oft in der Diskussion so getan wird, als ob man etwas Künstliches installieren will, man meiner Meinung nach aber an der Realität vorbei diskutiert.

Islamischer Religionsunterricht, pragmatische Schritte: Ich weiß nicht, ob Sie einen Vergleich zu NRW und Niedersachsen ziehen können. Dort hat man ja mit unterschiedlichen kleinen Schritten angefangen. Was würden Sie ganz konkret vorschlagen, das man in Hessen als nächsten Schritt machen müsste, um zu dem Ziel islamischer Religionsunterricht zu kommen?

Es werden immer wieder verschiedene Erwartungen an den interreligiösen oder interkulturellen Dialog gestellt. Bisher hatte ich das immer so verstanden, dass die Erwartung war, dass verschiedene Akteure auf muslimischer und christlicher oder auch jüdischer Seite sich zusammensetzen, um entweder Gemeinsamkeiten oder Unterschiede festzustellen. Aber was danach geschehen soll, ist für mich nicht ganz geklärt. Ich stelle jedoch den Bedarf an praxisbezogenen Antworten fest, der immer größer wird. Was machen Personen, die bireligiöse Ehen eingehen und ihre Kinder bireligiös erziehen wollen oder wenn es um koedukativen Unterricht geht, oder um ganz andere praxisbezogene Fragen? Müsste sich nicht der interreligiöse Dialog von der theologischen und theoretischen Diskussion langsam weiterentwickeln und Antworten auf praktische Fragen liefern? Denn die Gemeinden, die ja sehr plural sind, formulieren an ihre Theologen in der Glaubensgemeinschaft immer mehr Fragen und erwarten auch Antworten. Ich weiß nicht, wie da die Auffassung innerhalb der Religionsdiskussion ist.

Eine Frage ist auch, ob der intrareligiöse Dialog nicht stärker forciert werden muss. Zwar beschäftigen sich Muslim, Christ und Jude immer sehr stark miteinander, aber die unterschiedlichen Glaubensrichtungen innerhalb einer Religion, sei es im Christentum – sprich: die Ökumene –, sei es im Islam, reden überhaupt nicht miteinander. Wo müsste denn dieser Dialog stattfinden?

Herr **Dr. Löffler**: Die Aussage von Herrn Luft bezog sich auf die deutschen Christen im Dritten Reich, die das ganze Christentum in einer sehr völkisch-nationalen Art und Weise interpretierten. Das, glaube ich, wird in dieser Form nicht noch einmal im Blick auf die Muslime eintreten. Ob man diese nun „deutsche Muslime“ oder „Muslime in Deutschland“ nennt, halte ich letztlich für zweitrangig. Natürlich werden Menschen mit anderen Geburtsorten und Biografien eine transnationale Identität haben. Ich habe eine Frau aus Polen geheiratet. Sie empfindet das als reichlich unproblematisch. Für andere mag es vielleicht problematisch sein.

Ich glaube, es wäre doch sehr schön, wenn Muslime sich so mit Deutschland identifizieren könnten, dass für sie selbst die Frage, ob sie nun Muslime in Deutschland oder deutsche Muslime sind, sekundär ist.

(Abg. Mürvet Öztürk: Das ist für viele sekundär!)

– Ja. Das wäre dann ein Normalisierungsprozess.

Der intrareligiöse Dialog wird, glaube ich, sehr intensiv geführt. Erst kürzlich, beim Papstbesuch, wurden deutliche Zeichen gesetzt, wo da die Grenzen sind. Aber es ist sehr wichtig, dass man die Binnendifferenzierung bei allen Religionsgemeinschaften vornimmt. Das ist für alle, die sich dafür interessieren, eine hohe Bildungsaufgabe, denn das ist ja sehr kompliziert: Was ist die Ahmadiyya? Was sind Aleviten? Wo sind die Unterschiede im Detail? Da muss man sich doch reichlich Mühe geben.

Da ich seit einem halben Jahr nicht mehr in Hessen lebe, bin ich über den aktuellen Stand des runden Tisches in Hessen nicht ganz im Bilde. Ich würde daher fragen: Gibt es neben den politischen Diskussionen bereits wissenschaftliche Beauftragungen, erste Strukturen, erste Kompetenzraster zu entwickeln? Ich glaube, immer wenn man ein Problem entpolitisiert und konkretisiert, lässt es sich sehr viel leichter handhaben. Im Religionsunterricht evangelischer und katholischer Prägung haben wir mindestens eine Vierteilung. Da werden biblische Themen – das können im islamischen Religionsunterricht ja koranische Themen sein – behandelt. Es werden Feste behandelt. Es werden

sozialethische Fragen behandelt. Es werden religiös-kulturelle, historische Fragen behandelt. Wenn man das in einer ähnlichen Art und Weise auf den islamischen Religionsunterricht herunterbricht, kann ich mir vorstellen, dass sich das Problem gar nicht mehr als so gewaltig darstellt.

Sachv. Prof. **Dr. Friedrich Heckmann:** Ich kann von Erfahrungen aus einem Projekt „Cities for Local Integration Policies“ berichten. An diesem Projekt sind 32 europäische Städte beteiligt. Ein Aspekt war auch interreligiöser Dialog, interkultureller Dialog. Da war eine Erfahrung, die bisher meines Erachtens noch nicht angesprochen worden ist: In Städten gibt es Netzwerke, über die man sich, wenn Spannungen bestehen, in einer bestimmten Krisensituation verständigen kann. In dem Projekt wurde aus Amsterdam berichtet, dass sich dort nach dem Mord an Theo van Gogh die relevanten Personen verständigt haben und gemeinsame Strategien entwickelt haben, damit die Situation nicht weiter eskalierte. Oder wenn es zu Spannungen im Nahen Osten, in Palästina kommt, dann schlägt sich das als Spannungen in Amsterdam, wo es ja eine große Zahl von jüdischen Bürgern gibt, nieder, sozusagen als importierter ethnischer Konflikt, und dann treten die Leute zusammen.

Ein Ergebnis des Projekts war auch: Im interreligiösen Dialog geht es zum einen um religiöse Fragen, aber zum anderen – das ist ein nicht unbedeutender Teil – auch um nicht religiöse Fragen: Erziehung, Lebensstile, Politik usw. Da möchte ich fragen: Waren das auch Ihre Erfahrungen?

Herr **Dr. Löffler:** In der Studie von Eva Maria Hinterhuber zum sozialintegrativen Potenzial der Dialoge/Trialoge stellte sich genau das heraus. Mit ganz leichtem Vorsprung wurde der Dialog des Handelns vor dem theologischen Dialog als Ziel, als Hoffnung dieser Dialoge genannt.

Sachv. Prof. **Dr. Friedrich Heckmann:** Da kann man ganz genau sagen, dass das dann wirklich ein integrativer Effekt ist.

Herr **Dr. Löffler:** Ja, genau. – Die sozialräumliche Dimension, städtebauliche Fragen halte ich für sehr wichtig. Stuttgart hat schon sehr früh neue Formen des Städtebaus vorangetrieben, wo beispielsweise die Küche so gelegt wird, dass die Mutter aus dem 3. Stock auf den Spielplatz im Innenhof blicken kann. Da muss man sich halt Gedanken machen, wie andere Kulturen ihre Wohnungskonzepte gestalten. Das ist relativ unproblematisch.

Die Netzwerkpflege können Sie mit Herrn Kaymakci konkret in Frankfurt durchbuchstabieren. Bei dem Konflikt über den Moscheebau im Stadtteil Hausen hat es eine breite Allianz von Bürgermeisterin Roth, den Kirchen usw. gegeben, die sich gegen eher radikale Stimmen gewandt hat. Daraus ist der Rat der Religionen erwachsen. Als in der Gemeinde von Herrn Kaymakci ein Imam ausfällige israelfeindliche Bemerkungen gemacht hat, hat Herr Kaymakci, sicherlich auf Druck des Rates der Religionen und aus eigener Erkenntnis, diesen Imam entlassen. Ich werte das als Zeichen, dass es ihm wichtig war, die Netzwerke, die er hatte und in denen er sehr aktiv und, wie ich finde, auch glaubwürdig tätig ist, nicht zu verletzen. Das war ein heftiger Konflikt. Dieser hat die Gemeinde sehr gespalten und auch die Öffentlichkeit zu Recht sehr erregt. Aber ich

glaube, da haben die Netzwerke in Frankfurt sehr gut funktioniert, sodass dann letzten Endes eine klare Lösung gefunden wurde.

Abg. **Gerhard Merz:** Ich habe ein paar Anmerkungen und zum Teil auch Fragen. Sie mögen das dann entweder kommentieren oder beantworten.

Ich möchte ganz kurz noch etwas zu dem Punkt „assimilierte Juden/assimilierte Hugenotten im Dritten Reich“ sagen. Bei den Juden kam es gar nicht darauf an, ob sie assimiliert waren oder nicht. Das war keine Frage, die sich die Nazis vorgelegt haben, sondern da ging es um Rassismus. – Das nur als Anmerkung.

Bei der Frage „deutsche Muslime/Muslime in Deutschland“ könnten wir uns vielleicht darauf verständigen, dass ein deutscher Muslim wie ein deutscher Katholik ein deutscher Staatsangehöriger eines bestimmten Glaubens ist und ein Muslim in Deutschland wie ein Katholik in Deutschland nicht notwendigerweise deutscher Staatsangehöriger ist. Ich glaube, das wäre eine Unterscheidung, mit der man ganz gut leben könnte.

Zum Thema islamischer Religionsunterricht möchte ich Ihnen, Herr Dr. Löffler, und auch Herrn Bahners danken für die sehr klare und eindeutige Begründung aus der Notwendigkeit der rechtlichen Gleichstellung und weniger aus pragmatischen integrationspolitischen Gründen. Ich will einfach zu Protokoll geben, dass wir da aus vollem Herzen übereinstimmen und das genauso sehen. Ich befürchte auch, dass da eine Überfrachtung stattfinden kann. Im Übrigen fand ich Ihre Bemerkung über das mögliche Schicksal des islamischen Religionsunterrichts in 20 Jahren sehr erhellend. Das wäre dann auch eine Art Gleichberechtigung mit einer anderen Pointe.

Weil auch das hier eine Rolle gespielt hat, deswegen will ich auch das ganz kurz kommentieren: Es geisterte heute in mehreren Beiträgen die Frage eines einheitlichen muslimischen Ansprechpartners durch den Raum. Einer der bisherigen Erträge der Debatte über den islamischen Religionsunterricht war, dass ein solcher Ansprechpartner nicht erforderlich ist. Ich will darauf hinweisen, dass wir derzeit acht christliche Denominationen haben, die anerkannte Religionsgemeinschaften und Träger von christlichem konfessionellem Unterricht sind – acht, nicht nur zwei! Vor diesem Hintergrund stellt sich die Frage, wie mit den muslimischen Organisationen, die noch keine Glaubensgemeinschaften sind, umzugehen ist, meines Erachtens anders.

(Zuruf: Die haben sich auf eine Lehrkraft geeinigt!)

– Das ist aber eine ganz andere Geschichte. Das ist wiederum eine pragmatische Frage, die man stellen kann, wenn man die Grundfrage geklärt hat. – Dass das parallel vorangetrieben wird, finde ich richtig, aber das ist nicht das zentrale Problem. Das zentrale Problem liegt in der Frage: Wen kann der Staat als Partner anerkennen? Da haben Sie zu DITIB ein paar Anmerkungen gemacht. Diese Frage wird jetzt im Wege des Gutachtens überprüft. Die Gutachten sind vergeben. Daher wollte ich das hier zur Debatte stellen, eher als Anmerkung denn als Frage.

Zu dem Punkt „Dialog der Kulturen als Eliteangelegenheit“ wollte ich, weil das so abwertend klang, als wäre das ein Dialog von Leuten, die es eigentlich nicht nötig haben, nur anmerken, dass wir in Deutschland schon erlebt haben, wohin uns Eliten führen können, und dass der Dialog auf allen Ebenen notwendig ist. Die Frage wäre: Ist es vielleicht eine irreführende Begrifflichkeit, die uns unter anderem in diese Irre führt? Wäre es nicht klüger, zu sagen: „Es bedarf eines Dialogs über Religion, es bedarf eines Dialogs über

unterschiedliche Phänomene der Kultur, es bedarf der sozialen Begegnung, was etwas ganz anderes ist“? Das klang eben beim Thema Stadtteilorganisation, städtebauliche Anordnung an. Es geht um die Begegnung von Menschen, ohne dass man dem gleich einen kulturellen oder religiösen Sinn gibt. Mein Vater hätte gesagt, man muss mit den Leuten reden, dann kommt man ins Gespräch mit ihnen. Das entfaltet dann in der Regel eine Wirkung, meistens durchaus eine positive. Ich frage also, ob einem der Begriff „Dialog der Kulturen“ da nicht auch im Weg stehen kann.

Herr **Dr. Löffler**: Zum Letzten. Ich glaube, den Elitenbegriff sollten wir jetzt nicht zu stark strapazieren. Gemeint ist ein Bildungselitenbegriff. Das stimmt leider doch in einem erheblichen Maße. Zwar gibt es Gott sei Dank auch einige Hundert Basisinitiativen, aber meistens sind es doch akademisch gebildete Menschen, die meistens aus den Religionsgemeinschaften kommen und nicht aus ganz unterschiedlichen anderen Gruppen, die sich treffen. Wenn man das rein funktional betrachtet, haben sie einen gewissen Bildungsvorsprung gegenüber anderen. Insofern kann man sie Bildungseliten nennen. Dass das immer so bleiben muss, glaube ich nicht.

Ich wollte noch eines ergänzen: Ich habe vor zwei Jahren auf dem Kirchentag in Bremen eine Dialogveranstaltung organisiert. Da kamen 3.000 Leute. Also, das Thema zieht auch in der breiteren Öffentlichkeit. Je mehr Islam und je mehr Sprengstoff darin steckt, desto mehr Leute kommen. Wenn Sie das Thema auf Alltagsfragen herunterbrechen, kommen weniger Leute. Das ist leider so.

Ob man das nun „Dialog der Kulturen“ oder wie auch immer nennt, mag jeder selbst entscheiden. Wenn es einen besseren Begriff dafür gibt, soll man diesen anwenden. Das halte ich eher für eine zweitrangige Frage. Die Frage ist auch immer: Welche Perspektive will man einbringen, und wo setzt man den Akzent?

Ich glaube, der Dialog hat das Potenzial, gerade in der Schule, aber auch in der Zivilgesellschaft betrieben zu werden. Etwas anderes ist es, wenn der Staat mit den islamischen Verbänden redet. Das würde ich nicht als Dialog bezeichnen, weil es da sehr stark um klare Verhandlungspositionen geht. Das sind eher politische Verhandlungen. Da gibt es ganz bestimmte Prämissen. Es ist völlig in Ordnung, dass der Staat den Rahmen vorgibt, in dem gearbeitet wird. Dann müssen halt Sie als Politiker prüfen, was nach Ihrem Gewissen und Ihren Kompetenzen die nächsten Schritte sein sollen, die für Hessen gut sind. Da hoffe ich auf Ihre Weisheit, dass Sie zu den richtigen Ergebnissen kommen.

Vorsitzender: Wir wollen die Fragesitzungen und die Auswertungssitzungen doch getrennt durchführen. Natürlich hat man, wenn man hier zuhört, auch das Bedürfnis, seine Statements abzugeben. Trotzdem wäre ich dankbar, wenn wir uns an die Ordnung halten würden.

Abg. **Mürvet Öztürk**: Ich wollte einen Punkt noch klarstellen, weil Herr Merz die Standpunkte von Herrn Bahners und von Herrn Löffler vermischt hat. Ich hatte Herrn Löffler so verstanden, dass er bei der Einführung des islamischen Religionsunterrichts durchaus auch für einen pragmatischen Schritt ist.

(Herr Dr. Löffler: Nein! Mir ging es um die Begründung!)

– Um welche Begründung?

(Herr Dr. Löffler: Über eine Zwischenlösung habe ich gar nicht geredet!)

– Gut, okay. – Ich habe Ihre Antwort auf die Frage von Herrn Nogueira so verstanden, dass man wie in Rheinland-Pfalz zunächst ein Modell einführt, das machbar ist. Sobald der Ansprechpartner gefunden ist, wird umgeschwicht auf den Religionsunterricht. Oder habe ich Sie da falsch verstanden?

(Herr Dr. Löffler: So ist es!)

Das würde ich gerne für das Protokoll festhalten.

Vorsitzender: Jetzt sehe ich keine Wortmeldung mehr. Ich bedanke mich sehr bei Ihnen, Herr Dr. Löffler. Ich danke Ihnen auch sehr für die Geduld.

Wir kommen zu den Stellungnahmen der ständigen Teilnehmer. Ich darf zunächst der agah das Wort geben.

Frau **Bargon:** Ich darf zunächst Herrn Di Benedetto entschuldigen. Ich möchte ergänzend zu unserer schriftlichen Stellungnahme noch einige Punkte herausgreifen.

Religion ist im Integrationsprozess in einem besonderen Spannungsverhältnis zu sehen. Auf der einen Seite gibt es den Anerkennungswunsch gegenüber Ängsten und Vorbehalten, die möglicherweise in der Mehrheitsgesellschaft existieren, und auf der anderen Seite gefühlte oder sogar vorhandene Ablehnung aufgrund der islamischen Religionszugehörigkeit. Diese ist von besonderer Bedeutung, weil die Zahl derjenigen, die in Deutschland dem Islam angehören, mehr und mehr zugenommen hat.

Wünschenswert wäre daher, Anerkennung und positive Wahrnehmung zu stärken, man könnte auch sagen, die Wertigkeit in der Wahrnehmung der Mehrheitsgesellschaft zu erhöhen. Der Abbau von Ängsten und von Misstrauen, um die Anerkennungskultur zu fördern, sind dabei bedeutsame Faktoren.

Der agah ist es wichtig, das Verhältnis zwischen Staat und Muslimen zu institutionalisieren durch Einrichtung eines Rats der Muslime, die Einrichtung eines Forums Islam und die Zusammenführung dieser beiden Organisationsformen mit dem runden Tisch, sodass alle drei Konstrukte gemeinsam erstarken und zur Problemlösung beitragen können.

Da ich vorhin gefragt worden bin, möchte ich erwähnen, dass die Vorschläge, einen Rat der Muslime bzw. ein Forum Islam einzurichten, sich bereits im agah-Aktionsprogramm Integration finden, das schon 2009 herausgegeben worden ist.

Zu der Frage, inwieweit interreligiöser Dialog und das Kennenlernen anderer Religionen und Weltanschauungen in der Schule beginnen sollten, ist die Auffassung der agah, dass das in allen Schulformen und -stufen stattfinden sollte und dass der interreligiöse Dialog möglichst frühzeitig beginnen sollte, indem bereits kleineren Kindern ein spielerisches Erfassen ermöglicht wird.

Da wir uns jetzt im Bereich Schule befinden, komme ich zu dem Thema „Einführung eines islamischen Religionsunterrichts“. Dazu ist heute umfangreich berichtet worden. Aus Sicht der agah wird in Hessen islamischer Religionsunterricht ohne jedes Wenn und Aber gebraucht, und zwar in der Form eines bekenntnisorientierten Religionsunterrichts. Dies

folgt bereits aus dem Erfordernis der rechtlichen Gleichbehandlung aller Religionszugehörigen. In diesem Zusammenhang ist auch darauf hinzuweisen, dass Islamkunde keine Alternative, allenfalls ein Zusatzangebot sein könnte. Es gilt, auf dem Weg weiterzuarbeiten, den islamischen bekenntnisorientierten Religionsunterricht zeitnah umzusetzen und einzuführen und Schranken auf dem Weg dahin zügig abzubauen.

Ansonsten verweise ich auf unsere schriftliche Stellungnahme und stehe für Fragen natürlich gern zur Verfügung. – Vielen Dank.

Vorsitzender: Herzlichen Dank. Gibt es Wortmeldungen dazu? – Das ist nicht der Fall.

Dann kommen wir zu den Stellungnahmen der Kommunalen Spitzenverbände. Der Hessische Landkreistag hat sich heute entschuldigen lassen. Vom Hessischen Städtetag wurden uns „Praxisbeispiele aus Marburg“, vorgelesen von Herrn Meineke, angekündigt. Aber vielleicht wollen Sie vorher noch etwas sagen, Herr Gieseler. – Bitte schön.

Herr **Gieseler:** Wir haben zu allen Fragen schriftlich Stellung genommen. Wir haben gedacht, da die Integrationslandschaft in den Kommunen so vielschichtig ist – mir fehlen immer Offenbach und Frankfurt –

Vorsitzender: Dietzenbach nicht zu vergessen.

(Heiterkeit)

Herr **Gieseler:** Dietzenbach ist in aller Regel hervorragend vertreten. Die Offenbacher machen sehr viel nach, was wir in Dietzenbach vorleben.

Wir haben gedacht, wir machen heute zusätzlich zu unserer schriftlichen Stellungnahme einmal einen Ausflug nach Mittelhessen. Deswegen sind wir dankbar, dass wir Herrn Meineke gewinnen konnten, der nicht nur Jugendamtsleiter, sondern auch Integrationsbeauftragter der Stadt Marburg ist, und bitten ihn, uns heute schöne Praxisbeispiele vorzustellen.

Herr **Meineke:** Ich möchte nur wenige Vorbemerkungen machen, weil der Hessische Städtetag ja die Zusammenfassung aus den kommunalen Berichten schriftlich zur Verfügung gestellt hat.

Die Diskussion reduzierte sich hier – Sie, Herr Dr. Löffler, haben das schon gesagt – doch sehr stark auf das Thema Islam und Religion. Ich habe meine Darstellung ein bisschen ausgeweitet und auch den Bereich Kultur einbezogen. Da sind auch Fragen der Sozialpolitik, von der Herr Merz gesprochen hat, enthalten, die auch eine wichtige Rolle spielen.

Vorab möchte ich auch noch sagen, dass wir in Marburg im Unterschied zu anderen Kommunen den Weg gegangen sind, dass der Integrationsbeauftragte, den zu benennen uns der Städtetag aufgefordert hat, aus der Mitte der Leistungserbringer kommt und nicht neben die Verwaltung, sondern mitten in die Verwaltung gestellt wird. Ich bin als leitender Mitarbeiter der Stadt Marburg zweier Herren Untertan: Als Integrationsbe-

auftragter bin ich direkt dem Oberbürgermeister und als Jugendsamtleiter bin ich dem Bürgermeister unterstellt. Das zeigt, dass wir sehr stark die Notwendigkeit haben, miteinander zu kommunizieren.

Eines unserer Ziele ist, dass sich die Menschen, die in der Stadt Marburg leben, auch als Marburgerinnen und Marburger identifizieren. Die Frage „muslimische Deutsche oder Muslime in Deutschland“ stellt sich für uns nicht. Wir wollen Marburger haben, und ob die dann sich als – –

(Sachv. Marc Phillip Nogueira: Das will aber nicht jeder! – Abg. Gerhard Merz: So viel zum Thema kultureller Identität!)

– Die Gießener wollen nicht so gerne Marburger haben; das verstehe ich schon.

(Präsentation Meineke siehe Anlage)

Hinter unserer kommunalen Integrationspolitik steckt eine Vorstellung von Kommunikation in einer dialogischen Welt und der Entwicklung der Zivilgesellschaft. Auf Putnam ist eben schon Bezug genommen worden. Wir hatten bei den Beispielen, die ich Ihnen gleich im Schweinsgalopp zeigen werde, die Vorstellung, dass wir in dem Integrationsdialog immer nur die Themen behandeln, die wir in der Stadt Marburg lösen können. Natürlich werden immer wieder Dialoge geführt und Kontroversen behandelt, bei denen es um die Fragen geht, die Sie hier erörtern und die Sie auf Landes- und auf Bundesebene entscheiden müssen oder auf einer ideologischen Ebene beeinflussen wollen. Wir haben uns davon nicht beeinflussen lassen und haben versucht, die schwierigen Themen – ein Beispiel war Homosexualität im Islam –, die wir nicht lösen können, möglichst zu umgehen. Wir haben eher Themen des Alltags behandelt.

Ziemlich genau vor 10 Jahren – das hängt mit dem Programm „Soziale Stadt“ zusammen, in dem viele Dinge in den Kommunen entwickelt worden sind – haben wir Handlungsvorschläge für gelingende Integration entwickelt und dabei zusammengefasst: Verständnis für gelungene Integration, Ziele. Erfasst wurden die Bereiche Arbeit, Sprache, Alltag, Kultur und Religion – das war also schon vor zehn Jahren ein Thema –, Integrationsbereitschaft der Zuwanderungsgesellschaft, junge Menschen, Netzwerke, Öffentlichkeitsarbeit, Finanzierung. Ich könnte jetzt einen ganzen Tag lang erzählen, was wir bis jetzt gemacht haben. Wir haben in allen diesen Bereichen viele Projekte durchgeführt. Aufgefallen ist mir, als ich das gestern zusammengestellt habe, dass auch sehr viele Landesfinanzierungen – also nicht nur EU-Finanzierungen und Bundesfinanzierungen – in den letzten Jahren dabei waren.

Einer unserer Meilensteine in dem Integrationsprozess war, dass wir 2003 eine Untersuchung gemacht haben. Wir haben 116 zugewanderte junge Menschen darüber interviewt, wie sie die Integration erlebt haben, und haben festgestellt, dass sich die Zuwanderungserfahrung doch relativ reibungslos in die Biografie eingefügt hat. Denn wir haben immer gehört: „Ist doch alles ganz normal.“ Wir haben diese Formulierung übernommen, aber das Wort „normal“ mit einem Fragezeichen versehen, weil für uns, die wir das gehört haben, das nicht normal war. Die haben gesagt: „Wir sind nach Friedewald gekommen. Das ist doch normal. Da kommt man doch hin. Dann nach Marburg-Richtsberg, alles ganz normal. Dann in die Schule, wie alle.“ Dass dazwischen die Zuwanderungserfahrung lag, haben die relativ gut in ihren Sozialisationsprozess integriert. Wir haben in dieser Untersuchung gelernt, dass viele Fragen, die als Probleme den jungen Menschen zugeordnet worden sind, normale Sozialisationsfragen waren, die in der ganz normalen Realität gelöst werden müssen, in der junge Menschen in unserer Gesell-

schaft aufwachsen. Da haben wir auch wieder Handlungsvorschläge entwickelt. Diese sind bis jetzt alle umgesetzt.

2003 haben wir als Stadt einen neuen Verein mitgegründet. Ich hatte damals die Geschäftsführung. Wir haben gemeinsame Räume für Migrantenvereine, Sport und Gemeinwesenarbeit ausgebaut. Unser damaliger Oberbürgermeister hat das eine „exotische Mischung“ genannt, die da in dem Gebäude untergebracht war. Das war ein Glücksgriff. Wir hatten 480 m² zur Verfügung. Das mag in einer Stadt wie Wiesbaden oder in großen Städten nicht viel sein. Für eine kleine Stadt wie Marburg sind 480 m² in einem sozialen Problemgebiet eine riesenfläche. Die Räume haben wir selbst ausgebaut, weil wir gesagt haben, dass die Stadt bei Aufgaben, die die Menschen selbst erledigen können, hilft und wir das andere selber machen. Aber wenn es Möglichkeiten gibt, dass die Menschen etwas selber machen können, dann helfen wir nur. Die Stadt hat die Materialien bezahlt, aber das Einziehen der Wände usw. ist in Eigenarbeit zum Jahreswechsel 2003/2004 von folgenden Vereinen geleistet worden: Marburger Islamischer Kulturverein, Deutsch-Osteuropäisches Integrationszentrum DOIZ – diesen Verein hat die russische Sprache geeint; die haben die Abkürzung DOIZ gewählt, weil das ähnlich wie „Deutsch“ klingt –, Boxclub Marburg – Boxen als soziale Kunst, der Club wollte ein spezielles Angebot für Unterschichtsjugendliche machen –, Christus-Treff – einem evangelikalen Verein, der Jesus-Gemeinschaft, nahestehend, aber von der Amtskirche anerkannt, ökumenisch arbeitend; die haben noch neue Räume hinzubekommen, die wir als Stadt ihnen zur Verfügung gestellt haben, haben mittlerweile ein Café eingerichtet, machen soziale, kommunikative Arbeit, halten aber auch Gottesdienste ab und arbeiten vor allem mit arabischen, islamischen jungen Menschen –, Bürgerinitiative für soziale Fragen, sowie die Stadt Marburg, die vor allem in der finanziellen Verantwortung dahinterstand.

Jetzt komme ich zu einem anderen Bereich der Kultur. Wir haben uns in diesem Dialog sehr stark auf den Alltag konzentriert. Seit 2003 haben wir Interkulturelle Gärten im Stadtteil Marburg-Stadtwald. Es würde zu weit führen, jetzt alles im Detail zu erklären. Dieses Projekt ist verstetigt worden. Ein Verein ist zwar noch nicht gegründet, aber das Projekt wird weiter betrieben. Für diese Aktion haben wir eine Anerkennung beim Preis Soziale Stadt 2004 bekommen. Seit 2008 haben wir auch im Stadtteil Marburg-Richtsberg Interkulturelle Gärten – 60 Parzellen –, und seit 2010 führen wir das Projekt „Bildungs- und Kulturgarten“ durch.

Dies führt dazu, dass sehr viel miteinander geredet wird. Da fällt mir ein Dialogprojekt der Theodor-Heuss-Schule ein, das teilweise mit in diesem Garten stattgefunden hat. Die Schüler haben damals interreligiöse Beete gemacht und haben gefragt: Was ist das Gemeinsame der Religionen Judentum, Christentum und Islam? Sie haben festgestellt, dass z. B. der Ölbaum in allen drei Religionen die gleiche Funktion hat. Das war unser Beitrag zu Kooperation und Kommunikation.

(Meineke Folie „26. April 2009: Apfelblütenfest in den Interkulturellen Gärten ...“)

Ich habe ein Bild vom Apfelblütenfest 2009, mit dem die Interkulturellen Gärten Marburg-Richtsberg offiziell eröffnet wurden, mitgebracht, um Ihnen eine Vorstellung zu geben, was das für die Menschen bedeutet hat. Irgendwo ist da unser Bürgermeister zu sehen, der die Eröffnung vorgenommen hat. Insgesamt waren rund 200 Menschen dort. Was Sie nicht sehen können, sind die vielen Kinder, die dabei mitgemacht haben.

Eine wichtige Rolle in unserer Integrationspolitik spielte und spielt bis heute die Beteiligung an Wettbewerben, nicht so sehr, weil wir gewinnen wollen – auch bei dem Wett-

bewerb der Bertelsmann Stiftung haben wir nichts gewonnen –, sondern zur Selbstvergewisserung und zur öffentlichen Bilanzierung unserer Anstrengungen, und zwar möglichst unter Einbeziehung der Menschen, um die es geht. Das sind eigentlich alle Bürgerinnen und Bürger unserer Stadt, die sich in verschiedenen Foren immer wieder zusammenfinden. Wir lenken intern und extern Aufmerksamkeit auf die Marburger Integrationspolitik und blicken auf die Erfolge statt auf die Mängel. Interessant fand ich den Diskurs zu der Frage: Wie haben wir eine Weltsicht?

2005 haben wir uns ganz explizit der Kultur zugewanderter Menschen zugewandt. Ich muss da ein persönliches Erlebnis erzählen. Da ist ein aus dem russischen Raum zugewanderter Musikant zu mir gekommen und hat gesagt: „Können Sie nicht für uns ein Sinfonieorchester machen? Das ist doch ganz einfach. Die Stadt Marburg macht ein Sinfonieorchester. Wir haben genügend Leute in der Stadt Marburg, die aus dem Gebiet der ehemaligen Sowjetunion zugewandert sind, die ein Instrument spielen können. Ein Sinfonieorchester kriegen wir ganz einfach zusammen. Sie bezahlen uns. Wir gehen überall spielen. Dann haben Sie Einnahmen, und davon können Sie als Stadt Marburg das Orchester finanzieren.“ Ich habe ihm sagen müssen, dass das bei uns etwas anders ist und dass sie vielleicht selber ein Sinfonieorchester gründen und spielen und Einnahmen erzielen sollten. – Es ist nie ein Sinfonieorchester entstanden, sondern nur eine Gruppe namens Karussell, mit der wir bis heute zusammenarbeiten. Wir haben eine russische Musikschule unterstützt, in der viele von diesen Zuwanderern gearbeitet haben.

Wir hatten relativ viele Existenzgründungen in diesem kulturellen Bereich. Die Alternative war: Wenn diese Menschen zu uns gekommen und zum Arbeitsamt gegangen sind, spielte sich folgender Dialog ab: „Was kannst du denn?“ – „Ich kann wunderbar professionell Musik machen.“ – „Das brauchen wir hier nicht. Wir haben kein Orchester in der Stadt Marburg.“ – „Was soll ich denn machen?“ – „Erst mal Deutsch lernen.“ – „Für die Zeit muss ich mich über Wasser halten.“ – „Dann geh doch in eine Putzkolonne.“ So geschah das dann auch. Wir hatten dann viele russische Putzkolonnen, in denen wunderbar musiziert und gesungen worden ist, wenn sie mit der Arbeit fertig waren. Aber sie haben kein Deutsch gelernt, denn sie waren unter sich.

Deshalb war das Projekt „Marburger Kulturmessen“ sehr wichtig. Wir haben gesagt, wir wollen, dass die kulturellen Ressourcen, die diese Menschen mitbringen, ins Licht der Öffentlichkeit kommen, damit diese Menschen Kontakte zum normalen Kulturbetrieb bekommen. Ganz witzig war übrigens, dass ein paar Dinge auf einmal neu entdeckt worden sind von den Jugendlichen, auch von sozial benachteiligten Marburger Jugendlichen, z. B. das Schachspiel. Wir haben festgestellt, dass in Jugendzentren wieder Schach gespielt worden ist. Das hatte ich dort vorher noch nie gesehen. Dadurch, dass sie das als Alltagsressource mitgebracht haben, konnte es auch bewahrt werden. Das hat dazu geführt, dass die Marburger Schachclubs mehr Zulauf hatten. Ich müsste nachfragen, wie sich das bis heute entwickelt hat. Es nivelliert sich alles wieder, wie bei den Hugenotten. Die werden auch das Schachspiel leider wieder vergessen haben. Bei den Hugenotten gibt es übrigens teilweise noch eine hervorragende hugenottische Küche.

(Meinke Folie „bis 2010: vier Kulturmessen ...“)

So sieht das dann praktisch aus: Wir sind in die Mitte der Stadt gezogen, haben das Rathaus besetzt, haben die Bühne auf die andere Seite gestellt. Der Bürgermeister, der heutige Oberbürgermeister, hat damals gesagt: Es ist ganz toll, wenn man im Rathaus das einmal aus der anderen Perspektive sieht. – Wir haben sehr viele Menschen ins Rathaus geholt, die es noch nie betreten hatten. Wir haben massenhaft Kontakte ermög-

licht, haben seit 2005 vier Kulturmesen durchgeführt. Ab 2011 haben wir diese mit dem Ausländerbeirat verstetigt, denn diese Idee hatte sich inzwischen ein bisschen totgelaufen. Wir wollten die Idee aber nicht ganz aufgeben und machen jetzt mit dem Ausländerbeirat immer am 3. Oktober ein kulturelles Fest.

Das linke Bild ist ganz spannend. Es zeigt einen interkulturellen Austausch. Schon relativ früh hat der Verein „Initiative Afghanisches Handwerk“, der die afghanischen Handwerkstechniken bewahren wollte, Kontakt mit einem Trachtenverein aufgenommen, der Schwälmer Trachten hat. Beide Vereine haben festgestellt, dass sie gemeinsame Interessen haben: nähen und Traditionen bewahren. Bis heute finden bei allen diesen Festen immer Kostümierungen statt – mit Erklärung der Kostüme, weil alle Kostüme eine bestimmte Bedeutung haben. Beim letzten Fest ist eine Stadtverordnete, zugewandert aus Kurdistan, herumgelaufen und hat gesagt: „Ich bin eine Kontaktanzeige“, weil sie ein Schwälmer Kostüm anhatte mit dem deutlichen Zeichen, dass sie ein Mädchen ist, das geheiratet werden will. Das kam durch irgendwelche Bänder zum Ausdruck.

Ebenfalls seit 2005 gibt es das Internationale Marburger Suppenfest, wo wir auf eine ganz andere Ebene, die kulinarische Ebene, gegangen sind. Wir haben dafür gesorgt, dass nicht nur „schwere“ Themen behandelt werden, wie ich vorhin gesagt habe. Wir haben eine Integrationsidee aus der Stadt Lille in Frankreich aufgegriffen; dort hat man das aber als ein kulturelles Event durchgeführt. Wir haben gesagt, wir nehmen das als Alltagsereignis, und jede Suppe erzählt mindestens zwei Geschichten, nämlich die Geschichte des Landes, aus dem sie kommt, und die Geschichte der Person, die sie kocht. Das muss aufgeschrieben werden, zusätzlich zum Rezept. Außerdem haben wir noch einen großen Wettbewerb um die beste Suppe, einen Kinderwettbewerb usw. gemacht. Bei diesem Fest gibt es unglaublich viel Kommunikation, und Berührungspunkte gehen verloren.

(Meineke Folie „Anerkennung beim Preis Soziale Stadt 2010“)

Beim Preis Soziale Stadt 2010 haben wir wieder eine Anerkennung erhalten. Sie sehen, dass wir mit ganz vielen Menschen zur Preisverleihung gefahren sind. Wir nehmen die Menschen natürlich immer mit und lernen uns in solchen Situationen sehr gut kennen. Das letzte Suppenfest war 2011. 2012 wird das nächste sein. Es wird das erste Suppenfest sein, das nicht mehr als Projekt durchgeführt wird, sondern das sozusagen verstetigt ist. Ich denke, wir werden dieses Fest noch viele Jahre durchführen. Derzeit sind die Leute, die das machen, dabei, ein Kochbuch zu schreiben: „Die 100 besten Suppenrezepte“.

(Meineke Folie „seit 2007: Kultur und Kulturen ...“)

Seit 2007 haben wir das Projekt „Kultur und Kulturen“. Auch das ist ab 2012 verstetigt. Das kostet übrigens gar nicht viel Geld: 30.000 €, davon 20.000 € als Zuschüsse von Bund und Land im Rahmen des Programms Soziale Stadt. Das bezieht sich aber nicht nur auf das soziale Stadtgebiet, sondern wir gehen damit in die ganze Stadt. Wir wollen außerdem die Ideen der Kulturmesse, die ich Ihnen eben vorgestellt habe, weiterführen. Wir haben mehr 50 Veranstaltungen von Marburger Kulturschaffenden hinbekommen. Das sind Veranstaltungen wie z. B. „Tanz am Turm“. Die Jamsession ist hier aufgeführt. Das sind also völlig unterschiedliche Sachen, die immer darauf basieren, dass wir nicht irgendwelche Kultur von irgendwoher nach Marburg holen und dann sozusagen einen Kulturgenuß organisieren, sondern alle Veranstaltungen, die wir da machen, sind von Marburgerinnen und Marburgern, die kulturelle Ressourcen haben, vielleicht neu erworben oder aus ihrer Herkunftskultur mitgebracht haben, die das bewahrt haben und die sich dann austauschen. Dreimal ist z. B. ein Kinderkulturfestival gelaufen.

Auch die Religion ist natürlich ein Thema. Ich möchte noch eine kleine Geschichte erzählen. Eine der ersten Veranstaltungen, die wir gemacht haben, war im Rahmen der „Interkulturellen Woche“, die wir hierfür nutzen wollten. Da haben wir die Religionsgemeinschaft gefragt: Könnt ihr nicht zusammen etwas machen? – Wir haben dann eine Veranstaltung über die Religionen Abrahams gemacht. Ich bin bei solchen Events als bekennender Atheist dabei – mit dem man trotzdem reden kann –, der bei ethischen Fragen natürlich mitredet. Wir haben also eine Veranstaltung gemacht zu der Frage, welche Rolle Abraham in den verschiedenen Religionen spielt. Für mich war es total spannend, dass in der jüdischen, der islamischen und in der christlichen – in dem Fall evangelischen – Religion die Figur des Abraham völlig anders bewertet wird, obwohl er in allen drei Religionen sehr prominent auftaucht. Ganz zum Schluss hat der damalige Dekan aus einer norwegischen Kinderbibel ins Deutsche übersetzt und etwas über die Figur des Abraham vorgelesen. Da habe ich mich daran erinnert: Genau so war es damals in meinem Religionsunterricht. Das habe ich wiedererkannt und gemerkt, wie unterschiedlich diese Dinge aufgefasst werden können.

(Meinke Folie „seit 2006: Runder Tisch der Religionen ...“)

Hier sind die Religionen genannt, die beim Runden Tisch der Religionen dabei sein. Der Runde Tisch hat sich übrigens völlig selbstständig gegründet. Er wird von uns durch Aufmerksamkeit und durch das Zurverfügungstellen von Räumen wertgeschätzt. Wir haben die Bahá'í dabei, den Buddhismus und die abrahamischen Religionen, die seit 2006 öffentliche Veranstaltungen und Gesprächskreise durchgeführt haben.

(Meineke Folie „Friedensweg der Religionen ...“)

2011 haben sie zum zweiten Mal den „Friedensweg der Religionen“ organisiert. An der Aktion haben 80 Leute teilgenommen. Das ist für Marburg mit seinen 80.000 Einwohnern eine relativ große Zahl. Diese Menschen haben über Stunden Gebetsräume und andere Räume besucht, die entweder Kirchen sind oder als Gebetsräume genutzt werden. Der dritte „Friedensweg der Religionen“ findet im September nächsten Jahres statt.

(Meineke Folie „Gemeinsame Erklärung ...“)

Natürlich hatten auch wir einen Konflikt um eine neue Moschee. In Marburg gibt es zwei Vereine, eine Moscheegemeinde und den islamischen Kulturverein HADARA. Die wollten sich zusammenschließen und eine größere Moschee bauen, denn die vorhandene Marburger Moschee ist viel zu klein. Da kam zum ersten Mal in der Integrationspolitik ein richtiger Konflikt auf. Da wurde über Türme, Überfremdung, Entfremdung usw. diskutiert. Die beiden Vereine wollten eigentlich nur ein altes Gebäude der Volksbank kaufen, das nicht sehr schön war. Es sollte kein Integrations- oder Kulturzentrum, sondern eine richtige Kirche werden. Beten soll man also können – aber bitte nicht zusammen mit Kultur.

Seit 2007 gibt es den Runden Tisch Integration. Der ist vom Oberbürgermeister und dem Stadtverordnetenvorsteher gemeinsam moderiert worden. Hier haben wir Vertreterinnen und Vertreter der in der Stadt lebenden Migrantinnen und Migranten zusammengebracht. Das waren 40 bis 50 Personen, vor allen Dingen aus dem universitären Bereich. Wir haben eine Integrationsvereinbarung erarbeitet, die am 1. Dezember 2008 in einen Beschluss der Stadtverordnetenversammlung mündete. Das war viel Arbeit, die in kurzer Zeit geleistet werden musste.

(Meineke Folie „Kirchenbild“)

Wer Marburg kennt, der kennt auch die Elisabethkirche. Auch die hat ja einen Wandel hinter sich. Die war ja mal katholisch; mittlerweile ist sie eine evangelische Kirche. Ich habe Ihnen auch von dem neuen Gebetsraum – sie nennen es nicht Synagoge – und von der alten Synagoge Bilder mitgebracht.

(Meineke Folie „Moschee“)

Ich habe Ihnen auch ein Bild der geplanten neuen Moschee mitgebracht. Es gibt in der Stadt Marburg im politischen öffentlichen Raum niemanden mehr, der sich gegen diese Moschee ausspricht. Hinter vorgehaltener Hand wird vielleicht gesagt: „Wir wollen keine Moschee in Marburg haben“, aber wenn wir heute einen Beschluss der Stadtverordnetenversammlung herstellen würden, würden alle zustimmen, die Moschee zu bauen. Diese Moschee ist eine Marburger Moschee. Das betonen die Marburger, die sich mittlerweile auch „islamische Gemeinde“ nennen. Der Entwurf, den Sie hier sehen, ist der, der nach den ganzen Diskussionen entstanden ist. Total witzig bei dieser Diskussion war, dass die Ornamente in dem ersten Entwurf überhaupt nicht enthalten waren; sie sind hineingekommen, weil die Deutschen gesagt haben: Das sieht doch ohne Ornamente gar nicht aus wie eine Moschee. – Sie haben aber auch gesagt: Wir wollen eine Marburger Moschee haben, die soll nicht aussehen wie eine Moschee. Warum muss denn eine Moschee Türmchen und solche Verzierungen haben? – Das hier ist also der Kompromiss. Ich finde ihn sehr gelungen. Es gibt auch kein Minarett. Wir brauchen also keinen Minarettstreit zu führen. Die Moschee hat eine ganz bevorzugte Lage mitten in der Stadt – allerdings auf einem Gelände zwischen der Stadtautobahn und der Eisenbahn. Das heißt, selbst wenn es ein Minarett gäbe, und man würde von dort etwas ausrufen, das würde keiner hören bei dem Lärm, der dort herrscht. Der Beginn des Baus dieser Moschee wird im nächsten Jahr sein. Es ist nicht nur eine Moschee, sondern auch ein Kulturzentrum. Es gibt das Versprechen, dass der Imam dort wohnt. Im oberen Stockwerk wird es Wohnungen geben; darüber wird der Betrieb der Moschee finanziert. Es gibt auch das Versprechen, dass ein in Deutschland ausgebildeter Imam, der auf Deutsch predigt, dort sein wird.

Die meisten der Aktionen, die ich Ihnen vorgestellt habe, laufen auch weiterhin. In der Auseinandersetzung um die Moschee, bei der die positiven Effekte wegzubrechen drohten, haben wir die Idee der Christlich-Muslimischen Friedensinitiative aufgegriffen, die 2007/2008 bundesweit gegründet worden ist. Wir haben uns an bundesweiten Aktionen beteiligt und die Marburger Objekte und Wettbewerbe über den Alltag der Integration vorgestellt. Es ist das Inhaltliche, was uns an der Christlich-Muslimischen Friedensinitiative so gut gefallen hat. Das ist heute auch genau Ihr Thema, nämlich die Frage: Wie werden religiös motivierte, kulturelle Unterschiede im Alltag gelebt? Wie kann man sich darüber auseinandersetzen? Wir hatten das Glück, dass drei Marburger Mädchen den Plakatwettbewerb mit einem wunderschönen Bild gewonnen haben.

(Meineke letzte Folie)

Zwei dieser Mädchen sind auch auf dem nächsten Bild zu sehen. Das ist die Siegergruppe unseres Marburger Projektwettbewerbs 2011, den wir im Juni mit einer Prämierung abgeschlossen haben. Wir hatten in diesem Jahr 16 Projekte und Wettbewerbe mit einer Beteiligung von ungefähr 400 Menschen. Im letzten Jahr hatten wir 14 Projekte mit einer Beteiligung von 368 Menschen. Wir hatten außerdem 1.750 Zuhörerinnen und Zuhörer, die sich das angeschaut haben. Der Wettbewerb 2010 hat uns 7.000 € gekostet. Der Wettbewerb 2011 hat 4.000 € gekostet – für eine Honorarkraft, die ihn vorbereitet hat. Nicht eingerechnet ist die Nutzung des Rathauses, das die Stadt kostenfrei zur Ver-

fügung stellt. Das sind relativ geringe Mittel, mit denen ganz viel Engagement und interreligiöser Diskurs organisiert werden können.

Die auf dem Bild zu sehenden Mädchen gehören zu einer Mädchengruppe der islamischen Gemeinde. Sie haben gesagt: Wir gehen hinaus und sprechen mit den Menschen. – Das müssen ganz spannende Gespräche sein, weil die alle Kopftuch tragen – zumindest die, die hier auf dem Bild zu sehen sind. Sie gehen in Altenzentren und gehen mit den Menschen spazieren. Sie haben einige Diskussionen auszuhalten, auch über die Kopftücher. Es wird also über die Unterschiede im Alltag zugewanderter und nicht zugewanderter Menschen verschiedener Religionen sehr viel gesprochen.

Vorsitzender: Herzlichen Dank. Gibt es dazu Wortmeldungen? – Das ist nicht der Fall. Dann hat jetzt der Städte- und Gemeindebund das Wort.

Herr **Klotz:** Wir möchten als Beitrag in dieser Diskussion die von Frau Bürgermeisterin Simon schon erwähnte Initiative „Eine Stunde für den Frieden“ noch einmal kurz vorstellen. Wir haben das auch schriftlich getan. Deshalb möchte ich nur drei Punkte aus der ganzen Diskussion noch einmal aufgreifen.

Wenn man den Untersuchungen der Universität Bielefeld glauben darf, ist die gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit in der Mitte unserer Gesellschaft angekommen. Deshalb ist das friedliche Miteinander der Menschen in den Kommunen ein hehres Gut, dass es nicht nur zu bewahren, sondern auch zu fördern gilt. In diesem Sinne ist die Initiative „Eine Stunde für den Frieden“ aus dem unmittelbaren Erleben der Folgen des 11. September 2001 entstanden. Unmittelbar danach haben sich Akteure in Stadt und Kreis Offenbach zusammengefunden, um das Miteinander in der Stadt und im Landkreis zu schützen.

Wir haben es geschafft – ich bin einer der Mitinitiatoren dieser Initiative –, die verschiedenen Gemeinden einzubeziehen mit einer aufsuchenden Haltung, das heißt, auf die Menschen zuzugehen, sie zu besuchen, Offenheit, Respekt und Vertrauen erlebbar zu machen. Wir haben auch gemerkt, dass es einen langen Atem braucht. Wir haben jetzt zehn Jahre hinter uns, haben in jedem Jahr mehrere Veranstaltungen gemacht, durchweg Gelegenheiten der Begegnung geschaffen. Wir führen also keine theologischen Diskurs, sondern wir ermöglichen Begegnungen der Menschen, der Bürgerinnen und Bürger, und zwar – das ist das besondere der Initiative – unter Einbeziehung öffentlicher Körperschaften und Persönlichkeiten. Darum sind der Oberbürgermeister von Offenbach und der Landrat des Landkreises Offenbach Schirmherren dieser Initiative.

Es gab eine Ausnahme: eine Dialogbegegnung des katholischen Klerus mit Imamen. Sonst haben wir immer einen Dialog geführt, also Begegnungen von Juden, Muslimen und Christen. Es war ganz interessant: Am Anfang hat ein Vertreter der jüdischen Gemeinde gesagt, er macht da mit, weil er verstehen will, wer unter den Muslimen die „bad guys“ und welche die „good guys“ sind. Aus dieser anfänglichen Skepsis, dieser anfänglichen Vorsicht heraus ist so etwas wie eine Freundschaft gewachsen. Wir konnten vor wenigen Tagen unser zehnjähriges Jubiläum feiern.

Ich möchte noch unterstreichen, dass dieser Prozess des Miteinanders von den Kommunen systematisch gestaltet und koordiniert werden muss, auch aufgrund der schon von den Vorrednern angedeuteten Überforderung der Vertreter der verschiedenen Religionsgemeinschaften aus zeitlichen und anderen Gründen. Wir merken nämlich,

dass es im Dialog der verschiedenen Religionen, auch bei Wahrung der bestehenden Unterschiede, ein Potenzial gibt, das genutzt werden muss, um der gesellschaftlichen Integration im Sinne einer versöhnten Vielfalt Raum zu geben.

Wir haben schon viele Themen angesprochen, haben auch gesagt, dass eine solche Initiative ruhig einen Endpunkt haben darf, dass wir das also nicht ad infinitum weiterführen möchten. Was wir aber auf jeden Fall weiterführen werden, ist die vertrauensvolle Zusammenarbeit mit den verschiedenen Religionsgemeinschaften in unserem Mikrokosmos Stadt und Kreis Offenbach.

Vorsitzender: Herzlichen Dank. – Gibt es Wortmeldungen?

Abg. **Mürvet Öztürk:** Ich habe eine konkrete Frage, weil sich Ihre Erfahrung mit dem Dialog bzw. Trialog der Kulturen und Religionen auf zehn Jahre erstreckt: Gibt es bei Ihnen Hinweise oder Hilfestellungen bei praktischen Problemen, die ich eben in der Frage an Herrn Löffler angesprochen habe, z. B. wenn man nicht weiß, wie bireligiöse Ehen getraut werden sollen oder wenn Fragen der Kindererziehung aufkommen? In den Gemeinden gibt es diese Fragen, vor allen Dingen bei Jugendlichen. Oft ist es so, dass die Probleme in den Schulen aufschlagen; aber dass sich das weiter kanalisiert in Richtung der jeweiligen Glaubensgemeinschaften oder der theologisch Verantwortlichen, diese ergänzende Hilfestellung sehe ich bisher nicht. War das im Rahmen des Trialogs der Religionen ein Thema, gibt es bei Ihnen vielleicht sogar praktische Beispiele, wo man gesagt hat: „Das ist bei uns schon einmal aufgeschlagen, da hat sich die Gemeinde zusammengesetzt, im Rahmen des Trialogs der Kulturen ist darüber diskutiert worden, und bestimmte Handlungsanweisungen sind an die Familien weitergegeben worden“?

Herr **Klotz:** Wir haben in der Stadt und im Landkreis ganz vielfältige ökumenische und interreligiöse Initiativen, in denen genau diese Dinge besprochen werden. Unser „Part“, wenn man das so ausdrücken darf, ist die Einbeziehung der Vertreter der öffentlichen Körperschaften, sie ein Stück weit mit dem Miteinander der Religionen zu konfrontieren und ihnen in gewisser Weise das Statement abzurufen, dass sie dies unterstützen, auch in der öffentlichen Wahrnehmung unterstützen. Darin sehen wir unsere Aufgabe. Wir sehen z. B. auch in der Einrichtung eines Rates der Religionen eine Perspektive, wie es in Frankfurt am Main schon lange und erfolgreich praktiziert wird. Das ist aber, denke ich, auch eine Frage der Zeit, die wir noch haben, um mit den Kolleginnen und Kollegen in den verschiedenen Gemeinschaften im Gespräch zu bleiben.

Kurze Antwort: Auch diese ganz praktischen Fragen sind allen bewusst, sie sind im Gespräch unter den Gemeinden, auch im Rahmen der interkulturellen Wochen, die es in der Stadt und im Kreis Offenbach gibt, durchaus präsent, und es wird thematisch daran gearbeitet. Sie stehen aber nicht im Fokus unserer Initiative.

Vorsitzender: Gibt es weitere Wortmeldungen? – Das ist nicht der Fall. Dann danke ich Ihnen.

Jetzt kommt das Hessische Statistische Landesamt.

Herr **Redert**: Aus der Sicht der amtlichen Statistik können wir zu dem heute diskutierten Themenblock keinen Beitrag leisten, weil die Datenbasis in dem Bereich schlicht und ergreifend fehlt.

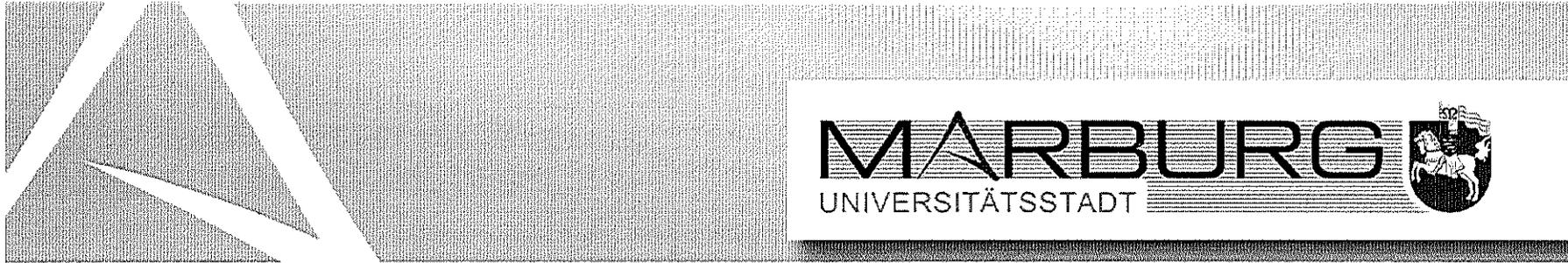
Ganz zu Beginn der Arbeit der EKM wurde die Frage aufgeworfen, wie Personen muslimischen Glaubens statistisch überhaupt erfasst werden. Zum Teil liegen Zahlen vor; sie wurden über Schätzverfahren gewonnen, wo man beispielsweise den Anteil der Muslime an einer Gesellschaft im Herkunftsland einfach auf die hier lebenden Personen aus diesem Herkunftsland projiziert hat. Das hat natürlich gewisse Unschärfen.

Aktuell werden im Rahmen des Zensus 2011 die Haushalte befragt, zu welcher Religion, Weltanschauung oder Glaubensrichtung man sich bekennt. Da könnte man – es handelt sich um eine freiwillig zu beantwortende Frage – ankreuzen, ob man sich zum Christentum, zum Judentum oder beispielsweise zum Islam bekennt. Man kann auch weitere Differenzierungen vornehmen, ob man sich z. B. zu den Sunniten, den Schiiten oder den Aleviten zählt. Die Auswertung der Antworten auf diese Frage wird allerdings noch eine gewisse Zeit dauern.

Vorsitzender: Gibt es noch Wortmeldungen? – Das ist nicht der Fall. Dann möchte ich auch Ihnen herzlich danken.

Gibt es zu **Tagesordnungspunkt 2** Wortmeldungen? – Das ist nicht der Fall. Ich schließe die Sitzung, danke Ihnen und wünsche Ihnen ein schönes Wochenende.

Wiesbaden, 16. Januar 2012



Praxisbeispiele aus der Universitätsstadt Marburg

Meilensteine und Bilder der systematischen
kommunalen Integrationspolitik

am Beispiel der Bereiche Kultur und Religion

Anhörung durch die Enquetekommission "Migration und Integration in Hessen"

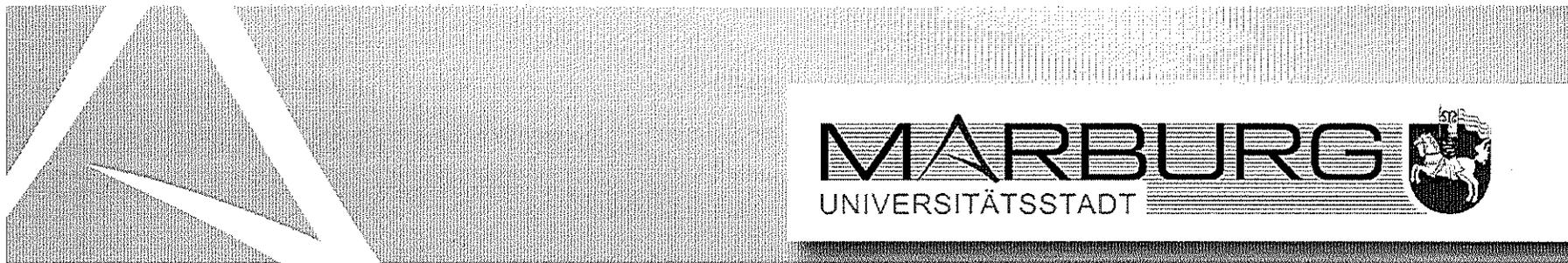
2001: Handlungsvorschläge für Gelingende Integration

Verständnis für gelungene Integration

Ziele

Bereiche: Arbeit, Sprache, Alltag, Kultur und Religion,
Integrationsbereitschaft, junge Menschen, Netzwerke,
Öffentlichkeitsarbeit, Finanzierung

Anhörung durch die Enquetekommission "Migration und Integration in Hessen"



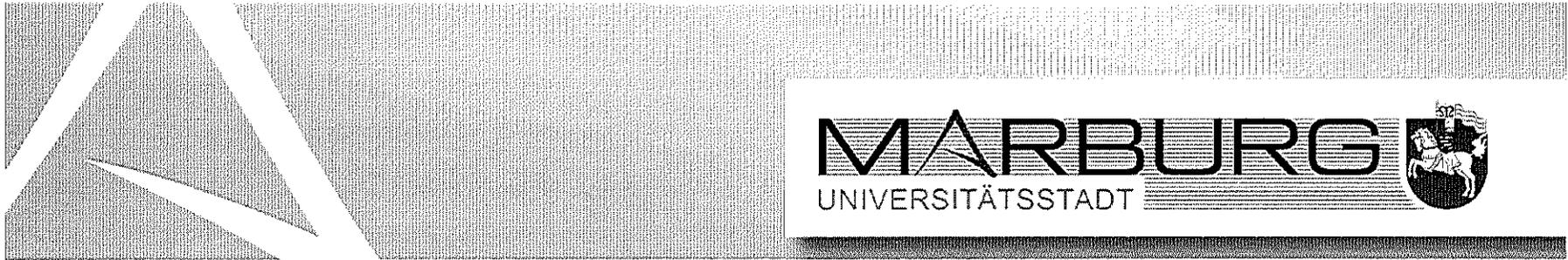
„ ... alles ganz normal ... “
Normal?

2003: Untersuchung zur
Sozialisation und Integration
zugewanderter junger Menschen in Marburg

Anhörung durch die Enquetekommission "Migration und Integration in Hessen"

2003: Gründung Netzwerk Richtsberg
Gemeinsame Räume für Migrantenvereine,
Sport und Gemeinwesenarbeit

Marburger Islamischer Kulturverein, Deutsch-
Osteuropäisches Integrationszentrum DOIZ,
Boxclub Marburg, Christus-Treff,
Bürgerinitiative für soziale Fragen, Stadt



ab 2003: Interkulturelle Gärten Marburg Stadtwald

Verstetigt

Anerkennung beim Preis
Soziale Stadt 2004



seit 2008 auch Interkulturelle
Gärten Marburg Richtsberg,
seit 2010 auch Bildungs- und
Kulturgarten

Anhörung durch die Enquetekommission "Migration und Integration in Hessen"

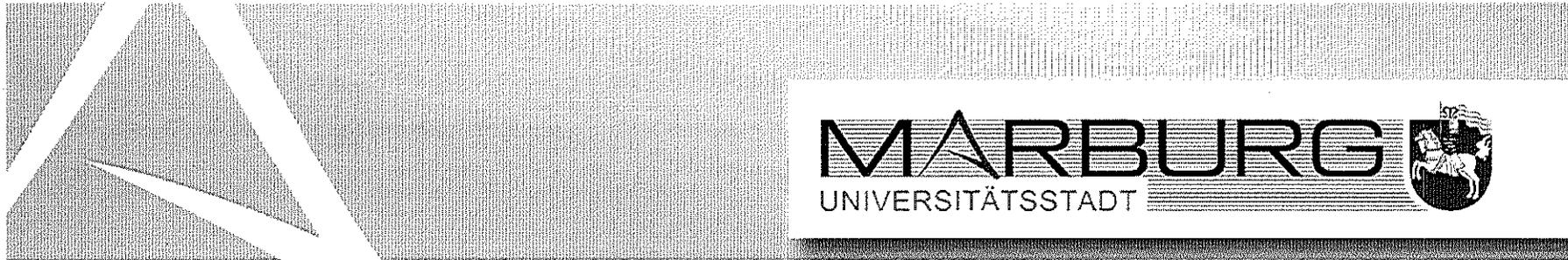


26. April 2009: Apfelblütenfest in den Interkulturellen Gärten Marburg - Richtsberg

2004: „Erfolgreiche Integration ist kein Zufall“ Wettbewerb der Bertelsmann-Stiftung

Gemeinsame öffentliche Bilanzierung
Aufmerksamkeit für Marburger
Integrationspolitik
Blick auf Erfolge statt auf Mängel

Anhörung durch die Enquetekommission "Migration und Integration in Hessen"



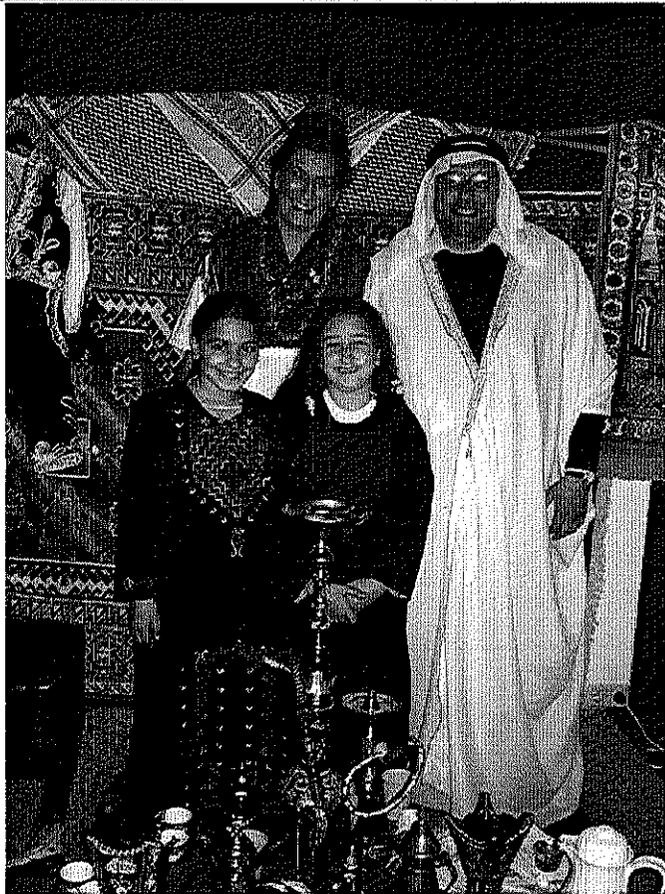
2005: Erste Marburger Kulturmesse im Rathaus

Sichtbar machen der kulturellen Ressourcen
zugewanderter Menschen

Kontakte vermitteln zum „normalen“ Kulturbetrieb

Integrationsarbeit zieht in die Mitte der Stadt

Anhörung durch die Enquetekommission "Migration und Integration in Hessen"



bis 2010: Vier Kulturmessen

ab 2011: Verstetigt mit Ausländerbeirat

Anhörung durch die Enquetekommission "Migration und Integration in Hessen"

jährlich seit 2005:
Internationales Marburger Suppenfest



Anhörung durch die Enquetekommission "Migration und Integration in Hessen"



Anerkennung
beim Preis
Soziale Stadt
2010

Marburger
Delegation zur
Preis-
verleihung in
Berlin

Januar 2011
verstetigt ab
2012

Anhörung durch die Enquetekommission "Migration und Integration in Hessen"



seit 2007: Kultur und Kulturen
Weiterführung der Ideen der
Kulturmesse

mehr als 50 Veranstaltungen von
Marburger Kulturschaffenden
Qualifizierungsangebote um die
Kultur

Verstetigung ab 2012

Anhörung durch die Enquetekommission "Migration und Integration in Hessen"

seit 2006: Runder Tisch der Religionen Gesprächskreise, öffentliche Veranstaltungen

Bahá'i-Religion: Bahá'i-Gemeinde Marburg
Buddhismus: Shambhala Zentrum Marburg
Christentum: Evangelische
Universitätskirche
Islam: Omar-Ibn-Al-Khattab-Moschee
Judentum: Jüdische Gemeinde Marburg



Religionsgespräch 23.10.07

Anhörung durch die Enquetekommission "Migration und Integration in Hessen"

Pilgerzug geht von der Moschee bis zur Synagoge

80 Teilnehmer bei Aktion „Friedensweg der Religionen“

„Gemeinsam unterwegs“ waren am Samstagabend zahlreiche Menschen in

Gründen“. Weder Männer noch Frauen sollten sich beim Gebet ablenken lassen, sondern sich auf das Wesentliche konzentrie-

ebenso im Mittelpunkt, wie Meditationsübung, einer solchen waren alle Teilnehmer eingeladen.



Eine Muslimin bot den Besuchern in der Moschee süßes Gebäck an.
Foto: Ines Dietrich

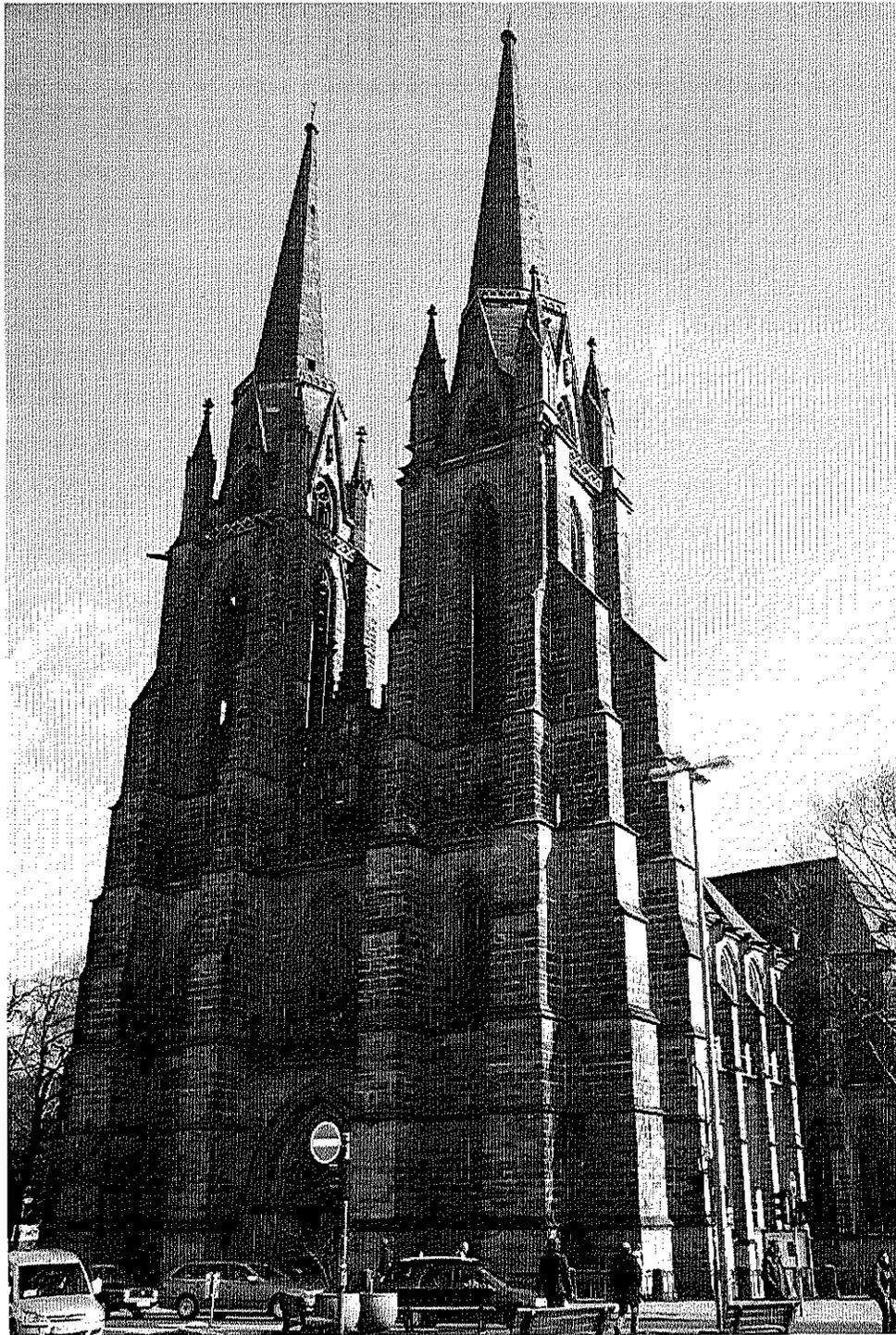
Friedensweg der Religionen 2011 zum zweiten Mal

Anhörung durch die Enquetekommission "Migration und Integration in Hessen"

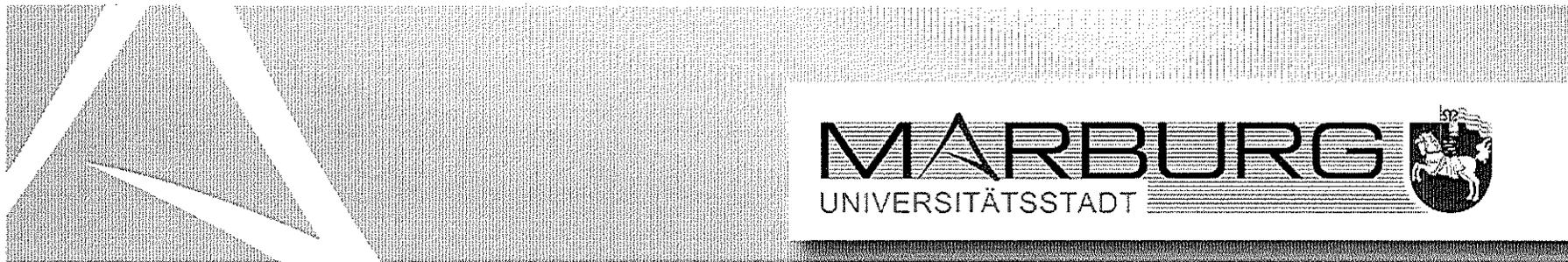
Gemeinsame Erklärung
der Stadt Marburg und Vertretern der in der
Universitätsstadt Marburg lebenden
Migrantinnen und Migranten und
Religionsgemeinschaften
zur Förderung der Integration durch Zusammenarbeit

seit 2007 Vorbereitung
nach Konflikt um eine neue Moschee
Beschluss der Stadtverordnetenversammlung am 1.12.2008

Anhörung durch die Enquetekommission "Migration und Integration in Hessen"







seit 2008: Marburger Integrationswettbewerbe
der Christlich-Muslimischen-Friedensinitiative

Beteiligung an bundesweiten Aktionen
Marburger Projektwettbewerbe
Alltag der Integration

Anhörung durch die Enquetekommission "Migration und Integration in Hessen"

Christlich-Muslimische Dialoginitiative e.V.
**Integration
gemeinsam
schaffen**
Kinder und Jugendliche in Deutschland



**gemeinsam
schaffen**



**Aktionswoche vom 5.5. bis 12.5.2009
Machen Sie mit!**





Anhörung durch die Enquetekommission "Migration und Integration in Hessen"